

Merg

223
3.1.4

40

Der Rechtsstreit

zwischen

den Verwandten des zu Paris gestorbenen

Karl Friedrich v. Mecklenburg,

Erbfolgerecht,

zunächst gerichtliche Zuständigkeit betreffend.

Stuttgart.
Druck der J. B. Metzler'schen Buchdruckerei.
1856.

Vorwort.

Der Rechtsstreit, welcher zwischen dem minderjährigen Fräulein Anna v. Roeder und ihren Verwandten väterlicher Seite über das Erbrecht an der Verlassenschaft des Grossoheims v. Mecklenburg geführt wird, hat bereits mehrfach das Gebiet der Oeffentlichkeit beschritten. Nicht blos haben sich die Zeitungen aus Anlass der mehrmaligen Gerichtsverhandlungen mit dem Prozesse beschäftigt, sondern es wurde auch nach Fällung des ersten, der Mündel günstigen Erkenntnisses von Seite der unterliegenden Beklagten ein lithographirter Aufsatz vertheilt, welcher die Consequenz des Erkenntnisses gegenüber von früheren Entscheidungen ähnlicher Fälle (andere, mit dem Urtheil des Tribunals der Seine übereinstimmende Urtheile blieben unerwähnt), und selbst die Unparteilichkeit des erkennenden Gerichts dem deutschen Auslande gegenüber (als wäre die Mündel nicht auch eine Deutsche!) in Frage stellte.

Die klagende Vormondschaft hat sich bis jetzt enthalten, diesem Aufsatze eine nähere Darlegung der Gründe für ihre Sache entgegenzustellen, da ja noch eine Instanz übrig blieb, wo beide Theile sich aussprechen konnten. Man begnügte sich in einem öffentlichen Blatte (Schw. Merkur vom 3. Mai 1856) die Angriffe auf das gefällte Erkenntniss kurz zu berichtigen. Nun aber, nachdem das höhere Gericht den Spruch erster Instanz aufgehoben und den Streit über die in Paris vorgenommene öffentliche Theilung — dem Antrage der Beklagten gemäss — gar nicht als vor die französischen Gerichte gehörig erklärt hat, wurde von der Vormundschaftsbehörde beschlossen, die bisherigen Verhandlungen nebst den Erkenntnissen und eingeholten Rechtsgutachten drucken zu lassen, um rechtskundigen Männern, welchen die Druckschrift vorgelegt werden soll, Gelegenheit zu geben, über die obschwebenden Fragen des internationalen Rechts, deren Bedeutung weit über den vorliegenden Streit hinausreicht, sich auszusprechen.

Nur nachträglich noch ein Wort über eine Replik im Schw. Merkur vom 8. Mai d. J., welche wir unbeantwortet gelassen haben. Hiernach sollte die „Empfindlichkeit", welche der berührte Aufsatz gegen das erste Erkenntniss ausspreche, in dem verletzten „Gefühle der Nationalität" ihre Quelle haben, welches „nicht nur das Gut einer Partei, sondern ein Gemeingut" sei, worüber jeder Nationale sich aussprechen könne, im eigenen Interesse, wie im Hinblick auf das einer Partei. — Man kann ein nationales Gefühl für berechtigt halten, auch bei internationalen Fragen, indem eine Nation der andern als gleichberechtigt sich gegenüberstellt. Dagegen müsste es auffallen, wenn eine deutsche Partei den Sieg der deutschen Nationalität darin erkennen wollte, dass kein Gericht in einem auswärtigen Staate sich als competent gegen sie erkennen würde, auch in Betreff von Handlungen, welche dort von ihr vorgenommen worden, in Bezug auf Vermögen, welches sie dort zu erwerben im Begriffe ist. Eine solche Exterritorialität des auswärtigen Staatsbürgers kennt weder das nationale deutsche Recht, selbst nicht das mittelalterliche, noch das fremde, noch endlich das zwischenstaatliche oder Völkerrecht. Dass übrigens die Gegner nicht etwa blos durch Nationalitätsgefühle zu ihrem Handeln bestimmt worden sind, geht daraus hervor, dass sie selbst die französischen Behörden der Theilung wegen angegangen haben. Auch jetzt kann es ihnen nicht wohl damit Ernst sein, die strittige Frage an die Gerichte Mecklenburgs zu verweisen; wenigstens könnten sie dort mit mehr Recht als in Frankreich jene Unzuständigkeit geltend machen, welche ihre Einredeschrift vom 5. Jan. 1856 (S. 68) vorschützt. Irgendwo muss aber doch der Streit seine Lösung finden!

Den 2. Oct. 1856.

D. Reyscher.

Inhalt.

Seite

I.

Thatsachen und Prozess-Geschichte.

§. 1.

Den 20. Juni 1854 starb zu Paris im 70. Lebensjahre unverheirathet und ohne Testament Herr Karl Friedrich v. Mecklenburg, k. preussischer Kapitän a. D., gebürtig aus Mecklenburg. Derselbe hinterliess folgende Verwandte:

I. Die Descendenz seiner am 24. Januar 1842 gestorbenen Schwester Julie v. Mecklenburg, verehlichter Freifrau v. Röder, königlicher Staatsdame (dame de la cour) zu Stuttgart, nämlich:

1) deren Tochter, Mathilde v. Röder, Gemahlin des k. württembergischen Oberamtmanns a. D., Baron Leo v. Reischach in Stuttgart;

2) eine Enkelin, Anna, Freifräulein von Röder, einziges Kind des den 11. Januar 1854, fünf Monate vor seinem Oheim, gestorbenen Sohns, k. württembergischen Rittmeisters à la suite, Friedrich Albert Reinhard, Baron v. Röder zu Gross-Sachsenheim im Königreich Württemberg;

II. vier Kinder (zwei Söhne und zwei Töchter) des verstorbenen Bruders Philipp v. Mecklenburg, gewesenen schwedischen General-Majors und der Gräfin Hedwig Beate v. Rosen zu Stockholm;

III. einen Bruder Heinrich v. Mecklenburg auf Pantlitz in Pommern, wohnhaft in Berlin;

IV. eine unverheirathete Schwester, Stiftsdame Louise v. Mecklenburg in Dresden.[1]

Von der Enkelnichte (petite nièce) des Erblassers (I., 2) handelt es sich; es fragt sich: erbt sie mit den Geschwistern und Geschwisterkindern des Verstorbenen, oder ist sie durch ihre leibliche Tante, Freifrau v. Reischach (I., 1), als um einen Grad näher mit dem Erblasser verwandt, ausgeschlossen; mit andern Worten: erhält Frau v. Reischach als Nichte des Verstorbenen in Folge des kurz zuvor erfolgten Todes ihres Bruders Friedrich Albert v. Röder die ganze auf die Linie ihrer Mutter fallende Stammportion (ein Viertel der Erbschaft), oder hat sie dieselbe zu theilen mit ihrer Nichte?

Die Erben II—IV. sind hei dieser Frage nicht betheiligt: denn der auf diese Geschwister-

[1] Diese jüngere Schwester ist seither, den 12. April 1856, zu Dresden gleichfalls gestorben unter Hinterlassung eines Testaments d.d. Dresden 13. October 1854, worin ihre Adoptivtochter, genannt Dolly und deren Gatte v. W. zu Erben der ganzen Verlassenschaft eingesetzt sind. Die näheren Verhältnisse, welche diesem Testamente und den nachgefolgten beiden Kodizillen vom 19. Mai und 16. October 1855 zu Grunde liegen, bleiben hier besser unberührt.

linien fallende Erbtheil bleibt ungeschmälert, mag innerhalb der durch die älteste Schwester gebildeten Linie auch wieder eine Theilung stattfinden oder nicht.

§. 2.

Nachdem der Todesfall (ausseramtlich) zur Kenntniss der Vormundschafts-Behörde in Württemberg, des Waisengerichts zu Gross-Sachsenheim, gekommen war, beschloss dieses den 24. August 1854: in Erwägung, dass Fräulein Anna nach französischen Gesetzen Erbin ab intestato sein könnte, dass es sich ferner dem Vernehmen nach von einem sehr bedeutenden Nachlasse handle, und dass es seither nicht gelungen sei, durch den nach Paris abgereisten Miterben, Baron Leo v. Reischach, Auskunft über den Stand der Erbschafts-Angelegenheit zu erhalten,

1) auf diplomatischem Wege die Erbansprüche der Freifräulein Anna v. Röder geltend zu machen, zugleich aber auch
2) den Vormund, Gerichtsnotar Maier in Ludwigsburg, zu ermächtigen, auf dem Privatwege die nöthigen Schritte zur Constatirung der Erbansprüche zu thun und zu diesem Zwecke, wie auch zu Betreibung der Erbangelegenheit, einen tüchtigen Advokaten in Paris aufzustellen.

Diese Beschlüsse wurden dem Oberamtsgerichte zu Vaihingen, als Obervormundschaftsbehörde, vorgelegt, welches in einem Erlasse vom 30. September 1854 sich gleichfalls für Verfolgung der Sache erklärte, jedoch bemerkte, dass es zunächst Sache des Vormundes, sowie des Grossvaters der Mündel, Oberst v. Arnold sei, die Angelegenheit durch einen mit dem französischen Rechte vertrauten Bevollmächtigten bei den französischen Gerichten zu betreiben, indem eine diplomatische Verwendung erst dann am Platze wäre, wenn etwa die Rechtshilfe in Frankreich erschwert würde.

Ehe noch diese Entschliessung zur Ausführung gelangte, berichtete der Vormund am 9. October 1854: er habe von Herrn Baron v. Reischach in Stuttgart vernommen, dass in Ermanglung einer letztwilligen Verfügung die sehr bedeutende Verlassenschaft in vier Stämme zur Vertheilung komme; die Theilung werde vom Gericht vorgenommen; Herr v. Reischach habe zwar seine Nichte als Erbin bezeichnet, allein es sei ausgesprochen worden, dass, da der Verstorbene das französische Staatsbürgerrecht nicht erlangt, nicht nach französischen Gesetzen, sondern nach denjenigen seiner Heimath getheilt werde, die Fräulein Anna v. Röder somit ausgeschlossen sei.

Das Waisengericht glaubte sich bei der unbescheinigten Aussage des Gemahls der Miterbin, Baron v. Reischach, nicht beruhigen zu können, sondern beschloss am 14. October 1854: den Pfleger zu beauftragen, der Sache mit Hilfe eines Rechtsanwalts auf den Grund zu gehen und sodann das Ergebniss vorzulegen.

Jetzt (20. October) wandte sich der Vormund an die württembergische Gesandtschaft zu Paris mit der Anfrage: nach welchen Gesetzen die Verlassenschaftstheilung erfolge, ob nicht das französische Erbrecht zur Anwendung komme und ob die Mündel unter allen Umständen von der Erbschaft ausgeschlossen bleibe.

Hierauf theilte der württembergische Minister-Resident, Baron v. Wächter, durch Schreiben vom 23. December 1854 und 9. Februar 1855 dem Vormund mehrere Papiere mit:

1) ein Schreiben des mit der Anfertigung des Inventars beauftragten Notars, Herrn Adolf Tresse zu Paris d.d. 22. December 1854 (auf eine Anfrage des württembergischen Residenten vom vorhergehenden Tage) des Inhalts: dass die Gesetzgebung des Grossherzog-

thums Mecklenburg (-Schwerin) hier entscheide, weil der Verstorbene dort geboren, demnach auch als Mecklenburger zu betrachten sei, wenn er gleich in verschiedenen Urkunden Berlin als sein domicile de droit genannt habe:

„A l'égard de son domicile à Berlin, il résulte des différents documens, qu'il indiquait cette ville comme son domicile de droit, mais je n'ai pas demandé une justification des lois en vigueur dans ce pays, parce que la succession, selon moi du moins, est regie par les lois Mecklenbourgeoises."

2) eine Abschrift Schreibens des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Drouyn de Lhuys, d.d. 31. Januar 1854, wonach bei den in den Archiven des Justizministeriums angestellten Nachforschungen, welche bis 1814 zurückgegangen, kein Naturalisationsakt bezüglich des Barons v. Mecklenburg gefunden worden.

Weiter bezog sich Herr v. Wächter

3) auf ein Gutachten, welches er (?) sich über die Frage von dem Erbrecht in den Marken (Berlin) verschafft habe und

4) auf ein Zeugniss zweier Advokaten zu Stralsund d.d. 19. December 1854 über das Erbfolgerecht in Neuvorpommern,

woraus hervorgehen sollte, dass auch in dem Falle, wenn märkisches oder pommern'sches Provinzialrecht zur Anwendung käme, die Pflegbefohlene von der Erbschaft ihres Grossoheims ausgeschlossen wäre. Von jenem Gutachten (Nr. 3) waren jedoch nur einzelne Stellen ohne Nennung des Verfassers in den Brief aufgenommen;[1] das andere Aktenstück (Nr. 4) wollte dem Briefe angeschlossen werden, lag aber nicht bei. Wie sich später zeigte, war Herr Baron v. Reischach im Besitze beider, seine Ansprüche unterstützenden, Papiere; das Zeugniss, betreffend das pommern'sche Recht, wurde dem Vormund später, den 13. April 1855, auf wiederholte Anzeige an Herrn v. Wächter, dass die Beilage seines Briefs nicht angekommen sei, in unbeglaubigter Abschrift von Herrn v. Reischach mitgetheilt;[2] eine Abschrift des Gutachtens in Betreff des märkischen Rechts wurde von Herrn v. Reischach verweigert, auf dessen Veranlassung und Kosten, wie es scheint, beide Aeusserungen abgegeben worden.

Eine Reise des Vormunds nach Paris hielt Herr Baron v. Wächter für unnöthig; auch sei keine Gefahr auf dem Verzuge.[3]

§. 3.

Nachdem der Vormund am 21. Februar 1855 diese Mittheilungen zur Kenntniss der Vormundschaftsbehörde gebracht und beigefügt hatte, dass weitere Notizen, welche Herr v. Reischach zugesichert, ihm inzwischen nicht zugekommen seien, wurde auf Beschluss des Waisengerichts und unter Zustimmung des k. Oberamtsgerichts Vaihingen (9. März) der Rechtsconsulent Dr. Reyscher ersucht, den Vormund in der vorliegenden Erbschaftsangelegenheit zu berathen und zunächst ein Gutachten in der Sache abzugeben. Nachdem derselbe die nöthigsten schriftlichen Erkundigungen über die persönlichen und Familienverhältnisse des Verstorbenen eingezogen hatte, trug er in einer vorläufigen gutächtlichen Aeusserung vom 23. April 1855 darauf an: zu

---

[1] Verfasser ist, wie wir später erfuhren, der in Paris practicirende deutsche Rechtsgelehrte Dr. Levita.

[2] S. unten S. 18.

[3] Es ist nothwendig diess anzuführen, weil der Anwalt des Freiherrn v. Reischach später (in der Einredeschrift und vor dem Gericht, s. hinten S. 68, 72) dem Vormund entgegenhielt: er komme zu spät, das Inventar sei geschlossen und die Theilung vollendet; was übrigens schon aus dem Inventar widerlegt werden konnte.

Feststellung der Sachlage, namentlich der thatsächlichen Verhältnisse des Wohnsitzes, des Vermögens und der Heimath des Verstorbenen genaue Nachforschungen an Ort und Stelle eintreten zu lassen, sodann aber, wenn die Erbansprüche als gegründet sich zeigen sollten, zur Verfolgung derselben die nöthigen und nützlichen Einleitungen zu treffen. — Dieser Antrag erhielt die Genehmigung (28. April 1855).

Am 22. Juli 1855 ward der Vormundschaftsbehörde über den Stand der Erbschafts-Angelegenheit Bericht erstattet und ausser einer der Mündel günstigen Consultation mehrerer französischer Rechtsgelehrten das Gutachten des Dr. Reyscher vorgelegt, worauf, nachdem ein abermaliger Versuch, den Herrn v. Reischach zur Nachgiebigkeit zu bewegen, gescheitert war, das Waisengericht den 15. August 1855 beschloss: den Vormund zum Beginn des Rechtsstreits zu legitimiren und denselben insbesondere zu ermächtigen, einen Avoué in Paris aufzustellen und durch diesen unter fernerer Berathung mit Dr. Reyscher alles dasjenige vorzukehren, was zur Sicherung und Durchführung der Rechte der Anna v. Röder rücksichtlich der in Paris eröffneten Erbfolge erforderlich sein möchte. Die Schritte rücksichtlich der Besitzungen in Belgien und Pommern wurden bis zum Ausgang des Prozesses in Frankreich ausgesetzt. — Auch diese Beschlüsse wurden von dem k. Oberamtsgericht gutgeheissen.

§. 4.

Das Ergebniss der theils vor diesen Beschlüssen, theils nach denselben eingetretenen factischen Erhebungen ist Folgendes:

Aus dem in Gemeinschaft mit Herrn H. Péronne, Avoué, nach eingeholter Autorisation des Gerichtspräsidenten erster Instanz eingesehenen Verlassenschafts-Inventar (Noten zu nehmen, ward von dem Notar, auch nachdem der Präsident zur Einsichtnahme ermächtigt hatte, nicht gestattet) ist ersichtlich, dass bei Beginn des Geschäfts (16. August 1854) von den Miterben die Mündel Anna v. Röder als Enkelnichte des Erblassers genannt werden, aber nur um dieselbe auf Grund des mecklenburgischen Rechts als von der Erbschaft ausgeschlossen zu erklären, weil sie nicht statt ihres Vaters zu erben vermöge. Ein Ausspruch des Gerichts hat in dieser Beziehung nicht stattgefunden. Auch die Aeusserung des Notars Tresse, welche von der Gesandtschaft mitgetheilt wurde (§. 2), gründet sich, wie es scheint, blos auf die Erklärung der anwesenden Erben, insbesondere des Freiherrn v. Reischach, dessen Gemahlin allein bei der vorliegenden Frage betheiligt ist. Zwar hat diese Erklärung zur Folge gehabt, dass bis jetzt bei der Aufnahme und Theilung des Vermögens blos die andern Verwandten, theils in Person theils durch Bevollmächtigte, thätig gewesen: in der Linie der älteren Schwester Julie hat Baron Leo v. Reischach Namens seiner Gemahlin gehandelt; die Baronesse Anna blieb unvertreten. Indessen ist das Theilungsgeschäft und selbst das Inventar noch nicht geschlossen.

Die Verlassenschaft besteht nach dem ausführlichen, aber wie gesagt, noch nicht vollendeten Inventar

1) aus baarem Geld, bei der Bank von Frankreich angelegt, nahezu eine Million Francs, welche die Erben vorläufig unter sich getheilt haben;
2) aus einzelnen beweglichen körperlichen Sachen, welche in der Wohnung des Erblassers sich befanden, darunter eine Sammlung sehr werthvoller Gemälde, welche von den Erben zu hohen Preisen[1] nebst dem Hausrath versteigert wurden. — Auch der Erlös aus diesen Gegenständen ist provisorisch getheilt.

[1] Die aus dreissig Bildern von verschiedenen Meistern (Hobbema, Wouwerman, H. Both, Huysum, Rem-

3) aus einer grossen Anzahl von Obligationen und Werthpapieren verschiedener Art, namentlich Aktien von Eisenbahnen (meist französischen, auch einige Aktien der schlesischen Eisenbahn) und andern gewerblichen Unternehmungen.

Eine Autorisation zur Theilung ward nur in Ansehung der Papiere au porteur und auch hier nur provisorisch ertheilt. Bei mehreren Unternehmungen, an welchen der Erblasser Theil hatte, unterblieb die Theilung bis zur Liquidation derselben (z. B. bei den Aktien der Docks-Napoléon-Gesellschaft), bei andern hat sich ein Rechtsstreit erhoben, dessen Ausgang die Miterben abwarten wollten.

4) aus Immobilien, nämlich einem grossen Kohlenbergwerk bei Mons in Belgien und Waldungen zu Charleroy, gleichfalls in Belgien. Früher war der Verstorbene auch Miteigenthümer einer grossen Besitzung im Elsass, der Domäne Bonne-fontaine (Depart. haut-Rhin), welche aber, nachdem sich ein bedeutender Verlust, in Folge vorausgegangener falscher Schätzung des Guts, herausgestellt und dieserhalb ein längerer Prozess stattgefunden hatte, durch Vergleich auf den duc de Galiéra übergegangen ist. Immobiliar-Vermögen in Frankreich scheint der Verstorbene zuletzt nicht mehr besessen zu haben. Indessen sind die Besitzungen in Belgien dem Inventar annectirt, wenn gleich der Werth derselben nicht angegeben ist.

Das Mobiliar-Vermögen lässt sich bei der Beschaffenheit desselben nicht gut schätzen; jedenfalls beträgt dasselbe, wenn auch noch manche Verluste zu befürchten sind, mehrere Millionen.[1] Dazu kommen die Besitzungen in Belgien, worunter die Kohlengruben gegenwärtig 600 Arbeiter beschäftigen und einen Reinertrag von 60,000 Franken abwerfen sollen.

Von väterlicher Seite war Herr v. Mecklenburg ohne Vermögen. — Dagegen fiel ihm während seines Aufenthalts in Paris (1834) von seiner Mutter, einer geb. v. Thun, ein Antheil an mehreren Gütern in der preussischen Provinz Neu-Vorpommern zu. Das bedeutendste dieser Güter, Volksdorf, blieb bis jetzt in der Gemeinschaft sämmtlicher Geschwister v. Mecklenburg; davon geniesst auch Anna v. Röder einen Antheil ($^1/_{10}$), der nach dem Tode ihres Vaters sich auf sie vererbt hat; den gleichen Antheil hat ihre Tante Frau v. Reischach im Besitz. — Ausser seinem Fünftheil an Volksdorf hatte der Verstorbene auch noch sein Fünftheil an den drei andern mütterlichen Gütern beibehalten, während die Geschwister Julie, Philipp und Louise im Jahr 1838 ihren Antheil dem Bruder Heinrich abtraten. Alle diese Besitzungen sind allodial und nach Allodialgesetzen vererbbar. Doch erwähnt das Inventar zu Paris der Güter in Deutschland nicht. Es scheint, dass diessfalls eine besondere Vereinbarung der Familie vorbehalten worden, wovon aber bis jetzt dem Vormund nichts mitgetheilt ist.[2] Aufschluss über die Verhältnisse von

brandt u. And.) erlöste Summe beläuft sich auf 356,230 Fr. Eine Beschreibung der Sammlung und ihres Verkaufs s. im deutschen Kunstblatt 1855, Nr. 1, S. 5, wo unter Anderem gesagt ist: „Der Baron von Mecklenburg, ein Preusse von Geburt (?), war seit einer langen Reihe von Jahren in Frankreich ansässig, wo er sich vorzugsweise mit Speculationen beschäftigte und seine sehr bedeutenden Geldmittel industriellen Unternehmungen zuwandte."

[1] Die Erben declarirten das in Frankreich situirte bewegliche Vermögen (worunter das Mobiliar nebst Gemälden zu 104,000 Franken angeschlagen war) zu nahezu 2,300,000 Franken, woraus an die französische Staatskasse als droit d'enregistrement bezahlt wurden 152,943 Fr. 70 cent. Herr Laperche als Bevollmächtigter der Erben erklärte bei dieser Gelegenheit: que le Baron Ch. Fréd. de Mecklenbourg, originaire du grand duché de Mecklenbourg, non naturalisé francais, est décédé à sa demeure à Paris rue Lafitte 20. Juin 1854.

[2] In dem Kodizill der Schwester Louise v. Mecklenburg vom 16. October 1855 ist der fünfte Theil des Guts Volksdorf, welchen dieselbe vor dem Tode ihres Bruders Friedrich besessen, dem Sohne des Bruders Heinrich v. Mecklenburg auf Pantlitz legirt, und sind demselben auf den Fall seines Ablebens seine Schwestern substituirt. Über den der Erblasserin nach dem Tode des Bruders in Paris zugefallenen zwanzigsten Theil an Volksdorf ist anderweitige Dis-

Volksdorf gibt ein im Nachlasse des Rittmeisters v. Röder vorgefundener Brief des Geschäftsführers Hagemeister d.d. Stralsund 10. März 1842, nebst Beschreibung des Guts Volksdorf.

Noch ist zu bemerken, dass die Obsignation nach dem Tode des Erblassers von dem juge de paix zu Paris den französischen Gesetzen gemäss[1] vorgenommen worden. Auch die Entsieglung (la levée du scellé) und die daran sich knüpfende Inventarisation des Vermögens fand nach französischen Gesetzen[2] unter Aufsicht und Autorisation der französischen Behörden: des juge de paix, resp. des Präsidenten des Tribunals erster Instanz statt. Dabei ward stets als Wohnort des Verstorbenen Paris angeführt und von den Erben selbst anerkannt. Eine Reklamation des Theilungsgeschäfts von Seite mecklenburgischer oder preussischer Behörden hat nicht stattgefunden.

§. 5.

Über die persönlichen und namentlich die Domiziliar-Verhältnisse des Erblassers ward Folgendes erhoben:

In einem Briefe vom 3. Mai 1855 schreibt der noch lebende Bruder des Verstorbenen, Heinrich v. Mecklenburg, Gutsbesitzer in Pommern, aus Berlin:

> Mein Bruder lebte seit 1818 in Paris; ich habe denselben seit dieser Zeit wenig gesehen und war diess der Fall, sprach er nie über seine Verhältnisse. Seine Absicht war früher, in Berlin zu wohnen, miethete sich auch eine Wohnung, die er theilweise noch bis zum Jahr 1830 inne hatte, aber beinahe nie gebraucht, da er beinahe immer in Paris blieb.
>
> In dem Nachlass meines Bruders hat sich, soviel ich weiss, nichts vorgefunden, welches auf die Erbschaft Bezug hat.
>
> Auch meine Schwester kann nichts Näheres bestimmen, wie Euer etc. aus dem beigelegten kleinen Zettel ersehen werden.
>
> In den Gütern in Pommern besass mein Bruder nur einen Antheil, hat auch nie daselbst gewohnt.
>
> Diess alles ist das Einzigste, was ich Euer etc. als gewünschte Aufklärung in den Angelegenheiten meines verstorbenen Bruders mittheilen kann.
>
> Für uns ist diese Sache sehr unangenehm.

Die Schwester des Verstorbenen, Louise v. Mecklenburg, wusste in dem beigelegten Zettel nichts weiter zu sagen, als:

> Seit 1830 hat der Baron Karl Friedrich v. Mecklenburg kein Domizil mehr in Berlin gehabt und hielt sich seither in Paris auf; er war aber dort nicht naturalisirt.

Aus Notizen, welche bei dem königl. Kriegsministerium in Berlin erhoben wurden, ergibt sich, dass der Verstorbene, welcher den 23. December 1784 zu Lübzin in Mecklenburg geboren

---

position vorbehalten. Ob diese Disposition seither, etwa auf dem Wege der Vereinbarung unter den Geschwistern, getroffen worden, ist dem Vormund der Anna v. Röder unbekannt. Auch von den Berathungen der Familie über das Verhalten zu dem Testamente blieb der Vormund ausgeschlossen, obgleich die minderjährige Anna als gesetzliche Erbin (nach dem k. sächsischen Erbgesetz vom 31. Januar 1829, §§. 42, 43) auf eine Berücksichtigung Anspruch gehabt hätte.

[1] Code de proced. civ. part. II. liv. 2, tit. 1.

[2] l. c. tit. 3 und 4. Eine Privatmittheilung war wegen der Betheiligung Minderjähriger unzulässig. Cod. civ. art. 838.

ist,[1] schon im März 1799 bei dem Infanterie-Regiment v. Arnim Nr. 13 eintrat, den 1. Mai 1802 zum Fähnrich, den 24. Dec. 1804 zum Second-Lieutenant vorrückte, 1807 zur Kavallerie in Danzig übertrat, sodann den 25. April 1808 die Erlaubniss erhielt, im Auslande den Charakter als Capitain zu führen, den 28. Februar 1810 dimittirt und den 8. März 1810 ermächtigt wurde, die alte Armee-Uniform zu tragen.

Nach Ermittlung des königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin[2] ist Karl Friedrich von Mecklenburg „bis zu seinem Eintritt in den königl. preussischen Militärdienst grossh. mecklenburgischer Unterthan gewesen. Während dieses Dienstverhältnisses, aber auch nach seiner 1810 mit der königlichen Erlaubniss, im Auslande den Charakter als Hauptmann zu führen, erfolgten Entlassung, hat er sich nur vorübergehend in Berlin aufgehalten; namentlich eine seit dem Jahre 1819 hier gehabte Wohnung nur als Absteigquartier, mit langen Unterbrechungen durch Abwesenheit, benützt, dieselbe endlich auch im Jahre 1830 gänzlich aufgegeben und sich nach Paris begeben. Seitdem ist derselbe nach Berlin nicht wieder zurückgekehrt. Das letzte Domizil desselben ist hienach nicht in Berlin gewesen."

§. 6.

Dass der Verstorbene in Frankreich nicht naturalisirt, d. h. nicht französischer Staatsbürger geworden, ist nach der oben §. 2 erwähnten Mittheilung der württembergischen Gesandtschaft nicht zu bezweifeln. Auch eine ausdrückliche Zulassung zum Genuss der bürgerlichen Rechte in Frankreich von Seite des Staatsoberhaupts, im Sinne des Art. 13 des Code Napoléon, ward ihm nach späteren Nachforschungen nicht ertheilt.[3] Ob Herr v. Mecklenburg Schritte in der einen oder andern Richtung zur Befestigung seiner Stellung in Frankreich gethan, konnte nicht ermittelt werden. Er äusserte sich wohl öfters unwillig über Erfahrungen, die er gemacht, über angebliche Zurücksetzungen, die er erduldet (auch in einem Briefe an seine Schwester Julie vom 16. November 1837); allein er verliess desshalb Frankreich nicht.[4] Er lebte in Paris, wie Tausende von Deutschen, welche dort unbehindert sich niederlassen, Gewerbe treiben, sich verehelichen, ohne daran zu denken, wieder nach Deutschland zurückzukehren, wenn sie auch die Möglichkeit nicht ausschliessen, d. h. nicht förmlich auswandern. Er zahlte in Paris persönliche und Mobiliarsteuer,[5] während er in Mecklenburg keine und in Preussen nur Grundsteuer aus seinen Gutsantheilen in Pommern entrichtete. Er nahm für seine Reisen, die er von Paris aus machte, früher einen Pass von dem mecklenburgischen Residenten, später (1844) von dem preussischen Gesandten. Er leistete 1840 Seiner Majestät dem König von Preussen schriftlich die Huldigung als ritterschaftlicher Gutsbesitzer in Pommern. Diese Thatsache wie jene beiden Pässe wurden von den Gegnern dem Richter vorgelegt.

---

[1] Der Geburtsschein liegt bei den Theilungsacten.

[2] Amtlicher Bescheid vom 13. Februar 1856 auf eine Namens des Vormunds an den Herrn Oberbürgermeister zu Berlin gerichtete und von diesem dem königl. Polizei-Präsidium zur ressortmässigen Erledigung gerichtete Eingabe.

[3] Schreiben des Justizministeriums an den württembergischen Residenten vom 29. Mai 1855.

[4] Einmal liess er seine Kostbarkeiten und Gemälde einpacken, um sie ausserhalb Frankreichs, in Preussen, in Sicherheit zu bringen. Es war diess bei der Februar-Revolution des Jahrs 1848, wo auch manche Franzosen Paris verliessen. Mit wiedereingetretener Ruhe setzte er seine Geschäfte in der alten Weise fort. Was allein an den frühern Rettungsversuch erinnerte, waren die offenen Kisten, in welchen er seitdem die selteneren Gemälde zeigte.

[5] Nach einem amtlichen Extrait du rôle des contributions directs de l'année 1854 bezahlte Monsieur de Mecklenbourg (rue Lafitte nr. $^4/_2$) cote personelle et cote mobilière sur un loyer de 4000 Frcs in jenem Jahr 334 Frcs.

Ferner beriefen sich dieselben auf einzelne **belgische** Urkunden, worin der Verstorbene als domicilié de droit à Berlin, résidant à Paris bezeichnet wurde. Das erstemal geschah diess bei dem Ankauf des Kohlenwerks in Mons im Jahr 1827, als er noch eine Miethwohnung in Berlin unterhielt. Dieselbe Formel wurde auch bei späteren Anlässen, wo er seinen belgischen Grundbesitz erweiterte oder verpfändete, von dem Notar beibehalten zu einer Zeit, wo er nach übereinstimmender Angabe seiner Geschwister und des Berliner Polizei-Präsidiums (§. 5) die immer nur als Absteigquartier benützte Wohnung in Berlin bereits aufgegeben hatte (1830). Ausnahmsweise nahm er in einer französischen Urkunde, betreffend die Fundation der Eisenbahngesellschaft von Montpellier nach Cette, vom 28. Juni 1838 [1] sein Domizil sowohl in Brüssel als in Paris (propriétaire, demeurant à Bruxelles, hôtel de Suède, présentement à Paris, boulevard Montmartre nr. 16), vermuthlich weil der Grundbesitz in Belgien seinem Namen Gewicht geben sollte. In den späteren Urkunden dieser Gesellschaft (Note 3), dessgleichen in einer grossen Anzahl französischer Notariatsakten, in den jugements des Tribunals der Seine und in den arrèts des Appellhofs aus den Jahren 1844 — 1854, auch in einigen **belgischen** Notariatsakten, Hypotheken betreffend (1846 und 1847) wird dagegen Herr v. Mecklenburg einfach als demeurant à Paris (Place Vendome nr. 19, später rue Lafitte nr. 2) bezeichnet.

Thatsache ist es, dass der Verstorbene seit einer langen Reihe von Jahren (nach dem obigen Zeugniss seines Bruders seit 1818, also 36 Jahre) seinen regelmässigen Aufenthalt in Paris hatte, wo er häuslich eingerichtet war, und wohin er von seinen Ausflügen nach Belgien und von seinen sonstigen Reisen immer wieder zurückkehrte; wo er ferner durch glückliche Spekulationen an der Börse, Theilnahme an Aktiengesellschaften und andern Finanzoperationen [2] sich ein grosses Vermögen erwarb, und wo er endlich in einem Alter von nahezu 70 Jahren in seiner Wohnung rue Lafitte nr. 2 plötzlich an einem Schlage starb.

Obgleich der Verstorbene kein Staatsbürgerrecht in Frankreich erworben hat, so war er doch eine in der dortigen Geschäftswelt sehr bekannte Persönlichkeit. Auch befand er sich mehrfach in unmittelbarer Berührung mit dem französischen Gouvernement, namentlich mit dem Ministerium des Innern und der öffentlichen Arbeiten. Er stand an der Spitze bedeutender, von der französischen Regierung concedirter Unternehmungen; er war Mitgründer und lange Zeit Administrator und Präsident der Eisenbahngesellschaft von Montpellier nach Cette, die ihren Sitz zu Paris hatte; [3] er gründete mit einem Handlungshause eine Filature zu Paris und präsidirte bis zu seinem Tode der Administration der Compagnie linière de Pont-Remy, an welche dieselbe überging; [4] er war Mitstifter des Unternehmens der Docks-Napoléon und wurde von dem Tode überrascht, als

---

[1] Bulletin des lois suppl. 378, p. 17. Das Einlagekapital eines jeden der vier Gründer betrug 750,000 Franken.

[2] Das Bankhaus Hottinger & C. stellte darüber Herrn Péronne, Avoué, folgendes Attest aus: „Paris 24. Juillet 1856. Monsieur! Nous vous écrivons ces lignes pour vous déclarer et attester qu'il est à notre connaissance que feu M. de Mecklenbourg a eu pendant de longues années avant son décès, son domicile établi à Paris et qu'il y a fait d'importantes opérations de banque et de finances. Vous pouvez faire de la présente attestation tel usage que vous conviendra. Nous vous présentons nos salutations empressées. Hottinger & C."

[3] Als Präsident dieser Gesellschaft wird er aufgeführt in dem annuaire officiel des chemins de fer 1847 — 1848 (Napoléon Chaix imprimeur) domizilirt Place Vendome nr. 19. In der Convention pour la fusion avec la Compagnie du chemin de fer de Lyon à Avignon vom 28. Juli 1852 (Bulletin 558, ser. 10, p. 123), welche von der Regierung genehmigt und dem corps législatif vorgelegt wurde (Moniteur du 23., 27. et 29. Juin 1852) sind genannt and am Ende unterzeichnet MM. le baron Frédéric de Mecklenbourg demeurant à Paris, rue Lafitte nr. 2, und Antoine Jacob Stern, demeurant à Paris rue Lafitte nr. 41, administrateurs de la compagnie du chemin de fer de Montpellier à Cette, agissant au nom de la dite compagnie.

ihm eben in seiner Wohnung die Administration der Gesellschaft von seinem Nachfolger abgenommen wurde.

Auch bei anderen auf Gewinn oder Einfluss berechneten, zum Theil verunglückten französischen Entreprisen, welche das Inventar aufzählt, war Baron v. Mecklenburg (diesen Titel führte er in Paris) mit ansehnlichen Summen betheiligt (z. B. bei dem Pariser Journal le National) und wie wenig er trotz seines hohen Alters daran dachte, seine gewinnreiche Thätigkeit oder gar den gewohnten Aufenthalt in Paris aufzugeben und nach Deutschland zurückzukehren, beweisen die vielfachen Geschäftsbeziehungen, welche er fort und fort unterhielt, und die Verwicklungen, deren Lösung seinen Erben und namentlich Herrn v. Reischach, der desshalb seit anderthalb Jahren fast immer in Paris anwesend ist, vorbehalten blieb.

§. 7.

Mit seiner Familie, d. h. mit seinen Geschwistern stand der Verstorbene in keinem lebhaften Verkehre. Er kam von Paris sehr selten nach Deutschland. Namentlich klagte General Philipp in Briefen an seine Schwester Julie (1835—1839), dass derselbe nichts thue, um zu einem Theilungsprojekt bezüglich der mütterlichen Güter in Pommern die Hand zu bieten, dass er nicht nach Berlin komme, wo ihn die Geschwister 1837 und 1838 erwarteten („nach Mecklenburg fraget ihr nicht" — bemerkt der Briefschreiber), dass er nicht einmal antworte auf Briefe, die ihm geschrieben worden.

Frau v. Röder suchte zu vermitteln und das gute Vernehmen mit dem Bruder in Paris zu erhalten. Sechs Briefe des letztern fanden sich vor, aus den Jahren 1837—1840, wovon vier aus Paris, einer aus Dour bei Mons und einer aus Brüssel. In dem Brief aus Dour d.d. 11. Oct. 1837 heisst es: „Gegen den 20. dieses werde ich nach Paris zurückkehren." In dem Brief aus Brüssel d.d. 21. August 1838: „Ich werde gegen den 10. September nach Paris zurückkehren." In dem letzten Briefe d.d. Paris 22. Mai 1840 wird eines Besuchs des Neffen Albert v. Röder, Vaters der Anna, erwähnt und gesagt: er (der Oncle) habe ihm zugesprochen, sich zu verehelichen, vor allen Dingen ihm aber gerathen, nur nach Neigung zu wählen — eine Vorstellung, für welche Albert nicht taub blieb, denn bald darauf knüpfte er seine eheliche Verbindung mit der Tochter eines hochgeschteten württembergischen Offiziers, woraus die jetzt vater- und mutterlose Anna entsprungen.

Auch der unverheirathete Bruder Karl Ludwig scheint dem Verstorbenen persönlich näher gestanden zu sein. Derselbe lebte einige Zeit in Paris und starb dort den 13. Februar 1837. Der jetzt verstorbene Erblasser, Karl Friedrich, kaufte für ihn einen Beerdigungsplatz auf dem Kirchhofe Père la Chaise,[2] wo er nunmehr selbst auch in der Nähe beigesetzt ist. In einem Briefe d.d. Paris 16. Februar 1837 gibt Friedrich der Schwester Julie Nachricht von dem Tode und der Beerdigung des Bruders und seinem Nachlasse. Die Liquidation und Theilung des meist in holländischen, österreichischen und neapolitanischen Papieren angelegten beweglichen Vermögens (die Gutsantheile in Pommern blieben unerwähnt) wurde privatim von Friedrich zu Paris besorgt. Zwei Briefe d.d. Paris 21. Februar und Dour bei Mons 11. October 1837 besprechen in wenigen Worten die brüderliche Theilung, und der letztere wiederholt das Versprechen, der Schwester ihren Antheil ultimo October von Paris aus zu übermachen (wie viel ist nicht gesagt). Auch hier hatten die mecklenburgischen und preussischen Behörden sich nicht eingemischt.

[1] In den Statuten dieser Gesellschaft von 1854 steht an der Spitze le baron Frédéric de Mecklenbourg *propriétaire* demeurant à Paris rue Lafitte nr. 2.

[2] Die Quittung für die bezahlte concession à perpetuité liegt bei dem Inventar zu Paris.

§. 8.

Die Verbindnng der Goschwister mit dem Grossherzogthum Mecklonburg-Schwerin, wo die Familio entsprungen ist, [1] hat in der That seit lange aufgehört. Die jetzige Guts- und Gerichtsherrschaft anf Lühzin nnd Diederichshof attestirt amtlich s. d. Lübzin 17. December 1855 Folgendes:

„1) Der Herr Johann Hillmann kaufte im Jahre 1785 die Güter Lübzin mit Diederichshof und Grünenhagen von dem später verstorhenen Ohermundschenk v. Mecklenburg. Der Letztere verliess in dem genannten Jahro das Gut Lühzin mit seiner ganzen Familie, ohne sich dort ein Domizil zu reserviren oder ohne Vermögen dort zu lassen.

2) Der später in Paris gestorhene C. Fr. v. Mecklenhurg, wolcher ein Sohn des vorgenannten Ohermundschonk von Mecklenburg sein soll, hat in den genannten Gütern Lübzin mit Diederichshof und Grünenhagen niemals ein selhstständiges Domizil gehabt, hat sich daselhst auch nach dem Ahzuge seines Vaters niemals aufgehalten.

3) Ehonsowenig hat derselbe jemals Abgaben irgend einer Art hier gezahlt, mithin so wenig an den Staat wie zu den privativen Gutshedürfnissen.“ [2]

Im Jahr 1806 starh der Vater des Erhlassers, gewesener fürstlicher Ohermundschenk zu Lützow in Mecklenhurg, dem Vernehmen nach ohne Vermögen. Die Muttor, geb. v. Thnn, blieb noch einige Zeit zu Lützow; später lehte sie theils auf ihren Gütern in Pommern, theils in Berlin, wo sie 1835 starh. Auch die Kinder kehrten nicht nach Mecklenburg zurück. Philipp starb als pensionirter schwodischer General in Schweden, wo er sich angekauft hatte. Julio als Wittwe eines Generals in Württemherg, wohin sie sich frühe verheirathet hatte. Karl Ludwig und Friedrich starhen in Paris. Louise, Stiftsdame, wohnte in Dresden, wo sie vor Kurzem, den 12. April 1856, gleichfalls starb. Der allein noch übrige Heinrich v. Mecklenburg leht Sommers auf dem Gnto Pantliz in Pommern, Winters in Berlin.

Auf eine wiederholte Bitte um Aufschluss über den Zeitpunkt der Entfernung der Geschwister aus Mecklenhurg erwiederte dieser, Berlin den 28. Fehrnar 1856:

Ich erlaube mir, auf Ihre beiden Briefe ganz gehorsamst zu antworten, dass es mir unmöglich ist, Ihre mir gemachten Fragen und Aufschlüsse heantworten zu können, indem ich keine Unrichtigkeiten geben mag, welches leicht geschehen könnte, da viele nnd lange Jahre seitdem verflossen sind nnd ich mir nichts notirt habe. Da die Erbschaft nach Strang und nicht nach Kopfzahl getheilt wird, so verlange ich nnr meinen Theil und Recht; daher muss sich dio Anna Röder an den Strang ihrer Tante, der Frau v. Reischach, halten, da wir nichts von der Anna Röder verlangen nnd haben wollen. Also auch dass wir in diesen Streit nicht hineingezogen werden, da uns dieser nichts angeht.

Weiter kann ich Euer Wohlgeboren nichts schreihen, als die Versicherung, dass ich mit der vollkommensten Hochachtung hin

Euer Wohlgehoren

ganz gehorsamster

Heinrich v. Mecklenburg.

---

[1] Der Grossvater des Erblassers, Karl Ludwig von Mecklenburg, war ein natürlicher Sohn des kinderreichen Herzogs Friedrich Wilhelm von Mecklenburg. Auch Familien mit dem Namen Mecklenburg ohne das Prädikat „von“ kommen in Mecklenburg vor, s. den dortigen Adresskalender.

[2] Vorstehendes Attest ist gezeichnet von dem jetzigen Guts- und Gerichtsherrn zu Lübzin, W. Hillmann, und legalisirt von dem französischen Viceconsul zu Rostock.

Dieser Brief, wie der vom 3. Mai 1855 (§. 5), wurde von dem Advokaten der Gegner selbst, Herrn Bethmont, zur Kenntniss des Gerichts erster Instanz gebracht. Die darauf gestützte Hoffnung des Vormunds, dass die unbetheiligten Verwandten, wenn auch die diesseitigen Bemühungen nicht weiter unterstützen, so doch an dem Streite wider die Mündel sich nicht betheiligen werden, ging nicht in Erfüllung, indem bei Eröffnung der Verhandlung zweiter Instanz Herr Bethmont erklärte, dass die Verwandten für die Vorfrage über die Kompetenz mit Herrn v. Reischach verbunden bleiben wollen.

§. 9.

Was zur Wahrung der Rechte der minderjährigen Anna v. Röder geschehen konnte, ward von der Vormundschaft nicht unterlassen. Nicht nur erfolgte auf ihre Veranlassung von Gesandtschafts wegen am 21. December 1854 bei dem Notar, Herrn A. Tresse, eine Anfrage wegen der Ansprüche der Mündel; es hat auch, nachdem diese Ansprüche an Ort und Stelle näher erforscht und gegründet gefunden worden waren, der Avoué H. Péronne im Namen des Vormunds unter dem 26. Mai 1855 den vier Erben, welche bis dahin allein gehandelt hatten, sowie dem Avoué derselben, Herrn Laperche, und dem Notar, Herrn Ad. Tresse, eine „Opposition“ gegen jede einseitige, d. h. in Abwesenheit des Vormunds stattfindende Fortsetzung des Inventars, der Liquidation und Theilung in üblicher Form durch den Huissier des Tribunals erster Instanz überreichen lassen.[1] Diese Opposition blieb ohne Erwiederung von Seite der Gegner, welche weder freiwillig der Konkurrenz der Mündel als Erbin stattgaben, noch auch den Präsidenten des Tribunals erster Instanz um seine Entscheidung anriefen, wohl aber mit Liquidation und Theilung der Verlassenschaftsobjekte de facto fortfuhren, wenn sie auch de jure vor beseitigter Opposition das Inventar nicht zu schliessen vermochten. Es ward darauf, nachdem der Avoué, Herr H. Péronne, von dem Vormunde die erforderliche Vollmacht nebst Legitimation des Waisengerichts zum Beginn des Prozesses erhalten hatte, am 7. September 1855 auf Grund der Behauptung, dass die Succession am Orte des Domizils in Paris eröffnet und nach dem französischen Gesetz zu beurtheilen sei, eine gerichtliche „Assignation“ oder Vorladung der Gegner vor die Schranken der ersten Kammer des Civiltribunals der Seine bewerkstelligt, zum Zweck der gerichtlichen Entscheidung über das diesseitige Begehren, dass das Inventur- und Theilungs-Geschäft in Gegenwart des Vormunds, Herrn Maier, als Vertreters der erbberechtigten Mündel, fortgesetzt und berichtigt werde.[2]

Bevor noch die Gegner antworteten, gab eine in der Gazette des Tribunaux vom 29. Nov. 1855 veröffentlichte Ankündigung der Liquidation einer Société de charbons (Société Dubern), ausgehend von Herrn v. Reischach und Herrn Laperche, Namens der interessirten v. Mecklenburgischen Erben, Herrn Avoué Péronne Anlass, in Uebereinstimmung mit seiner Opposition vom 26. Mai 1855 den Administrator jener Gesellschaft auf die Rechte der Mündel hinzuweisen und zu fordern, dass ohne Einwilligung des Vormunds keine Gelder an die v. Mecklenburgischen Erben ausgefolgt werden.

Hierauf klagte der Anwalt der Gegner, Herr Laperche, bei dem Präsidenten (1. Dec. 1855), indem er behauptete, dass die minderjährige v. Roeder nicht berechtigt sei, sich in die Verlassenschaftssache einzumischen und deshalb beantragte, die Parteien auf den Rechtsweg zu verweisen, einstweilen aber zu verfügen, dass in Abwesenheit des Vormunds, Herrn Maier, mit dem Theilungs-Geschäft fortgefahren werde.[3] Es ward darauf dieser Incidentpunkt den 4. December 1855 als

[1] Abgedruckt unten Nr. IV.
[2] Nr. V.
[3] Nr. VI.

Gegenstand eines Référé zwischen den beiderseitigen Avoués verhandelt. Als aber der Präsident Tagfahrt zur öffentlichen Verhandlung vor der ersten Kammer angesetzt hatte, blieben die Gegner aus und es ward sofort auch diese spezielle Opposition aufrecht erhalten. Das Activum der Gesellschaft Dubern von circa 200,000 Franken ist auf Anordnung des Präsidenten in die Hände eines Seqnesters, Mr. Franquin, gelegt, und diese konservatorische Maasregel wird so lange fortdauern, bis der Rechtspunkt erledigt ist.

Nun erst, den 5. Januar 1856, am Schlusse der für Auswärtige bestehenden Frist von vier Monaten, reichte Herr Laperche Namens des Barons Heinrich v. Mecklenburg, der Stiftsdame Louise, der Wittwe des Generals Philipp und des Herrn und der Frau v. Reischach seine Anträge (conclusions) auf die Klage vom 7. September 1855 ein, indem er bat, das Tribunal möge sich für inkompetent zur Erledigung der Streitsache erklären, den Vormund, welcher die Inventarisation und Theilung des Vermögens, wie auch die Zahlung der Erbschaftsabgabe habe geschehen lassen und erst zu Ende Mai's 1855, ein Jahr (?) nach dem Tode des Erblassers sich bemerkbar gemacht, mit seiner Klage, als die Erbschaft eines Fremden, eines Mecklenburgers betreffend, welche nach den Gesetzen von Mecklenburg-Schwerin zu theilen sei, abweisen und zu den Kosten verurtheilen.[1]

Den 14. März 1856 wurde vor der ersten Kammer des Civiltribunals zu Paris über die Einrede der Inkompetenz verhandelt. Herr Bethmont, als Advokat der Gegner, hielt die Einrede aufrecht; Herr Dufaure, Namens des Vormunds, plädirte gegen dieselbe. Nachdem Herr Bethmont nochmals gesprochen hatte und darauf der Substitut des Staatsanwalts, Herr Pinard, gehört war, erkannte das Gericht in Uebereinstimmung mit den Anträgen des öffentlichen Ministeriums, dass die Einrede der Unzuständigkeit zu verwerfen und die Partei des Herrn Laperche in die Kosten des Vorstreits zu verurtheilen sei. Zugleich wurde die Verhandlung in der Hauptsache auf den 28. desselben Monats angesetzt.[2]

Dieser Verhandlung kamen die Beklagten zuvor durch Appellation an den kaiserlichen Gerichtshof, vor welchem in den öffentlichen Audienzen vom 15. und 22. Juli 1856 wieder Herr Bethmont für die Beklagten, Herr Dufaure für die klagende Vormundschaft in die Schranken trat. Zur Prüfung der von diesem vorgelegten Beweisurkunden erbat sich der Subsistut des General-Prokurators, Herr Saillard, Frist bis zum 26. Juli, wo er in ausführlicher Erörterung der vorgebrachten Gründe und Gegengründe, wie das öffentliche Ministerium in erster Instanz, die Kompetenz der französischen Gerichte und die Geltung der französischen Gesetze in Anspruch nahm und demnach Bestätigung des untergerichtlichen Urtheils beantragte. Gleichwohl entschied das Gericht am Schlusse der Sitzung, nachdem noch einige andere Gegenstände verhandelt worden und sodann die Richter sich in ihr Berathungszimmer zurückgezogen hatten, für die entgegengesetzte Meinung. Das Urtheil des Tribunals erster Instanz wurde aufgehoben und den Parteien überlassen, an ihre „natürlichen“, d. h. an die auswärtigen Richter zu gehen.[3]

---

[1] S. unten Nr. VII.
[2] Nr. VIII.
[3] Nr. IX.

II.

Rechts-Gutachten,

betreffend die gesammte Verlassenschaft in Frankreich, Belgien und Preussen.[1]

Von der Vormundschaft des minderjährigen Fräuleins Anna v. Röder zu Gross-Sachsenheim, Oberamts Vaihingen, ersucht, ein unparteiisches Rechtsgutachten über die Frage abzugeben:

ob die genannte Mündel zur Succession in den Nachlass ihres zu Paris verstorbenen Grossoheims, Herrn Karl Friedrich v. Mecklenburg, berechtigt sei?

habe ich zunächst mich bemüht, durch sorgfältige Untersuchung der factischen Verhältnisse eine Grundlage für die Beurtheilung zu gewinnen und bin nunmehr im Stande, meine Ueberzeugung in dieser belangreichen Angelegenheit des Näheren darzulegen.

Hierbei schien es mir nothwendig, die Aufgabe, welche in der gestellten Anfrage liegt, genauer zu bestimmen.

Der praktische Zweck bei dieser Anfrage war, für den Vormund und die Vormundschaftsbehörde, welchen die Obsorge für ein frühe verwaistes Kind anvertraut ist, genauere Anhaltspunkte für die Beurtheilung des vorliegenden, durch Einmischung verschiedener Rechte verwickelt gewordenen Erbschaftsfalls und damit für ihre Entschliessung darüber zu erhalten, ob und wo die Erbschaftsklage begonnen werden soll.

Je weniger die Vormundschaft sich zu einem Rechtsstreite wider so nahe Verwandte der Mündel anders als im Drange einer dienstlichen Obliegenheit entschliessen könnte, desto mehr hoffte dieselbe von diesem äussersten Schritte durch ein bereitwilliges Entgegenkommen von der andern Seite, wozu ihrerseits öfters Veranlassung geboten ward, dispensirt zu sein. Darin liegt auch der Grund, warum der schon früher gefasste Beschluss einer rechtlichen Verfolgung der Sache bisher nicht zur Ausführung gebracht worden. Diese Zögerung war begründet, so lange es an einer zuverlässigen Grundlage der Beurtheilung fehlte, welche auch durch die Erkundigung im diplomatischen Wege nicht erlangt worden.

In Folge Beschlusses des Waisengerichts vom 28. April 1855 ist nun aber so viel thatsächlicher Grund und Boden gewonnen, als bei dem unangenehmen Umstand, dass alle Papiere — sowohl des Erblassers als des ihm kurz vorausgegangenen Vaters der Mündel — in den Händen der Gegenpartei sind (auch schon die vorläufige Einsichtnahme der letztern war nicht ohne gerichtliche Dazwischenkunft zu bewerkstelligen) irgend zu erwarten stand. Auf den Grund der grossentheils an Ort und Stelle erhobenen, in Paris zum Theil notorischen Thatsachen haben nun

[1] Das Gutachten wurde am 22. Juli 1855 erstattet, unter dem Vorbehalt einiger Ergänzungen in Betreff des Grundbesitzes in Belgien (lit. B), welche den 10. September desselben Jahrs nachgetragen wurden.

auch bereits drei angesehene französische Rechtsgelehrte und ein Advokat des belgischen Appellhofs zu Brüssel sich in einer der Vormundschaft erstatteten Consultation und deren Zusätzen d.d. $\frac{\text{3. Juni}}{\text{1. Juli}}$ d. J. für das Erbrecht der Mündel bezüglich der Mobiliar-Verlassenschaft in Frankreich ausgesprochen.

Gleichwohl wünschte die Vormundschaft auch noch meine unmassgebliche Deduction über die rechtliche Stellung der Mündel zu der **gesammten** Erbschaft zu vernehmen, und ich darf jetzt, nachdem bereits ein Jahr seit dem Tode des Erblassers verstrichen ist, nicht länger unterlassen, diesem Wunsche nach Kräften zu entsprechen.

A. In Betreff des Nachlasses in Frankreich.

§. 1.

Die Frage: gilt das Repräsentationsrecht in der Seitenlinie zu Gunsten der petite nièce? ist nach dem französischen Recht unzweifelhaft zu bejahen. Der Code Napoléon Art. 742 sagt:

> En ligne collatérale, la répresentation est admise en faveur des enfans et descendans de frères ou soeurs du défunt, soit qu'ils viennent à sa succession concurrement avec des oncles ou tantes, soit que tous les frères et soeurs du défunt étant prédécédés, la succession se trouve dévolue a leurs descendans en degrés égaux ou inégaux.

Hier ist das Repräsentationsrecht nicht blos der Kinder, sondern der Descendenten von Geschwistern überhaupt anerkannt. Nach Art. 743 findet bei Repräsentation Vertheilung nach Stämmen statt; es würde also auf die Descendenz der Schwester des Erblassers, Julie v. Röder, geb. v. Mecklenburg, ein Viertheil als Stammportion kommen, von dieser aber Anna v. Röder und Frau v. Reischach je die Hälfte, also ein Achtel, der ganzen Erbschaft erhalten.

Ebenso nach dem allgemeinen preussischen Landrecht Th. II, Tit. 3, §. 37, dem österreichischen bürgerlichen Gesetzbuche §. 736, dem neuen holländischen Civilrecht Art. 891, welche hierin der Billigkeit mehr Rechnung tragen als das römische Recht, wodurch das sogenannte Repräsentationsrecht zwar den Kindern, nicht aber den Enkeln von vollbürtigen Geschwistern, falls dieselben mit vollbürtigen Geschwistern des Verstorbenen oder deren Kindern konkurriren, eingeräumt ist. Indessen kommt das römische Recht noch jetzt in einzelnen Theilen von Deutschland zur Anwendung, z. B. in dem Grossherzogthum Mecklenburg-Schwerin und Strelitz,[1] während anderwärts, z. B. in dem Grossherzogthum Baden, in der bayerischen, hessischen und preussischen Rheinprovinz der französische Code und mit ihm Art. 742 geltendes Recht geworden ist. Auch in einzelnen Provinzen des Königreichs Preussen, z. B. in der Kurmark Brandenburg, wo Berlin gelegen, in der Provinz Pommern, wo der Verstorbene begütert war, finden sich Nachwirkungen des römischen Rechts, obgleich das allgemeine Landrecht an die Stelle der in den preussischen Landen aufgenommen gewesenen römischen, gemeinen Sachsen- und anderer fremden subsidiarischen Rechte und Gesetze getreten ist.[2] Die besondern Provinzialrechte, namentlich in Ansehung des Familien- und Erbrechts (das. §. VII) wurden bei Publikation des allgemeinen Landrechts vorläufig, bis zur Vollendung der Provinzialgesetzbücher, aufrecht erhalten, und, nachdem Zweifel in der Praxis darüber entstanden sind, ob auch solche provinzialgesetzliche Bestimmungen, welche aus dem römischen oder einem andern subsidiarischen Rechte entnommen sind und nur als

[1] v. Kamptz, mecklenburgisches Civilrecht, §. 208, 209.

[2] Publikationsprotokoll vom 5. Febr. 1794, §. 1 und II.

nähere Feststellungen desselben für den betreffenden Landestheil angesehen werden können, ihre Gültigkeit behalten haben, so hat sich das Geheime Obertribunal in einem Plenarbeschlusse vom 8. April 1839 für Bejahung dieser Frage entschieden.[1]

Hiernach wäre, wenn das französische Recht in unserem Falle nicht zur Anwendung kommen sollte, allerdings zu erwarten, dass zwar die Kinder des Bruders Philipp v. Mecklenburg und ebenso die Tochter der Schwester Julie v. Röder loco parentum zugelassen würden, die Enkelin der Schwester aber ihren Vater nicht repräsentiren dürfte, dass es vielmehr ebenso angesehen werden müsste, wie wenn dieser Vater nie gelebt hätte oder kinderlos gestorben wäre.

§. 2.

Die Frage drängt sich somit in den Vordergrund: gilt hier das französische Recht? Diese Frage ist aber nicht so einfach zu beantworten, wie in dem Antwortschreiben des Herrn Notaire Tresse an den württembergischen Ministerresidenten, Herrn Baron v. Wächter,[2] geschehen ist, wo lediglich nach der Nationalität des Erblassers, als eines geborenen Mecklenburgers, entschieden wird. Vielmehr stellt sich die Frage dahin:

I. kommen zur Anwendung die Gesetze des Grossherzogthums Mecklenburg-Schwerin und mit ihnen das römische Recht? Oder

II. die Gesetze des Königreichs Preussen und mit ihnen die Provinzialrechte, sei es der Mark Brandenburg oder der Provinz Neuvorpommern? Oder endlich

III. entscheiden die französischen Gesetze?

Zu I. Der einzige Beweis, welcher für den ausschliesslichen Anspruch der Freifrau v. Reischach auf den Stammtheil ihrer verstorbenen Mutter, Freifrau v. Röder, bei dem Theilungsgeschäft vorgelegt worden, ist eine Urkunde aus Mecklenburg, wonach der Erblasser im Jahr 1784 auf dem Gute Lübzin in Mecklenburg geboren worden. Damit ist allerdings der Beweis der Abstammung des Erblassers von einem mecklenburgischen Oberschenk, Herrn v. Mecklenburg und einer Fräulein v. Thun, erbracht; folgt aber daraus, dass die 70 Jahre nach jener Geburt zu Paris eröffnete Erbfolge nach mecklenburgischen Gesetzen zu beurtheilen sei?

So wenig zu bezweifeln ist, dass der Verstorbene als Sohn eines mecklenburgischen Edelmanns (die Mutter stammte aus Preussen) seine ursprüngliche Heimath in Mecklenburg hatte, so scheint doch derselbe, nachdem er erwachsen war, nie sich längere Zeit daselbst aufgehalten zu haben. Weder er noch seine Geschwister blieben in Mecklenburg, wo der Vater im Jahr 1806 ohne Vermögen starb. Der Verstorbene trat in preussische Militärdienste und wurde dadurch, vorübergehend wenigstens,[3] preussischer Unterthan. Wir können dahin gestellt sein lassen, ob derselbe daneben noch sein mecklenburgisches Heimathrecht beibehielt;[4] jedenfalls war er, so lange er im preussischen Militärdienste blieb, und auch nach erhaltener Dimission, wofern er nicht Preussen alsbald verliess, den preussischen Gesetzen, namentlich hinsichtlich des Gerichtsstandes unterworfen. Er hatte ferner ein gesetzliches Domizil in Preussen am Sitze der Garnison. Später

---

[1] Entscheidungen des preussischen Obertribunals Bd. 4, S. 422 f. Bornemann, systematische Darstellung des preussischen Civilrechts 2. Ausg., Bd. 1, §. 4, S. 16.

[2] s. oben S. 2 u. 3.

[3] Allgemeines Landrecht Thl. II, Tit. 10, §. 2.

[4] Die deutsche Bundesakte von 1815, Art. 18, wo der Eintritt in die Civil- und Militärdienste anderer deutschen Staaten gestattet ist, bestand bei der Anstellung in Preussen noch nicht; allein auch die Bundesakte schliesst die nothwendige Erfüllung landesgesetzlicher Bedingungen (z. B. vorher erfüllte Militärpflicht) und Formalitäten (z. B. Erlaubniss der Regierung) nicht aus.

nach seiner Verabschiedung (1810) begab er sich in das Ausland. Von 1818 an machte er Paris zu seinem Aufenthalt und starb dort, ohne nach Berlin oder nach Mecklenburg zurückzukehren.

Es hat also der Verstorbene mehrmals einen eigenen Wohnsitz (domicilium) gegründet und dadurch das forum originis in dem Sinne, welchen dasselbe überhaupt noch im heutigen Rechte hat, aufgelöst. Wir haben nämlich weder ein forum originis commune noch speciale im Sinne des römischen Rechts (als durch die communis patria in Rom und speziell durch den Ort, wo der Vater zur Zeit der Geburt civis oder municeps war, begründet). Hierüber sind alle deutschen Rechtslehrer einverstanden.[1]

Das heutige forum originis einer Person ist der Gerichtsstand, unter welchem zur Zeit der Geburt der Vater seinen Wohnsitz hatte. Dieses forum ist nicht unveränderlich, sondern bleibt nur so lange, als der Sohn oder die Tochter noch keinen eigenen Wohnsitz genommen und dadurch ein selbstständiges forum generale begründet hat.[2]

Auch die praktische Bedeutung des römischen domiciliums, indem der Wohnsitz ebenso wie das Bürgerrecht jeden Einzelnen zum Angehörigen einer Stadtgemeinde (von dieser ging eben das römische Recht aus) machte, ist nicht gemeinrechtlich in Deutschland geworden. Dagegen gilt hier der Wohnsitz als regelmässiger Grund für die Bestimmung sowohl des allgemeinen persönlichen Gerichtsstandes als auch des persönlichen Rechts, welchem der Einzelne untergeordnet ist.[3]

§. 3.

Zu II. Die Anwendung des preussischen Rechts könnte möglicher Weise gestützt werden (bis jetzt ist diess nicht geschehen):

a) auf das frühere Dienstverhältniss und den nachherigen Wohnsitz in Berlin.

Es soll nämlich der Verstorbene, nachdem er mehrere Jahre in preussischen Militärdiensten gestanden, beabsichtigt haben, in Berlin zu wohnen und auch später (vor 1830) eine Miethwohnung daselbst unterhalten, aber nur selten und nur vorübergehend benützt haben. Letzteres nach den Mittheilungen der beiden Geschwister und Miterben.[4] Der württembergische Ministerresident zu Paris schreibt dagegen dem Vormund am 9. Februar 1855, dass Herr v. Mecklenburg, ehe er seinen Aufenthalt in Paris nahm, zu Berlin seinen Wohnsitz hatte.

Möglich, dass der Verstorbene der Anwendung des §. 84 der allgemeinen preussischen Gerichtsordnung begegnen wollte, wo es heisst:

„Ausländer, welche nach erhaltener Dimission aus hiesigen Militärdiensten die hiesigen Lande sogleich verlassen haben, ohne darin einen Wohnsitz zu nehmen, sind als Fremde anzusehen."

Möglich ferner, dass er später die Scheinwohnung in Berlin bis zum Jahre 1830 gerade desshalb unterhielt, um seinen Zusammenhang mit Preussen zu beweisen und zu wahren —

---

[1] Glück, Erläuterungen zu den Pandekten Bd. VI, S. 261 und die dort Citirten. Gesterding im Archiv für civilist. Praxis Bd. VII, S. 422.

[2] So namentlich nach der allgemeinen preussischen Gerichtsordnung §. 17. Vergl. Heffter, Civilprozess S. 138 f. Auch in den Entscheidungen des mecklenburgischen Oberappellationsgerichts zu Rostock (herausgegeben von Buchka und Budde, 1. Bd., Wismar 1855, S. 2) wird angenommen, dass ein forum originis nur subsidiär, d. h. alsdann eintritt, wenn ein anderer Gerichtsstand, namentlich des wirklichen Wohnsitzes (forum domicilii) nicht begründet ist.

[3] v. Savigny, System des heutigen römischen Rechts (übersetzt von Guenoux, Traité de droit romain, Paris, Didot frères 1851) Bd. VIII, §. 359.

[4] Bestätigt nunmehr durch den Bescheid des königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin oben S. 6 und 7, woraus hervorgeht, dass der Erblasser niemals ein beständiges Domizil in Berlin hatte.

wiederum nur auf dieser reservirten Wohnung beruht es, wenn er in einzelnen belgischen (nicht auch französischen) Urkunden jener und (durch Uebertragung der Formel) selbst späterer Zeit als domicilié de droit à Berlin hezeichnet ist — allein sollte auch der Verstorbene das Unterthanenrecht in Preussen selbst bis zu seinem Ende bewahrt haben, so würde daraus doch nicht folgen, dass seine Verlassenschaft nach dem besondern Rechte der Kurmark (worin Berlin gelegen ist) zu theilen sei. Denn nicht das Staatsbürgerrecht ist es, sondern der beständige Wohnsitz, welcher nach preussischen Gesetzen über die persönlichen Rechte und Befugnisse einer Person und über ihr Vermögen entscheidet.[1] Dass aber der Erblasser keinen eigentlichen oder beständigen Wohnsitz in Berlin batte, wird von den Geschwistern selbst zugegeben. Auch die Eigenschaft eines preussischen Staatsbürgers wird für ihn nicht in Anspruch genommen: denn nicht auf preussische, sondern auf mecklenburgische Nationalität ist die Abweisung der Mündel im Inventar gestützt. Die früheren Versuche des Erblassers, sich ein preussisches Domizil zu reserviren, haben für diesen Standpunkt der Gegner keine Bedeutung. Sollten die Gegner es später vortheilhaft finden, auf preussische Staatsangehörigkeit sich zu berufen, so wäre für die Mündel immer noch keine Gefahr. Selbst wenn es ihnen gelänge, nachzuweisen, dass der Verstorbene nach seiner Entlassung im Jahr 1810 zu Berlin wirklich gewohnt habe, so konnte diese Thatsache wohl dazu dienen, das bereits durch die Anstellung in Preussen erworbene Unterthanenrecht zu erhalten, nicht aber würde dieselbe den Wirkungen einer späteren Aenderung des Wohnsitzes, namentlich für den Gerichtsstand und das Gesetz der Erbschaftstheilung, entgegenstehen. (Selbst das Unterthanenrecht ging nach dem preussischen Gesetz vom 31. December 1842, §. 15, 23, wieder verloren, wenn der Erblasser seinen Aufenthalt im Auslande ohne Erlaubniss der vorgesetzten Polizeibehörde über zehn Jahre erstreckte.) Eine blosse Entfernung von dem Orte der bisherigen Gerichtsbarkeit, ohne die Absicht, einen andern Wohnsitz zu wählen, enthält allerdings noch keine Aenderung des Domizils.[2] Doch kann die Absicht, einen Wohnort gänzlich zu verlassen, auch aus Handlungen oder Thatsachen geschlossen werden,[3] und die schlagendste Thatsache ist doch die, dass anderwärts ein über dreissig Jahre und bis zum Tode dauernder, reeller Wohn- und Geschäftssitz aufgeschlagen worden. Ein stillschweigender Vorbehalt, später, etwa nach gewonnenem Reichthum, wieder einmal zurückzukehren, auch ein vorbehaltenes Absteigequartier oder eine protestatio facto contraria würden den thatsächlich aufgegebenen Wohnsitz zu erhalten nicht im Stande sein.[4]

---

[1] Allgemeines preussisches Landrecht, Einleitung §. 23. „Die persönlichen Eigenschaften und Befugnisse eines Menschen werden nach den Gesetzen der Gerichtsbarkeit beurtheilt, unter welcher derselbe seinen eigentlichen Wohnsitz hat." §. 28. „Das bewegliche Vermögen eines Menschen wird, ohne Rücksicht seines gegenwärtigen Aufenthaltes, nach den Gesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit desselben beurtheilt. (§. 23 sqq.)" Die Streitfrage wegen des Immobiliarvermögens, welches der §. 32 den legibus rei sitae unterwirft, wird später s. lit. C. bei den pommern'schen Gütern besprochen werden. Dass eigentlicher Wohnsitz gleichbedeutend mit beständigem Wohnsitz zu nehmen ist, geht hervor aus der Stelle Note 3.

[2] Allgemeine preussische Gerichtsordnung Tit. 2, §. 16. „Der durch den Wohnort begründete persönliche Gerichtsstand verändert sich, wenn jemand diesen Ort gänzlich verläset und auf die §. 10 seq. beschriebene Art seinen Wohnsitz anderswo aufschlägt."

[3] Allgemeine preussische Gerichtsordnung Tit. 2, §. 10. „Die Absicht, seinen beständigen Wohnsitz an einem Orte nehmen zu wollen, kann sowohl ausdrücklich, als durch Handlungen oder Thatsachen geäussert werden." §. 11. „Für eine solche stillschweigende Aeusserung ist es zu achten, wenn jemand an einem gewissen Orte ein Amt, welches seine beständige Gegenwart daselbst erfordert, übernimmt, Handel oder Gewerbe daselbst zu treiben anfängt, oder sich daselbst alles, was zu einer eingerichteten Wirthschaft gehört, anschafft." Vgl. Code Nap. Art. 102, 105, 106, 107.

[4] D. 50, 1. fr. 20. Domicilium re, et facto transfertur, non nuda contestatione. Vgl. Voët. ad Pand. lib. V,

Selbst wenn der Verstorbene einen doppelten Wohnsitz (zu Paris und zu Berlin) gehabt hätte — wozu aber erforderlich wäre, dass er an beiden Orten völlig eingerichtete Wirthschaften gehabt und abwechselnd bald an dem einen, bald an dem andern Orte gewohnt hätte — würde daraus doch nur folgen, dass derselbe seinen persönlichen Gerichtsstand an beiden Orten gehabt habe; es würde daher die Erbschaft an beiden Orten als eröffnet zu betrachten sein [1] und die Prävention zwischen diesen Orten entscheiden.

b) auf den Gutsbesitz in Neuvorpommern.

Hiefür scheint zu sprechen eine Urkunde der königl. preussischen Provinzial-Regierung zu Stralsund d.d. 13. December 1854, worin dieselbe als notorisch bezeugt: „dass der kürzlich in Paris verstorbene Karl Friedrich v. Mecklenburg Miteigenthümer mehrerer in die revidirte Matrikel der landtagsfähigen Rittergüter der Kreise Franzburg und Grimmen aufgenommener, in Neuvorpommern belegener Rittergüter gewesen ist und in dieser Eigenschaft der Neuvorpommernschen Ritterschaft angehört hat."

Ausser diesem Zeugniss hat Herr v. Reischach dem Vormunde mitgetheilt eine Urkunde zweier preussischer Rechtsanwälte in Neuvorpommern (C. W. Wegener und Joh. Friedrich Sohst) d.d. Stralsund 19. December 1854, worin diese auf ihren Amtseid versichern: dass in der königl. preussischen Provinz Neuvorpommern für Gutsbesitzer das gemeine (römische) Recht und namentlich die Bestimmungen dieses Rechts über die Intestat-Erbfolge von Geschwistern und Geschwisterkindern gesetzliche Geltung haben.

Dieses Zeugniss, obgleich davon nur eine unbeglaubigte Abschrift vorliegt, ist dem Inhalte nach nicht zu beanstanden. Es wird dadurch bestätigt, was auch sonst bekannt ist, dass für die Rittergüter in Neuvorpommern keine besondere, von der gemeinen Erbfolge abweichende, auf Untheilbarkeit oder dem Vorzuge des Mannsstammes beruhende Successionsordnung vorkommt. Auf der andern Seite folgt daraus, dass der Erblasser als Theilhaber mehrerer adeliger Güter in die ritterschaftliche Matrikel eingetragen war, keineswegs, dass er auch seinen persönlichen Gerichtsstand vor den preussischen Gerichten der Provinz Neuvorpommern hatte oder überall in Ansehung seines Vermögens nach pommern'schem Provinzialrecht zu beurtheilen sei.

Eine Einrichtung, wie sie in mehreren deutschen Territorien, auch in einzelnen preussischen Provinzen [2] vorkommt, wonach Ausländer, welche ein Gut innerhalb derselben besitzen, wie andere Unterthanen auch mit persönlichen Klagen vor dem Gerichte der gelegenen Sache belangt werden können (Landsassiatus plenus) besteht in Neuvorpommern und Rügen nicht, wenn dieselbe auch bei Bestimmung des forum hereditatis Platz greifen könnte. Eine Erbtheilung nach pommern'schem Recht wäre in dieser Hinsicht um so weniger am Platz, als der Erblasser niemals auf den dortigen Gütern gewohnt hat und als dieser Theil der Verlassenschaft, wie schon bemerkt, aus dem Inventar zu Paris gänzlich weggeblieben ist. (Über die Frage, ob nicht eine Singularsuccession bei den Gütern in Pommern Platz greife, später §. 16.)

§. 4.

Zu III. Es bleibt hiernach als lex successionis nur übrig das französische Recht. Ich kann mich hierüber kurz fassen, nachdem die Frage in dieser Beziehung bereits von mehreren

tit. 1, n. 98. Illud certum est, neque solo animo atque destinatione patris familias, aut contestatione sola, sine re et facto, domicilium constitui; *neque sola domus comparatione* in aliqua regione; neque sola habitatione, sine proposito illic perpetuo morandi.

[1] Allg. Gerichtsordnung Tit. 2, §. 15.

[2] Das. §. 114.

französischen Rechtsgelehrten klar und eingehend erörtert ist. Ich bemerke vorläufig nur Folgendes:

Der Code civil art. 110 sagt allgemein, dass die Erbfolge am Wohnsitze des Erblassers eröffnet werde:

Le lieu où la succession s'ouvrira sera déterminé par le domicile.

Dass diese Stelle auf die Succession eines Ausländers, der in Frankreich seinen Wohnsitz hat, gleichmässig Anwendung finde, wie auf die Verlassenschaft eines Franzosen, wäre wohl niemals in Zweifel gestellt worden, wenn nicht der Art. 13 ausspräche, dass der Fremde, welcher durch königliche Ermächtigung zum Domizil in Frankreich zugelassen worden, alle bürgerlichen Rechte daselbst geniesse, so lange er fortfahre daselbst sich aufzuhalten:

L'étranger qui aura été admis par l'autorisation du Roi à etablir son domicile en France y jouira de tous les droits civils, tant qu'il continuera d'y résider.

Eine solche Autorisation hat der Erblasser nicht erhalten, ebensowenig die Aufnahme in das französische Staatsbürgerrecht (Naturalisation). Er blieb Fremder oder Ausländer in Frankreich, indem er bald als Mecklenburger bald als Preusse sich zu erkennen gab, nichts destoweniger aber in Frankreich sich aufhielt und Paris zum Mittelpunkt seiner Geschäfte machte. Wäre er Franzose gewesen, so hätte er sein rechtliches Domicil in Paris gehabt; denn das Domizil eines Franzosen ist da, wo er seine Hauptniederlassung hat:

Code Nap. art. 102. Le domicile de tout Français, quant à l'exercice de ses droits civils, est au lieu où il a son principal établissement.

Sollte diese Bestimmung auf Ausländer gar nicht anwendbar sein, oder sollten Fremde ein eigentliches Domizil in Frankreich nur mit ausdrücklicher Bewilligung des Staatsoberhaupts erwerben können? Es wäre diess eine Singularität, doppelt auffallend in Frankreich, das jedem Fremden offen steht, der nicht polizeilich anrüchig geworden ist.[1] Der Fremde wäre aber von Frankreichs Boden gewissermassen ausgeschlossen, wenn er nicht auch einen Wohnsitz dort gründen, sein Kapital, seine Arbeit dort verwenden und überhaupt in privatrechtlicher Beziehung wie ein Bürger daselbst wohnen und leben könnte. Diess gestcht auch der Code civil art. 11 dem Fremden zu, freilich nur bedingungsweise: der Fremde soll in Frankreich dieselben Civilrechte haben, welche den Franzosen eingeräumt sind durch Vertrag mit der Nation, welcher derselbe angehört. Diess gilt namentlich von der Erbfolge, wovon früher der Fremde durch das sogenannte droit d'aubaine zu Gunsten des französischen Fiscus ganz ausgeschlossen war. Auch nach dem Code art. 726 ist der Fremde nur erbfähig in Frankreich (bei dem Nachlasse eines Auswärtigen, wie eines Einheimischen) in dem Fall und auf die Weise, wie ein Franzose es ist in dem Lande des Fremden (vergl. Art. 912).

Allein abgesehen davon, dass dieser Einwand wenigstens einer Erbin aus Württemberg nicht opponirt werden kann, da schon durch einen Vertrag vom 14. April 1778 das jus albinagii zwischen Frankreich und Württemberg gegenseitig aufgehoben ist,[2] so ist der Grundsatz der Reciprocität im Erbrecht aufgehoben durch das französische Gesetz vom 14. Juli 1819: es kann nun in Frankreich ein Fremder ebensowohl über das Seinige von Todes wegen verfügen oder dasselbe nach dem Gesetze (ab intestato) hinterlassen, oder selbst erben, wie ein

---

[1] In Deutschland wird selbst die Aufnahme in das Staatsbürgerrecht nicht überall vom Regenten selbst ertheilt.

[2] J. Isambert-Decrusy, Recueil general des anciennes lois francaises depuis 420—1789, tome III. Paris 1826, p. 262. Reyscher, württembergische Gesetzsammlung Bd. VI, S. 619.

Franzose.[1] Kann aber ein Fremder in Frankreich beerbt werden, so muss auch ein Sitz der Erbschaft angenommen werden, und wo anders wäre dieser als, wie nach französischem und nach gemeinem Recht, an dem Orte, wo der Verstorbene zuletzt seinen Wohnsitz hatte?

Dass in Frankreich vor dem Code ein Fremder durch längeren Aufenthalt und den Besitz unbeweglicher Güter auch ohne Erlaubniss der Regierung ein Domizil erlangen konnte, ist nicht zweifelhaft. Der Code und die neuere Gesetzgebung sind scheinbar hierin strenger, indem der Genuss der bürgerlichen Rechte, wie die vollständige Naturalisation, vom Staatsoberhaupte verliehen wird. Indessen darf man aus dem Art. 13 nicht schliessen, dass eine andere Erwerbung des Domizils im privatrechtlichen Sinne, als durch einen **Regierungsakt**, für den Fremden unmöglich sei. Die Zulassung im Sinne des Art. 13 gewährt nur den Vortheil, dass der Zugelassene in privatrechtlicher Beziehung den Einheimischen gleichgestellt ist, dass er **alle** Civilrechte geniesst (tous les droits civils), während sonst der Fremde doch noch manchen Beschränkungen unterliegt z. B. der cautio judicatum solvi im Prozess mit Einheimischen. Früher gehörte unter die Civilrechte im engern Sinn, welche dem Peregrinen in Frankreich nicht zukamen, auch das droit de recueillir et de transmettre les successions ab intestat ou testamentaires; allein durch definitive Aufhebung des droit d'aubaine in dem Gesetze von 1819 hat der Art. 13 des Code diese seine Hauptbedeutung eingebüsst. Es ist nun weder eine Naturalisation noch eine Admission nöthig, um das wichtige Civilrecht der testamenti factio und der successio ab intestato activ und passiv in Frankreich auszuüben, und nicht seine Erbschaft oder seinen Erbantheil an den Fiscus zu verlieren. Daraus folgt aber nicht, dass Frankreich sein Recht der **Territorialgesetzgebung** in Bezug auf die inländischen Erbschaften gegenüber von Fremden aufgegeben, oder dass nunmehr, wenn ein Fremder in Frankreich stirbt, nach dem **fremden** Recht getheilt werde; vielmehr fordert die Gleichheit gerade, dass der Art. 102 wie der Art. 110 auf den Fremden wie auf den Einheimischen angewendet, dass also der Fremde, welcher ein reelles Domizil in Frankreich hatte, ohne einen letzten Willen zu hinterlassen, ebenso wie der Einheimische nach französischem Rechte beerbt werde.[2]

§. 5.

Vorstehende Ansicht wird indessen nicht von allen Schriftstellern getheilt und es ist nothwendig, hierauf aufmerksam zu machen in einem Augenblicke, wo sich die Vormundschaftsbehörde über die Frage zu entscheiden hat, ob ein Rechtsstreit wider die Miterben beginnen soll oder nicht. Der Stand der Ansichten über die vorliegende Rechtsfrage ist folgender:

1) Einige behaupten, dass die Verlassenschaft eines Fremden, **soweit sie in Frankreich befindlich**, durchaus ohne Unterschied zwischen beweglichen und unbeweglichen Sachen, nach **französischem** Rechte zu erwerben sei, so **Marcadé** ad art. 3, nr. IV. **Gand**, Code des étrangers nr. 310.

Hienach würde die in Frankreich befindliche Verlassenschaft an Mobilien oder Immobilien (letztere scheinen dort nicht vorhanden zu sein), desgleichen an den den Mobilien gleichkommenden Forderungen, Actien und Staatspapieren (Code civ. art. 529) schon aus jenem Grunde nach französischem Rechte zu beurtheilen, also zu Gunsten der Mündel zu entscheiden sein.

---

[1] Das Gesetz umfasst zwei Artikel, worunter Art. 1: „Les articles 726 et 912 du Code civil sont abrogés, en conséquence les étrangers auront le droit de succéder, de disposer et de recevoir de la même manière que les Français dans toute l'étendue du Royaume."

[2] Diess folgt auch aus den Worten des Gesetzes: Auront le droit de succéder — — de la même manière *que les Français*. **Gand**, Code des étrangers, Paris 1853, nr. 532.

Diese Ansicbt hat einige Rechtfertigung für sich in dem Prinzipe der Territorialität, welches in Frankreicb wie in Deutschland sich im Mittelalter gebildet hat. Allein die Unparteilichkeit fordert zuzugestehen, dass dieses Princip nicht unbeschränkt zu nehmen ist, dass nicht Alles, was im Territorium sicb befindet, an Menschen und Dingen, scblechtbin nach den Gesetzen des Landes sich beurtheilen lässt. Es lag in der Natur der Sache, dass nach der Mischung der verschiedenen Nationalitäten, nach Entstehung der Territerien und Ausbildung so vieler lokaler Gewalten sich das Recht territorialisirte und selbst lokalisirte. Die deutschen Rechtsbücher des 13. Jahrhunderts sprechen geradezu aus, dass die Erbfolge sich richte nach des Landes Recbt (wo die Erbscbaft gelegen) und nicht nach des Mannes Recht (loi d'origine):

Jewelk inkomen man (Einkömmling, advena, cenf. III. 32, §. 1) untveit erbe binnen deme lande to sassen na des landes rechte unde nicht na des mannes, he si beier oder swaf eder vranke.

Landrecht des Sachsenspiegels (nach Homeyer) Buch 1, Art. 30.

Derselbe Grundsatz galt auch ohne Zweifel immer hinsichtlich der Klagen auf Grundeigenthum. Das. III., 33, §§. 4 und 5. Landrecbt des Schwabenspiegels (nach Lassberg), Art. 92, 297. Ein grosser Theil der Rechtsgelehrten, von den Postglossatoren bis in das 17. und 18. Jahrhundert batte den Grundsatz: statutum territorium non egreditur. Die Rechte an Sachen wurden hiernach lediglich bestimmt durch die Gesetze und Gewohnheiten des Territeriums, wo sie sich befanden, die Sachen mochten einzeln eder als Theile des gesammten Vermögens einer Person zur Sprache kommen. Bei der Intestat- und testamentarischen Succession wandte man daber nicht das Recht des Landes an, wo der Erblasser wohnte, sondern je das Recht des Territoriums, wo die Sacben gelegen waren. Docb nahmen Manche die Mobilien aus, welcbe nach den Gesetzen des Wohnorts zu beurtheilen seien, z. B. Hertius, welcher den Grundsatz aufstellte: res mobiles ex conditione personae legem accipiunt nec loco continentur.[1]

Aus dem römiscben Recht lässt sich allerdings, wie Wächter[2] und Andere gezeigt haben, ein separates Erbrecht in die Mobilien nicht beweisen; allein das deutsche Recht und ebenso das französische standen einer Singularsuccession in einzelne Theile der Verlassenschaft nicht im Wege. Die französischen Coutumes[3] baben übereinstimmend den Grundsatz, dass die Immobilien nach der lex rei sitae, die Mobilien nach der lex domicilii zu vererben seien.

Auch Boulleneis in seinem gelehrten Werke: Traité de la personnalité et de la realité des Leis et Coutumes, Paris 1766 (2 Vol. 4.), indem er mit dem römischen Recht das Erbrecbt in die Klasse der Sachenrecbte setzt (tit. I. ch. 2. obs. II. p. 25) hält zwar im Wesentlichen an dem Grundsatze fest, dass die leges rei sitae oder statuta realia entscheiden; nur hilft er sich hinsichtlicb der Mobilien mit der Fiction, dass dieselben am Wohnorte des Erblassers gelegen seien: il n'y a pas de difference à faire entre les choses mobiliaires et les choses immobiliaires; car si les meubles se partagent suivant la Loi du domicile de ceux à qui ils appartiennent, c'est parce qu'ils sont présumé y être situés, et non parce que le statut est personnel. (tit. II. ch. 2. obs. 16, p. 223.)

Die Bestimmung des Art. 3 Cod. civil:

Les immeubles, même ceux possedés par les étrangers, sont régis par la loi française

[1] S. die Literatur bei C. G. Wächter in dem Heidelberger Archiv für civilistische Praxis Bd. XXIV. S. 275 f. XXV. S. 188 f.

[2] a. a. O. Bd. XXIV, S. 249.

[3] Bei Schäffner internationales Privatr. S. 167, Note 3.

ist aus derselben Grundansicht hervorgegangen: il suffit que les biens soient situés en France, pour que la loi française les regisse. Peu importe d'ailleurs que le propriétaire soit Français ou étranger, car il ne peut y avoir, pour régir ces biens, que les lois du pays ou territoire, duquel ils sont attachés. (Locré, esprit du Code Napoléon tiré de la discussion, tome I. p. 198, 271. 320.)

Nach der fast einstimmigen Ansicht der heutigen Doctrin und jurisprudence in Frankreich ist der Art. 3 nicht minder auf die Succession von Todes wegen, wie auf die Erwerbung von Immobilien inter vivos anzuwenden.[1]

Auch Foelix Traité du droit international nr. 42 und Zachariä, französisches Civilrecht, 5. Ausgabe von Anschütz, Heidelberg 1853, §. 31, Nr. 3 und 4, welche beide Demolombe (Note 1 cit.) als entgegengesetzter Ansicht (für das unten Nr. 3 angeführte Princip der Universalität des Nachlasses) citirt, sind dieser Ansicht und es wird sich kein gerichtliches Urtheil nachweisen lassen, welches die Immobiliar-Succession in Frankreich auswärtigen Gesetzen unterworfen hätte.

Was die in Frankreich befindlichen Mobilien betrifft, so leidet es keinen Zweifel, dass dieselben, wenn der Erblasser in Frankreich wohnte, gleichfalls nach französischem Rechte zu vererben sind. Die Vermuthung, dass die Mobilien am Wohnorte ihres Eigenthümers gelegen, mit der Person ihres Eigenthümers gleichsam verbunden seien, wird hier um so mehr Platz greifen, wenn das Mobiliarvermögen auch in Frankreich erworben und daselbst grossentheils angelegt wurden. Dagegen werden sich keine Gründe für die Ansicht finden lassen, dass jenes Vermögen als in demjenigen Staate angefallen zu betrachten sei, wo der Erblasser 70 Jahre früher geboren ist (Mecklenburg) oder wo der Erblasser später, aber nicht zuletzt, seinen Wohnsitz gehabt hat (Preussen). Nur der letzte, reelle, facto et animo (Code civ. art. 103—105) innegehabte Wohnsitz, le lieu du principal établissement (Art. 102) kann hier entscheiden, nicht der Ort der Geburt, noch das politische Domizil (welches der Code Art. 7 von dem Civildomizil wohl unterscheidet), noch endlich der Umstand, ob zu dem wirklichen Domizil auch noch eine Autorisation der Regierung zur Niederlassung in Frankreich hinzugekommen. Auch das von Gand l. c., als seiner Ansicht scheinbar entgegen, angeführte Urtheil des Hofs zu Paris vom 13. März 1850 hat das französische Gesetz in dem vorgelegenen Falle nur darum für unanwendbar erklärt, weil 1) der Erblasser weder une résidence legale noch auch ein domicile in Frankreich gehabt hatte und weil 2) nur auswärtige Erben betheiligt waren. Das Letztere trifft zwar auch in unserem Falle zu, nicht aber das Erste, da an der gesetzlichen Residenz und an dem domicile réel des Erblassers zu Paris nicht zu zweifeln ist. Dies führt mich auf eine andere principielle Ansicht, welche im folgenden Paragraphen zu erörtern ist.

§. 6.

2) Schon frühe gab es Einzelne, welche, ausgehend von der im römischen Recht angenommenen Einheit der Succession (successio in universitatem) die lex domicilii als Entscheidungsquelle für die gesammte Erbfolge in den beweglichen und unbeweglichen Nachlass erklärten. Dieser Ansicht ist schon Cujacius consultat. 25. Ausser einer grossen Anzahl Späterer[2] hat sich dafür ausgesprochen Hofacker Diss. de efficacia statutorum, Tubingae 1778 (Opusc. jurid. I.

---

[1] Arrêt de la cour de cassation de 14. Mars 1837 bei Gilbert, Code civil annoté ad art. 3, Nota 32. Sirey & Devilleneuve, Jurisprudence du XIXme Siecle (table de 1831 à 1840). Paris 1841, p. 446, nr. 46 Vgl. Demolombe, Cours de code civil tome I. tit. 1, nr. 91—93.

[2] Citirt bei C. G. Wächter a. a. O. Bd. XXV, S. 194, 195 und Foelix droit international nr. 42.

p. 216), welcher jedoch in seinen principia juris civ. ed. II. Tub. 1800 tom. I. §. 140 wieder zu dem Prinzip der Realstatuten, mit Ausnahme der Mobilien (cum hae ad locum, ubi dominus domicilium habet, destinatae esse adeoque juris intellectu ihidem sitae existimentur-arg. fr. 32 D. de pigner.) zurückgekehrt ist. Jetzt folgen derselhen alle angeseheneren deutschen Rechtslehrer, namentlich von Savigny, System des heutigen römischen Rechts Bd. 8, §§. 375—377. Eichhorn, deutsches Privatrecht §. 35. Auch C. G. Wächter a. a. O. Bd. XXV, S. 198, 363, welcher die Frage von der Collision der Privatrechtsgesetze verschiedener Staaten einer sehr eingehenden Untersuchung unterwirft und davon ausgeht: der Richter habe in der Regel nur die einheimischen Gesetze anzuwenden, kommt zu demselhen Resultate:

> Die Erbfolge in das Vermögen einer Person und ihre letztwilligen Verfügungen, sei es über das ganze Vermögen oder über Theile desselben, richten sich nach den an ihrem Wohnort geltenden Rechten, ohne Rücksicht auf den Ort, wo die einzelnen Theile ihres Vermögens liegen. Auch über die Intestatsrhfolge eines Ausländers, welcher bei uns Vermögen liegen hat, hat er nach den Gesetzen des Wohnorts des Ausländers zu entscheiden und nur wenn unser Gesetz eine besondere Norm für gewisse Klassen von Gütern festsetzt, z. B. besondere Erbfolgegrundsätze bei Stammgütern, Bauernlehen u. s. w. (was aher in unserem Fall weder bei den Gütern in Pommern noch in Belgien zutrifft) so tritt hier eine Ausnahme von jenem Grundsatze ein." (S. 364.) „Die Intestaterhfolge ändert sich mit dem Wohnorte des Erblassers, da sie lediglich vom Wohnorte abhängt, d. h. der Erblasser wird nach dem Rechte des Wohnorts, den er zur Zeit seines Todes hatte, beerbt." (S. 381.)

Wächter wie Savigny, obgleich beide Romanisten, haben darauf verzichtet, obiges Prinzip, welches jetzt in den Ländern des gemeinen Rechts als das herrschende zu betrachten ist, auf das römische Recht zu stützen. Es ist, wie v. Savigny richtig bemerkt, das praktische Bedürfniss, welches darauf geführt hat.[1]

In Frankreich hat sich dasselbe zwar durch den Code civil art. 110 gleichfalls Anerkennung verschafft und es wird daher die Erbtheilung des ganzen Vermögens an dem Orte vorgenommen, wo der Erblasser zuletzt seinen Wohnsitz hatte. Eine Bedeutung für das materielle Recht im Verhältnisse der verschiedenen Orte Frankreichs zu einander, hat diese Bestimmung, nachdem durch den Code eine Einheit des Rechts gewonnen ist, nicht. Als internationaler Grundsatz, dem Ausländer gegenüber, ist aher der Art. 110 nicht allgemein anerkannt, obgleich ihm von Seite der deutschen Staaten wenigstens, welche denselben in ihrem Rechte haben,[2] kein Hinderniss entgegenstände. In Bezug auf die in Frankreich befindliche Mobilien von Ausländern, welche in Frankreich wohnen, kann dagegen die Anwendung des französischen Rechts schon nach dem alten, auch von Merlin, Repert. v. Jugement §. 7 bis Loi §. 6, Nr. 3 vertheidigten Satze: „mobilia ossibus inhaerent" keinem Anstande unterliegen.

> Chabot, Loi des successions art. 726. „Quant au mobilier, comme il est censé se trouver dans le domicile du defunt, d'après l'adage: mobilia ossibus personnae inhaerent, on a reconnu, dans toutes les legislations, qu'il doit être regi par les lois du domicile. — — On ne pouvait donc, sans violer toutes ces regles du droit public, faire régir par des lois étrangères *les successions ouvertes en France*, soit pour le mobilier, soit pour les immeubles situés en France.[3]

[1] Vergl. noch v. Holtzschuher, Theorie und Casuistik des gem. Civilrechts Bd. 1, S. 57.

[2] Wie Preussen, Mecklenburg, Württemberg.

[3] Vergl. Sapey, les étrangers en France sous l'ancien et le nouveau droit. Paris 1843, p. 201.

Unter domicile kann hier wieder nur der reelle Wohnsitz im Sinne des gemeinen Rechts, welchem Art. 102 des Code entspricht, verstanden werden.

fr. 203. D. de Verb. Signif. „Sed de ea re constitutum esse, eam domum unicuique nostrum debere existimari, ubi quisque sedes et tabulas haberet, suarumque rerum constitutionem fecisset.“ Vergl. c. 7. C. de incolis (10, 39). Allgemeine Gerichtsordnung für die preussischen Staaten Th. 1, Tit. 2, §§. 3, 8.

Auch im englischen und nordamerikanischen common law steht es fest, dass die Erbfolge in Mobilien (bei Immobilien entscheidet dort wie in Frankreich das Realstatut) nach dem Rechte des letzten Domizils sich richtet.[1] Der Fremde aus einem befreundeten Lande, welcher sich in dem vereinigten Königreiche Grossbritannien und Irland aufhält, geniesst nach dem Statut 7 und 8 der Königin Victoria ch. 66 überhaupt alle Rechte eines Einheimischen, mit Ausnahme des Wahlrechts zum Parlament. Nur der Fremde, welcher einem mit England im Krieg lebenden Staate angehört, bedarf einer Licenz, um Vermögensrechte in England auszuüben, ein Testament zu machen und dergleichen.[2]

In Frankreich hat zwar der Art. 13 des Code Anlass zu der Meinung gegeben, que l'étranger ne peut acquérir *domicile* en France, qu'avec la permission du Gouvernement. Und demgemäss wird denn auch die Anwendung des französischen Rechts auf den Mobiliar-Nachlass des Fremden zuweilen nur zugegeben: lorsqu'il aura été admis à établir son domicile en France.[3]

Allein nach den oben §. 4 und ausführlicher im Gutachten der französischen Gelehrten angeführten Gründen möchte doch die entgegengesetzte Thesis die richtigere sein, für welche sich auch die Gerichte mehrfach ausgesprochen haben:

Le domicile en France s'établit de la même manière, et les mêmes présomptions sont admissibles à l'égard de l'étranger qu'à l'égard du regnicole. Sirey & Villeneuve jurisprudence du XIX. siècle, table tricennale Paris 1841, p. 523. Nr. 20—24.

Besonders wichtig ist in dieser Beziehung das Urtheil des Hofs zu Riom vom 7. April 1835, welches in dem Gutachten des Herrn P. Péronne besprochen und gewöhnlich für die oben §. 5 angeführte Ansicht citirt wird: in diesem Urtheil wird das französische Gesetz in einem Streite zwischen Ausländern über die Erbschaft eines Ausländers angewendet, weil dieser sein factisches Domizil in Frankreich hatte, obgleich er weder naturalisirt, noch zum Genusse der bürgerlichen Rechte im Sinne des Art. 13 des Code von der Regierung ermächtigt war. Nur wenn der Ausländer blos vorübergehend in Frankreich sich aufhält (où il n'était que de passage) geht die Mobiliarsuccession desselben nicht nach französischem Recht, sondern nach dem persönlichen Rechte des Ausländers.[4]

Der bleibende Aufenthalt, wie er zum Domizile erfordert wird, schliesst aber weder eine vorübergehende Abwesenheit aus, noch auch eine künftige Abänderung, welche ein freier Mensch sich immer vorbehalten wird.[5]

---

[1] Story Commentaries on the conflict of laws foreign and domestic 3. ed. Boston & London 1846, §§. 480—491. The universal doctrine, now recognised by the common law, although formerly much contested, is, that the succession to personal property is governed eclusively by the law of the *actual domicil of the intestate at the time of his death.* (Eine Menge von Autoritäten und Vorgängen wird hiefür angeführt.)

[2] *Le Baron*, Code des étrangers ou recueil des lois et de la jurisprudence Anglaise, Londres & Paris 1849. Nr. 40. 71. 78—82. 86. 104.

[3] Fréd. Schützenberger, condition civile des étrangers en France. Strasbourg 1852, p. 77.

[4] Jurisprudence du XIX. Siècle par Devilleneuve & Gilbert tom. II. Paris 1852, p. 510, Nr. 117.

[5] v. Savigny, System des heutigen römischen Rechts Bd. 8. §. 353, S. 58. Vgl. Glück, Commentar zu den Pandekten Bd. VI, S. 264, §. 512.

§. 7.

3) Zachariä, französisches Civilrecht 5. Ausg. von Anschütz, Bd. 1, §. 31, Nr. 2 bis 4 stellt den Grundsatz auf, dass die Erbschaft eines Fremden, mit Ausnahme der in Frankreich gelegenen Immobilien, nach den Gesetzen des Vaterlands des Fremden zu theilen sei; selbst dann, wenn derselbe den französischen Gesetzen sich ausdrücklich unterworfen hätte.[1] Eine Rechtfertigung dieses besonderen Standpunkts — wenn je Zachariä diesen beabsichtigte — hat derselbe jedoch nicht gegeben. Zachariä ist selbst in einem früheren Rechtsgutachten: über die Succession in das von Freiherrn v. Heeremann zu Zuydtwyk gestiftete Familienfideicommiss (Heidelberg bei Mohr 1836, S. 46), wobei die Collision des linksrheinischen (französischen) und rechtsrheinischen Rechts zur Sprache kam, von dem gemeinrechtlichen Prinzip ausgegangen: „das bewegliche Vermögen einer Person ist nach den Gesetzen des Landes zu beurtheilen, in welchem der Eigenthümer seinen Wohnsitz hat, das unbewegliche Vermögen nach den Gesetzen des Landes, in welchem die Grundstücke liegen."

Auch Foelix Traité de droit international Nr. 9, 10, 27 drückt sich verschiedentlich so aus, als ob nach dem Prinzipe der Nationalität oder der loi de la patrie die Erbschaft eines Ausländers zu beurtheilen wäre. Allein er denkt dabei nur an den gewöhnlichen Fall, dass das domicile de l'individu, c'est à dire le siège principal de ses affaires, mit dem territoire de sa nation ou patrie zusammenfällt. Beide Ausdrücke werden daher auch abwechselnd von ihm gebraucht (Nr. 27), und schliesslich ist es kein anderes Gesetz, als das des Wohnsitzes, welches von ihm als Erbschaftsgesetz und als die Norm des persönlichen Rechts eines Individuums (was übrigens mit jenem nicht identisch ist) aufgestellt wird. Auch bemerkt er Nr. 37 i. F. ad notam ausdrücklich: „qu'un étranger peut acquérir un domicile en France, non pas seulement de droit, en vertu de l'autorisation du roi (art. 13 du Code civil) mais encore de fait, par l'établissement du siège de ses affaires en France, et que, d'après une jurisprudence constante, les juges peuvent accorder à ce domicile de fait les mêmes effets qu'au domicile de droit. Il est évident que les meubles de l'étranger ainsi domicilió de fait en France peuvent être soumis a la loi française."

Man könnte sich bei dieser unzweideutigen Äusserung beruhigen, wenn Foelix nicht auch wieder (Nr. 27) Richtiges mit Unrichtigem vermischt hätte, was von dem Gegner benützt werden könnte. Die Nationalität, d. h. das vom Vater anererbte oder richtiger angeborene Staatsbürgerrecht und dessen Wohnsitz zur Zeit der Geburt (domicile d'origine) haben nach ihm die Vermuthung für sich bis zum Beweise einer Änderung. Diess wird man zugeben können, nicht aber die daraus gezogene Folgerung, dass, wenn ein Individuum zwei Domizile in verschiedenen Ländern hat, der Ort der Geburt den Vorzug geniesse. Auch hier ist das sogenannte domicile d'origine mit dem Wohnsitze in eine Verbindung gebracht, welche weder nach dem französischen Gesetzbuche (Art. 7), noch nach irgend einem Rechte zulässig ist. Hat jemand ein eigenes Domizil gegründet, durch Verheirathung, Anstellung oder geschäftliche Niederlassung, sei es an dem Geburtsorte oder an einem andern Orte, so hört eben damit das blos abgeleitete

---

[1] Die Uebersetzer Massé und Vergé (le droit civil français par K. S. Zachariae, Paris, Durand 1854, §. 29) treten Zachariä entgegen mit der Bemerkung: „Quant aux meubles, qui n'ont pas d'assiette fixe, on admet généralement qu'ils sont regis par la loi du *domicile* de leur maitre. (Dabei wird sich bezogen auf Merlin Repert. V. loi §. 6 n. 3. Duranton I. n. 90.) Ainsi la succession mobilière de l'étranger en France, qui y avait son domicile, est régie par la loi française. Il en serait de même si, sans avoir un domicile légal en France, l'étranger y avait un établissement fixe. Mais les meubles de l'étranger qui, n'étant que de passage en France, y est décédé, doivent être partagés selon la loi étrangére."

domicilium ratione originis unwiderruflich auf, und es kann von einer Konkurrenz des einen mit dem andern, also auch von einem Vorzuge des lien de naissance nicht die Rede sein. Das Staatsbürgerrecht des Vaters oder die Nationalität wird zwar durch die Geburt für immer erworben, so lange nicht ausdrücklich oder stillschweigend darauf verzichtet ist. Daraus folgt aber nicht, dass auch für den Wohnsitz an jener Stelle in späteren Lebensjahren zu vermuthen sei oder dass das dortige Gesetz die Lebensregel und das Gesetz für den künftigen Todesfall abgebe, auch wenn der Sohn längst auf eigenen Füssen steht und frei sich seinen Anfenthalt gewählt hat. Man kann sich scheuen, die Nationalität aufzugeben, eine Ehre darein setzen, auch im fremden Lande ein Deutscher, ein Franzose u. s. w. zu bleiben, scheut sich aber nicht, seinen Wohnsitz dahin zu verlegen, wo man mit seinen Talenten oder seinem Gelde sich am besten befindet. Hat man das gethan, so muss man sich auch gefallen lassen, dort als domilizirt zu gelten, nach dortigen Gesetzen beurtheilt zu werden, nicht blos wo diess angenehm, sondern auch wo es lästig ist. Durch Mentalreservationen oder widersprechende Erklärungen in Privaturkunden wäre dem nicht vorgebeugt. Auch das Domizil begründet eine Subjektion; mit der Gründung eines eigenen Heerds oder eines gewerblichen, ökonomischen Sitzes unterwirft man sich der dortigen Ordnung des Verkehrs und der vermögensrechtlichen Verhältnisse, und es kann höchstens davon die Rede sein, dass der Fremde, welcher in dieser Weise sich niederlässt, noch in Bezug auf, seine Person an sich betreffenden Fragen, wie die Rechtsfähigkeit, die Frage von der Volljährigkeit oder Minderjährigkeit nach den Gesetzen seiner Heimath beurtheilt werde, wie diess das französische Gesetzbuch Art. 3, §. 3 in einem schönen nationalen Gefühle vorbehält. Wollte umgekehrt ein Fremder in Frankreich, alle Vortheile des dortigen Domizils benützend, sich gleichwohl den örtlichen oder Staatslasten entziehen, oder wollten die Erben eines Mannes, der nach 30—40jährigem Aufenthalte in Frankreich stirbt, die hinterlassene Erbschaft nicht als den französischen Gesetzen unterworfen betrachten, so wäre diess eben eine Ausflucht, welche die Behörde, wie Jedermann, verwerflich finden würde. Ich konstatire hier nur, dass ein solches Verfahren dem gemeinen Rechte in Deutschland und insbesondere dem in Preussen und Mecklenburg geltenden Rechte widerspricht. Nach dem allgemeinen preussischen Landrecht (Einl. §. 23, 28) wird nicht blos das Mobiliarerbrecht, sondern auch die rechtliche Kapacität der Einzelnen, wobin namentlich die Statusfragen gehören, durch den Wohnsitz bestimmt. Ein Unterschied zwischen Inländern und Ausländern wird hiebei nicht gemacht.[1]

Für die deutschen Staaten, welche noch keine Kodifikation im neueren Sinne haben, ist das gemeine römisch-deutsche Recht mit der Theorie von der Einheit des Nachlasses und dessen Theilung nach dem Rechte des Wohnsitzes entscheidend (s. oben §. 6.) Diess gilt namentlich von den Grossherzogthümern Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, deren Partikulargesetzgebung keine speziellen Bestimmungen über obige internationale Frage enthält.[2]

[1] Allgem. preuss. Landr., Einl. §. 34. „Auch Unterthanen fremder Staaten, welche in hiesigen Landen leben, oder Geschäfte treiben, müssen nach obigen Bestimmungen beurtheilt werden."

[2] In einer nachgehends beigebrachten, dem französischen Gericht vorgelegten Urkunde vom 27. Februar 1856 bezeugen zwei Advokaten und Prokuratoren bei dem Oberappellationsgericht zu Rostock (Groth und Kippe): „dass in den beiden Grossherzogthümern Mecklenburg das gemeine deutsche Recht gilt, so weit dasselbe nicht durch spezielle einheimische Gesetze oder Lokalstatuten abgeändert ist. Was insbesondere das Erbfolgerecht betrifft, so normiren hiefür der Regel nach die Vorschriften des römischen Rechts dahin: dass die Erbfolge in das Vermögen eines Verstorbenen sich ohne Rücksicht darauf, ob derselbe ein Inländer oder Ausländer war, nach den Gesetzen des Orts richtet, wo derselbe seinen letzten festen Wohnsitz gehabt hat. Dieser Satz gilt in beiden Grossherzogthümern Mecklenburg allgemein, soweit Mobilia zur Frage stehen, während bei Immobilien den Umständen nach die Gesetze des Orts der belegenen Sache anzuwenden sind."

§. 8.

Ich könnte mich mit der bisherigen Ausführung begnügen, welche wohl hinreichend den Ungrund der abwechselnd auf mecklenburgisches und provinziell pommern'sches oder märkisches Recht gestützten Ausschliessung der minderjährigen Anna v. Röder dargethan hat. Nur um der Bedeutung der Sache willen und weil doch die gegnerischen Bemühungen, das französische Recht bei einer Erbschaft, die in Frankreich angefallen und dort unter den Auspizien des französischen Tribunals erster Instanz inventarisirt und vertheilt wird, als unanwendbar darzustellen, bisher nicht erfolglos geblieben sind, erlaube ich mir noch Einiges zur Würdigung derjenigen Gründe anzuführen, welche etwa jener Ausschliessung einigen Schein von historischem Recht geben, und wenn diess auch bis jetzt nicht geschehen, doch im Laufe des Prozesses vorgebracht werden könnten, um dem Rechtsanspruch der Mündel entgegen zu treten.

Der Versuch, das Gesetz der Intestaterbfolge

a) auf die Nationalität, d. h. auf die Abstammung des Erblassers (nationalité originaire, domicile d'origine) oder

b) auf das Staatsbürgerrecht (domicile politique) zu gründen,

(diese beiden Ansichten sind wohl von einander zu unterscheiden) liesse sich wissenschaftlich nur dann rechtfertigen, wenn

zu a. der germanische Grundsatz der Persönlichkeit oder — ich möchte lieber sagen — der Nationalität der Rechte erhalten geblieben wäre. „C'est un caractère particulier de ces lois des barbares, qu'elles ne furent point attachées à un certain territoire. Le Franc était jugé par la loi des Francs, l'Allemand par la loi des Allemands, le Bourguignon par la loi des Bourguignons, le Romain par la loi romaine; et, bien loin qu'on songeât dans ces temps-là à rendre uniformes les lois des peuples conquérans, on ne pensa pas même à se faire législateur du peuple vaincu.“ Montesquieu de l'ésprit des lois liv. 18, ch. 2.

Pardessus (Loi Salique, Paris 1843, p. 440) nimmt mit v. Savigny (Geschichte des römischen Rechts im Mittelalter Bd. 1, Kap. 3, §. 13) an: „que le besoin et la possibilité d'une telle institution, comme systéme permanent et partie intégrante de la législation, commencérent seulement lorsque les Francs s'établirent dans la Gaule, après avoir renversé la puissance romaine. Er bemerkt aber auch p. 438, dass es ein Irrthum wäre, diesen Stand der Sache zu verwechseln mit dem *régime des coutumes*, qui existaient en France avant la revolution. Alors, il est vrai, le royaume offrait une sorte de féderation, de petits états presque étrangers les uns aux autres, sous les rapports de la législation civile, quelque fois même de l'administration. — En général, dans les affaires, que nous appelons personnelles, cette loi du territoire régissait tous les individus, qui y étaient *domiciliés*, sauf quelques cas d'exceptions où l'on avait recours à la loi *d'origine*, pour statuer sur la capacité ou l'état de la personne: et encore, dans ce cas, on suivait la loi du domicile du père de cette personne au temps de sa naissance. Ainsi l'homme originaire de la Bourgoigne qui aurait transporté son domicile en Brétagne n'aurait pas eu le droit de prétendre que les procés qui lui survenaient dans ce dernier pays, au sujet d'acquisitions, de contrats, et surtout pour des atteintes à sa personne, devaient être jugés d'après la coutume de Bourgoigne.“ Es war also das System der Territorialität getreten an die Stelle der Nationalität der Rechte. Dieses System, übertragen auf das Verhältniss der verschiedenen selbstständigen Staaten, nachdem das mittelalterliche System der Abschliessung mit seinem fiskalischen droit d'aubaine, dem europäischen Völkerrecht Platz gemacht hat, bildet jetzt die Grundlage des europäischen Fremdenrechts und es sind hiernach dem Gesetze des Territoriums in der Regel unterworfen alle Personen und

Sachen innerhalb des Staatsgebiets. Eine Ausnahme wird noch jetzt in Frankreich gemacht, wie zur Zeit der coutumes, bei Fragen: „sur la capacité eu l'état de la personne." Doch ist es nicht schlechthin das Land der Geburt, sondern die **staatsbürgerliche** Heimath, das domicile politique (angestammtes oder erworbenes), auf dessen Gesetzgebung hiebei zurückgegangen wird.

Auch in Deutschland ist bereits im 13. Jahrhundert die **Landesgenossenschaft** an die Stelle der Velksgenessenschaft getreten und, während die Rechtsbücher jener Zeit den Stammsitz (sedes paterna) als den Mittelpunkt, die Heimath der Familie, auch der nicht dert Wehnenden, betrachten, so ist jetzt dech auch diese Betrachtungsweise juristisch antiquirt. Wie schon im Sachsenspiegel III, 26 der Gerichtsstand des Schöffenbaren, der keinen Schöffenstuhl hatte, nach seinem Wehnorte sich richtete, so ist nachher allgemein für das persönliche Recht und was damit zusammenhängt, das wirkliche **Domizil** entscheidend gewerden.[1] Oder wenn

zu h. wie bei den Römern die lex originis, d. h. das Gesetz des Orts, we man das Bürgerrecht geniesst, das territoriale persönliche Recht der Einzelnen bildete und nur ausnahmsweise die lex domicilii für diejenigen Personen zur Anwendung käme, die zufällig keine erigo, d. h. keine Civität, keine politische Heimath haben. Allein so wenig der germanische Grundsatz der **Persönlichkeit** oder Natienalität der Rechte, so wenig hat die römische Lehre über das Verhältniss von orige und domicilium bei uns praktische Geltung. (s. oben §. 2.) In dem preussischen Landrecht ist die römische Regel geradezu umgekehrt. Die lex domicilii ist der regelmässige Bestimmungsgrund für das territoriale Recht der Einzelnen; die lex eriginis bildet die Ausnahme, welche nur eintritt in Ermanglung eines eigenen Wohnsitzes.[2] Das gleiche Verhältniss gilt nach der fast einstimmigen Ansicht unserer Rechtsgelehrten auch im gemeinen Rechte der deutschen Bundesstaaten, so dass v. **Savigny** (System des heutigen römischen Rechts Bd. 8, S. 100) seine diessfalls angestellte Untersuchung mit den Werten begleiten konnte: „**der Wehnsitz ist der wahre Grund des Unterthanen-Verhältnisses in Bezug auf das Privatrecht geworden.**"

Indessen ist kein Bedürfniss verhanden, hierin über den Cede civil art. 3 hinauszugehen, wenach der **persönliche Zustand** des Franzosen (l'état et la capacité), auch wenn er im Auslande wohnt, nach französischem Recht beurtheilt werden sell. Wir werden denselben Grundsatz vice versa auch für die Fremden in Frankreich ansprechen dürfen,[3] ohne darum der Anwendung des französischen Rechts auf die Intestaterbfolge der dort **wohnenden** Fremden entgegenzutreten: denn die Intestaterbfolge gehört nach der alten und neuen französischen jurisprudence nicht zu den Personalstatuten im eigentlichen Sinn, sendern zu den Real- oder richtiger Territerialstatuten. Nur wenn es sich ven den incapacités générales handelt, z. B. von der Rechtsfähigkeit einer Person überhaupt (ob hürgerlich todt oder nicht) eder von besonderen Zustandesrechten, z. B. von der Frage: ist der Erbe absent im Sinne des Art. 129 oder 136 des Code civil? ist er velljährig oder minderjährig? ist auf das auswärtige Recht zu rekurriren, während bei Fragen über den titulus und modus acquirendi das Recht des Demizils, we nicht des Orts der Handlung oder der gelegenen Sache entscheidet. Auch die Stellung des Erbrechts im Code civ. lib. III, tit. 1 spricht für diese Auschauung.[4]

---

[1] **Homeyer** über die Heimath nach altdeutschem Recht in den philologischen und historischen Abhandlungen der Berliner Akademie von 1852. Berlin 1853. S. 78 f.

[2] Allgem. Landrecht, Einl. §. 25. „So lange Jemand noch keinen bestimmten Wohnsitz hat, werden seine persönlichen Rechte und Verbindlichkeiten nach dem Orte seiner Herkunft beurtheilt."

[3] Sirey & Villeneuve table decennale 1831—40, p. 445, nr. 6.

[4] Vergl. Demolombe, cours de code civ. tom. I, nr. 79, 98.

§. 9.

Es gibt noch einige Schriftsteller, welche auf dem Standpunkte des internationalen Privatrechts die verschiedenen Grundansichten zu vermitteln suchen; so C. Demolombe,[1] welcher im Allgemeinen die Mobiliar-Erbschaft des Ausländers dem auswärtigen Gesetze unterwirft, jedoch die Anwendung dieses Prinzips davon abhängig macht, dass in dem fremden Staate die gleiche Regel beobachtet werde. Hienach wäre wieder Alles auf den Grundsatz der Reciprocität gestellt, der allerdings im Code art. 726, 912, in Verbindung mit art. 11, aufgestellt, aber durch das Gesetz vom 14. Juli 1819:

> „les étrangers auront le droit de succéder, de disposer et recévoir de la même manière que les Français"

definitiv beseitigt ist. Der Verfasser sieht in jener Unterordnung der Mobilien unter das auswärtige Gesetz nichts Anderes, als eine völkerrechtliche Maxime, un acte de courtoisie et de convenance réciproque. Allein auch die preussische Gesetzgebung, worauf sich D. zur Begründung seines Prinzips beruft, geht nicht so weit, der auswärtigen Gesetzgebung die Herrschaft über eine im Inlande eröffnete Succession einzuräumen, sondern sie lässt wie bei Inländern den Wohnsitz entscheiden (s. oben §. 7). Ueberhaupt lässt sich nicht sagen, dass die Staaten ein Interesse dabei haben, ihre Angehörigen wo möglich überall, auch im Auslande, nach ihren eigenen Gesetzen beurtheilt zu sehen, namentlich in privatrechtlicher Beziehung. In einzelnen Fällen kann diese Anwendung der Regierung oder dem sie vertretenden Personal erwünscht sein. Handelt es sich aber darum, jenen Grundsatz reciprok zu beobachten, so werden sich wohl alle civilisirten Staaten dagegen sträuben, gewissermassen eine Exterritorialität aller Unterthanen fremder Staaten einzuräumen, sei es auch nur im Erbrecht. Den Beweis liefern die zahlreichen Staatsverträge, worin die Gegenseitigkeit in einem ganz andern Sinne festgestellt ist, in dem Sinne nämlich, dass die fremden Unterthanen behandelt werden wie die eigenen, d. h. nach den Landesgesetzen. In Frankreich bedarf es dessen seit dem Gesetz von 1819 nicht mehr; aber ein Anachronismus wäre es gegenüber diesem Gesetz und ein Widerspruch selbst gegenüber dem älteren système de réciprocité, die Ausländer als solche dem ausländischen Gesetze zu überlassen, weil sie nach inländischem Gesetze keine droits civils geniessen und hiervon nur in dem Falle eine Ausnahme zu machen (also sie scheinbar schlimmer zu behandeln), wenn ihnen von dem Staatsoberhaupt erlaubt worden, in Frankreich zu wohnen. (Demolombe, 1, nr. 268.)

Ein anderer neuerer Schriftsteller, E. Soloman (avoué à Tours) Essai sur la Condition juridique des étrangers dans les législations anciennes et le droit moderne, Paris et Tours 1844, p. 42 sieht in dem Stillschweigen des Code in unserer internationalen Frage nur ein motif d'indépendance für die französischen Gerichte, in deren Arbitrium der Gesetzgeber ihre Lösung gestellt habe (qu'il constitue souverains appreciateurs). „En droit rigoureux — fährt er fort — c'est la loi française qui régit les meubles situés en France. Mais comme l'application réciproque de la régle généralement admise (d. h. des Grundsatzes: mobilia ossibus inhaerent) pourra nous être utile à l'étranger pour nos fortunes mobiliéres, nous l'appliquerons en général, quand la question ne s'agitera qu'entre étrangers." Also sollte die lex domicilii die Regel abgeben, so lange nicht das französische Interesse eine Ausnahme gebietet! Die Ansicht, dass es im Interesse des internationalen Verkehrs liege, von einem gemeinsamen Prinzip auszugehen, verdient gewiss alle Beherzigung; aber ein Prinzip ist damit nicht gewonnen. Wollte man dasselbe

[1] Cours de code civil tom. I, nr. 94.

unmittelbar auf die individuelle Nützlichkeit stellen, welche die Behandlung des einzelnen Falls dem betreffenden Staate darbietet, so könnte dadurch leicht eine Entfremdung der Völker statt einer Annäherung bewirkt werden. Vielmehr dürfte es dem Interesse der französischen Nation genügen, denselben liberalen Grundsatz, wozu sich das dortige Gesetz vom 14. Juli 1819, Art. 1 bekennt, d. h. das Prinzip der Gleichberechtigung der Angehörigen der verschiedenen Nationen im Privatrechte, mehr und mehr anerkannt zu sehen, wie denn dasselbe, wie wir gesehen haben, auch in dem Königreiche Grossbritannien sich Geltung verschafft hat, und nicht minder in Deutschland von der Gesetzgebung und der Literatur allgemein anerkannt ist. Einfluss darauf hatte hier die mit dem Corpus juris wieder eingewanderte constitutio Friderici II. (Auth. Omnes peregrini Cod. VI. 59. comm. de succ.) Diese wurde zwar lange Zeit in Deutschland so wenig beachtet, wie in Frankreich.[1] Doch bezeugt schon im vorigen Jahrhundert Hofacker, Diss. de efficacia statutorum Tub. 1778, §. 23. (Opuscula tom. I, p. 177) quod Jurisconsultorum communis fere sit atque usu judiciorum nostrorum quotidiano adprobata sententia (es werden angeführt Schilter, Postel, de Selchow) *admittendos esse peregrinos eodem cum civibus Germaniae jure ad juris civilis communionem*, nisi ipsis lex, observantia, recessus provinciales aut specialia Principum cum subditis pacta obstare intelligantur.

Ebenso bemerkt Wächter im Archiv für civil. Praxis Bd. 25, S. 33, dass Fremde von dem, was unser Privatrecht gewährt, in der Regel nicht ausgeschlossen seien (ausgenommen im Falle der Retorsion).

§. 10.

Noch muss ich einer deutschen Schrift erwähnen, welche eigens dem internationalen Privatrecht gewidmet ist, jedoch an derselben prinzipiellen Unbestimmtheit leidet, wie das oben §. 7 angeführte Buch von Foelix, das nicht ohne Einfluss auf dieselbe geblieben zu sein scheint: K. Th. Pütter, das praktische europäische Fremdenrecht, Leipzig 1845. Während J. L. Klüber, europäisches Völkerrecht, Stuttgart 1821, §. 54, Note 4 allgemein ausspricht (unter Bezugnahme auf Hofacker und Leyser):

> „die Intestaterbfolge der Ausländer in inländischem Nachlass eines Auswärtigen oder Inländers richtet sich nach den inländischen Gesetzen“

behauptet Professor Pütter §. 19: „Wenn das Landesgesetz keine besonderen Bestimmungen darüber enthält, wird die Erbschaft des im Auslande verstorbenen Unterthans in seiner Heimath eröffnet und der Nachlass nach den Landesgesetzen vererbt.“ Anders, wenn der Fremde sich nicht blos vorübergehend im Lande aufgehalten, sondern hier seinen Wohnsitz genommen hat: §. 87. „Wenn der verstorbene Fremde im Lande ansässig oder wohnhaft (domicilirt), also, wenn auch nicht Staatsbürger, so doch Unterthan geworden, so muss, weil wie er selbst auch sein ganzes hiesiges Vermögen dem Landesgesetz und Gericht unterworfen ist, seine hiesige Erbschaft hier eröffnet werden.“ Sodann wird §. 92 die Frage aufgeworfen: wenn sich zwei ausländische Erben den hiesigen Nachlass streitig machen, deren einer sich auf das Recht des Nationaldomicils, d. i. des Landes, welchem der Erblasser als Unterthan angehört, der andere auf das Recht des letzten Wohnsitzes im fremden Lande beruft, welcher von beiden ist von unserem Gericht als der rechte Eigenthümer anzuerkennen, wenn der eine das staatsamtliche Zeugniss von der Staatsbehörde des Heimathlandes, der andere das von der des letzten Wohnorts beibringt?[2]

[1] S. über letzteres Demangeat, histoire de la condition civile des étrangers en France, Paris 1844, p. 92.

[2] Eine auswärtige Gesandtschaft könnte natürlich die Stelle der Heimathbehörde nicht vertreten.

Der Verfasser meint, es werde zunächst darauf ankommen, wo die Erbschaft eröffnet und wohlerworben (?) sei. Da aber beide Staaten und deren Gerichte wohl befugt seien, die Erbschaft ihres Unterthans, resp. ihres Einwohners nach ihrem Landesrecht und Gesetz zu eröffnen und zu vertheilen, so könne weder dem einen noch dem andern ein unbedingtes Vorzugsrecht zugesprochen werden. Pütter nimmt also an, dass die Erbschaft des im Auslande verstorbenen Unterthanen sowohl nach den Gesetzen seiner Heimath, als auch nach denen des ausländischen Wohnsitzes beurtheilt werden könne; ohne eine andere Lösung dieses Konflikts zweier Rechte vorzuschlagen, als die Prävention, welche in unserem Falle wieder für französisches Recht den Ausschlag gäbe. Den Konflikt hat er aber selbst geschaffen; denn wenn der Wohnsitz entscheidet, so muss natürlich auf den letzten Wohnsitz gesehen werden. Das Unterthanen-Verhältniss im engern Sinn (die Nationalität) hat hieher nichts zu schaffen.

Klarer und richtiger spricht sich Pütter aus in einer neueren Abhandlung: über die Kollision zwischen den Partikularrechten eines Staats und zwischen den Gesetzen verschiedener Staaten im Archiv für die civilistische Praxis Bd. 38, S. 93—95. (Vergl. Bd. 37, S. 384 f.) Hier wird übereinstimmend mit Wächter (oben §. 6) gesagt:

> Wenn ein Fremder im Bezirk stirbt oder doch sein Vermögen binterlässt, so hat das Gericht des Orts zunächst die Frage, ob die Erbschaft hier eröffnet und angefallen sei, nach seinem (des Richters) Landesrechte zu beantworten; ist sie hier eröffnet, entweder ganz oder nur in die liegenden Gründe, so hat das Gericht sie gleichfalls nach hiesigem Recht zu vertheilen: so ist's Gebrauch und Recht nicht allein in Frankreich und England und Nordamerika, sondern überall, auch in den deutschen Staaten.

Auf die Frage: welche Erbschaften nach gemeinem deutschen Civilrecht in jedem deutschen Lande für eröffnet zu achten seien? antwortet Pütter jetzt: nach v. Savigny's (System §. 375) gründlicher Erörterung könne es keinem Zweifel unterliegen, dass der Wohnsitz des Erblassers für die beweglichen Sachen nicht nur, sondern auch für die unbeweglichen massgebend sei, wofern für deren Vererbung nicht, wie in Lehen- oder adeligen Stamm-, Allodial- (?) und Bauerngütern, besondere Rechte bestehen. Und aus einer Vergleichung des gemeinen deutschen Civilrechts mit dem praktisch europäischen Fremdenrecht ergibt sich ihm, dass jenes Princip sowenig mit den allgemeinen staats- und völkerrechtlichen Grundsätzen im Widerspruch stehe, wie mit den Regeln, welche für die Kollision der Statuten aus dem allgemeinen Rechtsgesetz der Unterordnung aller Land- und Ortschaften des Staats und ihrer Statuten unter die höchste Staatsgewalt abgeleitet werden. Auch Pütter ist somit nicht als den Ansprüchen der Mündel entgegenstehend zu betrachten. Ebensowenig W. Schäffner (Advokat), Entwicklung des internationalen Privatrechts, Frankfurt a. M. 1841, welcher zwar die Theorie, wonach in Immobilien schlechthin ex lege rei sitae ab intestato succedirt wird, für die richtige, weil die natürlichste, hält (obgleich nicht mit den Gründen ihrer Anhänger durchaus einverstanden), hinsichtlich der Intestatsuccession in die Mobilien aber, unter Berufung auf „konstante internationale Praxis" sich für die lex domicilii des Verstorbenen ausspricht.

Ein jüngerer Schriftsteller, den ich der Vollständigkeit wegen anführe: L. Pfeiffer, das Prinzip des internationalen Privatrechts, Stuttgart 1852, will den Grundsatz, dass der Richter nach denjenigen Gesetzen zu urtheilen habe, worauf er verpflichtet ist, d. h. nach den Landesgesetzen, nicht nach fremden Gesetzen, als ausnahmsloses Axiom festhalten, ohne Rücksicht auf die Personen und Gegenstände und die verschiedenen örtlichen Beziehungen, welche dabei zur Sprache kommen. Nach dieser Ansicht würde die Norm für eine materielle Entscheidung überall davon abhängen, bei welchem Gerichte die Klage anhängig gemacht ist und es hätten

die fraezösischen Gerichte den verliegenden Erbschaftsfall schon darum nach dem dortigen Rechte zu beurtheilen, weil sie ihn überhaupt ze beurtheilen hahen.[1] Allerdings wird der Richtereid auf die im Staate geltendon Gesetze abgelegt, und ea möchte in Frankrelch, England, Nerdamerika seine grossee Schwierigkeiten haben, dio preussischen Gesetze eder gar das märkische und pommern'sche Previezialrecht odor das Partikularrecht der mecklenburgischen Lande im Erbrecht sicher anzuwenden. Auch Art. 4 des Code civil, wonach der Richter nicht wegen Unkenntniss oder Mangelhaftigkeit des Gesetzes sein Urtheil aussetzen kann, mochte wehl nur die in Frankreich giltigen Gesetze im Auge haben. Deneoch kann der Richter ausnahmsweise in die Lage kemmen, aeswärtigo Gesetzo zu berücksichtigen, weil die Rechtsverhältnisse auf Grund derselhee entstanden sind, eder weil es sich ven einer quaestio status handelt, welche nach den sogenannten Personalstatetee zu beantworten ist. In dem verliegenden Fallo fällt die Schwierigkeit ührigens hinweg, sebald man annimmt, dass die Erbschaft vermöge des domicile de fait des Erblassers in Frankreich eröffnet sei: denn alsdann ergibt sich die Anwendeng des fraezösischen Rechts von selbst.

§. 11.

Die bisherige Kritik der verschicdenen Ansichten der Rechtsgelehrten (§. 5—10) hat nur zur Bestätigung, eicht zur Widerlegung der oben §. 4 aufgostellten Behauptung gedient, dass das französische Recht, nicht das mecklenburgische, nech das brandenburgische, noch das pemmernsche Partikularrecht zur Anwendung kommo. Gleichfalls hat sich gezeigt, dass auch nach dem preussischen allgemeinen Landrecht, sewie nach dem gemeinen Rechte in Deutschland, das auch in Mecklenburg gilt, die internatienale Frage über die Kellisien der Rechte verschiedener Staaten nicht anders ze beantworten wäre: es müsste auch nach diesen Rechten der reelle Wehnsitz des Verstorbenen in Paris für das französische Recht den Ausschlag geben.

Die Lage der Sache rein praktisch aufgefasst, wolches Recht bliebe denn überhanpt ührig, um darnach die Mebiliarverlassenschaft oder die Erbschaft als Ganzes, als universitas, unter die Erben ze theilee? Hatte der Erblasser kein Demizil in Fraekreich, so hatte er gar keines. In Preussen hatte er früher ein Domizil, aber er hat es seit 1830 spätestens aufgegebee. In Mecklenhurg hatte er nie ein eigenes Domizil. Er wäre alse sine domicilie gewesen, Vagabund im rechtlichen Sinne.[2] Er konnte daher ver jedem Gericht in Anspruch genommen werden, wo er angetroffen wurde, und auf gleiche Weise war seine Erbschaft an demjenigen Orte als eröffnet ze betrachten, wo er starb. Auch das französischo Recht lässt, wenn eine Person keinen festen Wohnsitz hat, die blese residence an die Stelle treten.[3]

Eino Rückkehr zu dem Gerichtsstand des Vaters, also auch zu dem Gesetz seines Wehnsitzes schliessen die preussischen Gesetze und Jurisdictionsverträge geradeze aus, wenn das

---

[1] Nahezu dasselbe sagt auch Zachariä, französisches Civilrecht I, §. 31. „Die französischen Gerichte haben in bürgerlichen Rechtssachen lediglich und allein nach den französischen Gesetzen zu entscheiden." Doch gibt er nachher Nr. 1—6 alle nöthigen Ausnahmen zu, worunter aber der vorliegende Fall nicht begriffen ist.

[2] Fr. 27, §. 2. D. ad municip. (50, 1.) Preussische allgem. Gerichtsordnung Tit. 2, §. 22—25. Als „Vagabund" ist hiernach sowohl derjenige anzusehen, welcher seinen vorigen Wohnsitz aufgegeben hat, und, ohne anderwärts eine feste Wohnung zu nehmen, herumirrt, als auch derjenige, welcher, ohne einen Wohnsitz genommen zu haben, den Gerichtsstand seiner Herkunft seit länger als drei Jahren verlassen hat oder dessen Geburt ausserhalb des Königreichs gelegen ist.

[3] Code de Proc. art. 2, 69, nr. 8. Zachariä, französ. Civilrecht, 3. Ausg., §. 141 und das. Note 2.

Kind den Wohnsitz des Vaters verlassen und innerhalb drei Jahren nach erlangter Volljährigkeit oder aufgelöster väterlicher Gewalt keinen eigenen Wohnsitz genommen hat.[1]

Noch manches Andere liesse sich zur Bestätigung der bisherigen Ausführung anfügen. Ich beschränke mich darauf, beispielsweise einige gerichtliche Entscheidungen aus solchen deutschen Territorien anzuführen, wo der Code Napoléon eingeführt ist. Obgleich diese Vorgänge für eine interpretatio usualis in Frankreich nichts beweisen, so zeigen sie doch — was bei einer Frage des internationalen Rechts wichtig — dass die Auffassung des Hofs zu Riom in seiner Entscheidung vom 7. April 1835 (s. das Gutachten des Mr. P. Peronne) auch auswärts getheilt wird:

1) in einem Erkenntniss des I. Civilsenats des königlich preussischen rheinischen Appellationsgerichtshofs zu Koblenz vom 23. Juni 1823 (van Eschermann gegen Linz) wurde zur Begründung des Domizils in Koblenz und zur Kompetenz der dortigen Behörde in Theilungssachen für genügend erklärt, dass der Erblasser, welcher im Frühjahr 1813 in Koblenz (linkes Rheinufer) gestorben war, wenn auch nicht immer, doch wenigstens einen grossen Theil des Jahrs mit den Seinigen sich daselbst aufgehalten und nur zuweilen für seine Person und seiner Amtsgeschäfte wegen sich nach Ehrenbreitstein (rechtes Ufer, wo deutsches Recht gilt) begeben hatte; es wurde ferner angenommen, dass es gleichgiltig sei, ob etwa der Erblasser von der Ausübung aller staatsbürgerlichen Rechte in Koblenz ausgeschlossen war, weil wenigstens in Beziehung auf die Anwendung blosser Civilrechte unter den vorliegenden Umständen die Residenz in Koblenz schon hinreichte; endlich dass auswärtige Civildienste in Ehrenbreitstein von dem Genusse staatsbürgerlicher Rechte zwar ausschliessen konnten, aber nicht verhinderten, in Beziehung auf blosse Civilrechte in Koblenz zu wohnen oder eine vormalige Wohnung dort fortzusetzen.[2]

2) in einem berühmten badischen Rechtsfall, Andreas Sohn's Wittwe gegen Schälkly, wo es sich von der Kollision schweizerischen und badischen Rechts handelte (nach diesem war die überlebende Mutter der Testirerin pflichttheilsberechtigt, nach jenem nicht) wurde von dem Oberhofgericht zu Mannheim am 30. Mai 1854, in Uebereinstimmung mit dem Hofgericht des Unterrheinkreises, der badische Wohnsitz der Erblasserin, trotz ihrer Eigenschaft als schweizerischer Staatsbürgerin, für hinreichend erkannt sowohl zur Kompetenz der badischen Gerichte als auch zur Anwendung des badischen Landrechts (Code Napoléon). In den Entscheidungsgründen wird gesagt: „Nach Landrecht Satz 110 (Code Nap. art. 110) wird der Ort, wo eine Erbschaft anfällt, durch den Wohnsitz bestimmt und es haben daher die Behörden dieses Orts über den Nachlass zu richten. Für die inländischen Behörden aber gilt die Regel, dass sie nach inländischen Gesetzen zu entscheiden haben, sofern nicht ausnahmsweise ein Anderes bestimmt ist. Dass nun die Erblasserin mit ihrem Ehemann ihre Niederlassung in Rohrbach (Baden) hatte, ist nicht zu bezweifeln, denn es treffen hier neben dem regelmässigen Aufenthalt alle Erfordernisse zusammen, um die Absicht zu beurkunden, den Ort Rohrbach als den eigentlichen Wohnsitz zu wählen und zu behalten; woran es durchaus nichts ändert, dass der Beklagte sich sein Bürgerrecht in Lüzberg (Schweiz) vorbehalten hat, indem dieser Umstand, zumal für einen Ausländer, kein Hinderniss ist, den Wohnsitz zu verlegen." Weiter wird auf das VI. badische Constitutionsedikt vom 4. Juni 1818 (Regierungsblatt Nr. 19) hingewiesen, dessen Inhalt gleichfalls analoge Beziehungen zu dem jetzt vorliegenden Rechtsfalle zulässt. Es wird gezeigt, dass alle diejenigen Voraussetzungen vorhanden seien, unter welchen jenes Edikt einen Ausländer, nicht mehr als einen Landfremden, sondern zugleich als Staatsangehörigen, als Einsassen, be-

[1] Allgem. Gerichtsordnung Tit. II, §. 23. O. Krug, Internationalrecht der Deutschen. Leipzig 1851. S. 24.
[2] Archiv für das Civil- und Criminalrecht der preussischen Rheinprovinzen Bd. V, 1. Abth., S. 230.

trachte, indem die von dem ersten Ehemann der Erblasserin erfolgten liegenschaftlichen Erwerbungen im Inlande mit Staatsgutheissen stattgefunden haben, somit der Besitz von den rechtmässigen Erben ohne besondere und wiederholte Genehmigung fortgesetzt werden konnte und wirklich fortgesetzt worden ist. Der §. 2 des Edikts, welcher verfügt, dass der Nachlass eines Fremden nach den Gesetzen seines Heimathsstaates beerbt werden soll, wird nicht als entgegenstehend betrachtet: denn derselbe habe nicht die Ausländer im Allgemeinen, sondern nur eine bestimmte Art derselben, welche die Regel bilde, vor Augen, diejenigen nämlich, welche sich nur vorübergehend als Gäste oder Reisende im Inlande aufgehalten haben, daher auf keine Weise in eine bleibende Verbindung mit dem Inlande getreten seien.[1]

B. Belgische Besitzungen.

§. 12.

Was die belgischen Besitzungen (Kohlenbergwerk und Waldungen) betrifft, so kommt der Art. 3 des Code civ. (Les immeubles même ceux possedés par des étrangers, sont régis par la loi française) in Belgien ebenso zur Anwendung wie in Frankreich, nur mit dem Unterschiede, dass dort der Code die Stelle eines belgischen Gesetzes vertritt. Die Frage, ob belgisches oder französisches Gesetz? könnte unpractisch erscheinen, weil auch nach dem Code en vigeur in Belgien die petits neveux Repräsentationsrecht geniessen. Allein die Frage ist darum nicht ohne Bedeutung, weil die belgische Gesetzgebung in Betreff des Privatrechts der Fremden von der französischen abweicht. Während in Frankreich der Grundsatz der Reciprocität im Erbrechte, wie er durch Art. 726 und 912 des Code an die Stelle der von der Assemblée constituante dekretirten Gleichberechtigung der Fremden im Erbrechte eingeführt worden, durch das Gesetz vom 14. Juli 1819 aufgehoben und bestimmt worden ist:

> en consequence les étrangers auront le droit de succéder, de disposer et de recevoir de la même manière que les Français, dans toute l'étendue du royaume —

bestimmte das belgische Gesetz vom 20. Mai 1837:

Art. 1. L'étranger est admis à succéder aux biens que son parent étranger ou belge posséde dans le territoire du royaume *dans le cas et de la manière* dont un Belge succéde à son parent possédant des biens dans le pays de cet étranger. — Les mêmes regles sont observées pour la capacité de disposer ou de recevoir par donation entre vifs ou par testament.

Art. 2. Cette réciprocité sera constatée, soit par les traités conclus entre les deux pays, soit par la production des lois ou actes propres à en établir l'existence.

Art. 3. Toutes dispositions contraires à la présente loi sont abrogées.

Es wurde also nicht wie in dem französischen Gesetz von 1819, welches auf das von Frankreich getrennte Belgien keine Anwendung mehr fand, den Fremden ohne Weiteres gleiches Erbrecht mit den Einheimischen von Gesetzes wegen eingeräumt, sondern es wurde der Grundsatz der Reciprocität im Wesentlichen mit den Worten des Art. 726 des Code aufrecht erhalten und nur statt der Worte: conformément aux dispositions do l'art. 11 etc. beigefügt: cette réciprocité sera constatée etc. Dieser Beisatz enthält theils blos eine Erneuerung, theils aber auch eine Abänderung des Art. 11 des Codo civil. Eine Erneuerung, indem auf die diplomatischen Ver-

[1] Entnommen aus einer beglaubigten Abschrift des Erkenntnisses nebst Entscheidungsgründen.

träge als Grund der Reciprocität hingewiesen ist, eine Abänderung, indem, abgesehen von dem Dasein eines solchen besondern Vertrags, auch schon die Thatsache der Gleichstellung der Fremden mit den Einheimischen in auswärtigen Gesetzen hinreicht, um die Reciprocität für Belgien zu begründen.

Der Art. 11 des Code statuirte nämlich nicht die réciprocité pure et simple, wie sie zuerst vorgeschlagen war, sondern die réciprocité diplomatique. Wenn auch ein Franzose in einem fremden Staate dieses oder jenes Recht vermöge der dortigen Fremden-Gesetzgebung geniesst, so folgt daraus noch nicht, dass dem Angehörigen jenes Staats dasselbe hinwieder in Frankreich zu Theil wird. Es müsste erst durch einen Vertrag mit Auswärtigen, also unter Theilnahme der französischen Regierung, welche hierzu durch den Art. 11 Vollmacht erhalten hatte, die Reciprocität ausgesprochen sein.[1] Dem belgischen Gesetz von 1837 genügt nun aber die stillschweigende oder einfache Reciprocität; nur des Beweises wegen wird auf die Staatsverträge und auswärtigen Gesetze hingewiesen. Die letzteren hat die Partei, welche sich darauf beruft, beizubringen. Ist aber durch einen Staatsvertrag die Reciprocität hergestellt, wie diess der Fall ist zwischen Belgien und Württemberg,[2] so bedarf es keines weiteren Beweises.

Die belgische Gesetzgebung näherte sich durch diese Bestimmung dem preussischen Landrecht (Th. I., Tit. 12, §. 40), welches bestimmt:

> „Soweit hiesige Einwohner zur Erwerbung einer Erbschaft oder eines Vermächtnisses in fremden Staaten, nach den Gesetzen derselben, für unfähig geachtet werden; so weit sind auch dortige Einwohner von hiesigen Unterthanen Erbschaften und Vermächtnisse zu erwerben nicht fähig."

Diese Bestimmung will nicht sagen, dass schon alsdann, wenn im fremden Staate überhaupt ein anderes Recht gilt, als in Preussen, welchem aber Einheimische wie Fremde unterworfen sind, ein Grund zur Retorsion eintrete, sondern die Retorsion oder Gegenkehrung ist nur für den Fall vorbehalten, wenn der fremde Staat zum Nachtheil der Fremden überhaupt und der preussischen Unterthanen insbesondere beschwerende Bestimmungen ertheilt hat, namentlich wenn preussische Einwohner zur Erwerbung einer Erbschaft oder eines Vermächtnisses in fremden Staaten nach dortigen Gesetzen für unfähig geachtet werden. Die Verschiedenheit der Gesetze auswärtiger Staaten, z. B. eine andere Erbfolgeordnung, welche aber auf Einheimische wie Fremde zur Anwendung kommt, macht von der Regel der Gleichstellung der Inländer und Ausländer noch keine Ausnahme.[3]

Auch das österreichische Gesetzbuch, indem es die Gleichstellung der Fremden mit den eigenen Staatsbürgern in privatrechtlicher Beziehung als Regel eintreten lässt, knüpft hieran nur die Bedingung, dass auch der auswärtige Staat die österreichischen Staatsbürger den eigenen gleich behandelte (§. 33); er stellt also wie das preussische den Grundsatz der sogenannten formellen, richtiger der internationalen oder eigentlichen Reciprocität auf, welcher nicht fordert, dass die Vorschriften des fremden Gesetzes an sich mit unsern Gesetzen übereinstimmen, wenn sie nur allseitig auf die Fremden wie auf die Inländer angewandt werden.[4]

Ebenso eine württembergische Verordnung vom 29. December 1728, welche im Hinblick darauf, „dass in verschiedenen benachbarten und andern auswärtigen Orten in puncto suc-

[1] Doch behaupten Einige das Gegentheil, so Zachariä franz. Civilrecht I, §. 76, Note 5.
[2] Vertrag v. 24. Oct. 1845. Hiervon wird nachher §. 15 näher die Rede sein.
[3] Preuss. Landrecht Einl. §§. 41—43.
[4] Michel Grundriss des heut. österreichischen allgemeinen Privatrechts §. 41.

cessionis ab intestato zum favor der Eingesessenen von den gemeinen Rechten abgegangen werde," ausspricht: dass allein diejenigen ausländischen heredes, an deren Orten diesseitige Unterthanen und Landesangehörige nur dessenthalben, weil sie ausländisch sind, von der Successione ab intestato ihrer Anverwandten, wann sonsten das daselbst übliche jus statutarium oder consuetudo loci sie der Ordnung nach darzu admittiren, ausgeschlossen werden wollen — in dem Herzogthum ebenfalls jure retorsionis ungeachtet des sonsten vor sie militirenden diesseitigen Landrechts excludirt sein sollen. Die Gerichte wurden daher angewiesen, bei Vererbungen ab intestato auswärtiger Erben nicht eher die Erbschaft zu verabfolgen, bis sie glaubwürdige Nachrichten beigebracht, wie es an dem Ort, wo der Erbnehmer sein domicilium oder Wohnung hat, mit der Vererbung an Auswärtige, insbesondere an württembergische Unterthanen, gehalten werde. Wären dort die diesseitigen Unterthanen von der Intestatserbfolge ihrer Verwandten durch Gesetz oder Gewohnheit darum ausgeschlossen, „weil sie extranei sind," so solle das Gleiche auch bei uns beobachtet werden; jedoch solle die ausfallende Erbsportion den Verwandten im Lande zukommen und es so angesehen werden, wie wenn der auswärtige Erbe gar nicht vorhanden wäre. Wo aber das jus retorsionis keinen Platz finde, solle der Abzug dem bisherigen Rechte gemäss erhoben werden. [1]

§. 13.

Indessen sind über den Begriff der Reciprocität in der französischen Jurisprudenz Zweifel erhoben worden. Es ist die Frage entstanden: geht die Reciprocität der Art. 726 und 912 (in Verbindung mit Art. 11) de nation à nation, oder auch d'individu à individu; mit andern Worten ist sie eine réciprocité générale et indéfinie, oder eine réciprocité particulière et individuelle? Genügt es zur Gleichstellung der Fremden, dass in dem Staate, welchem sie angehören, diesseitige Unterthanen durch die Gesetzgebung nicht zurückgesetzt sind, oder ist zu einer vollen Gegenseitigkeit nothwendig, dass der Fremde, welcher in dem andern Staate erben will, auch erbberechtigt sei nach dem Rechte des Staats, dem er, der Fremde, angehört?

In einem Urtheile des französischen Cassationshofs vom 24. August 1808 ward im Widerspruch mit der Ansicht des Gerichtshofs zu Lüttich, welcher behauptete: „die réciprocité des Art. 726 des C. civ. doit s'entendre de nation à nation" — angenommen: que cette réciprocité est exigée non seulement de nation à nation, mais même de particulier. [2]

Auch nach der Auslegung, welche der Code von einigen Schriftstellern, z. B. Toullier, droit civil IV, 102 und Zachariä, französisches Civilrecht §. 76, Note 6 erfahren hat, ist der Grundsatz der Reciprocität, wo er einmal zwischen bestimmten Staaten, sei es kraft eines völkerrechtlichen Vertrags oder zu Folge der Gesetze besteht, in seiner ganzen Strenge zu nehmen und daher in jedem einzelnen Erbfalle, wobei Fremde concurriren, auf das Erbrecht des andern Staates zu recurriren.

Dieselbe Auffassung scheint zu Grunde zu liegen den Worten des obenangeführten belgischen Gesetzes von 1837, Art. 1:

L'étranger est admis à succéder *dans le cas et de la maniere* etc.

Es fragt sich: ist nach diesen Worten der Fremde in Belgien zur Erbfolge nur zugelassen in dem Falle und unter der Voraussetzung, wenn der Belgier unter denselben Verhältnissen, bei

[1] Reyscher, württembergische Gesetzsammlung Bd. 6, S. 350. Vergl. derselbe württembergisches Privatrecht 2. Aufl., §. 169. C. G. Wächter, Handbuch des in Württemberg geltenden Privatrechts Bd. 2, §. 18.

[2] Merlin Repertoire V. succession sect. I, §. 2, Art. 2.

gleicher Verwandtschaft, in der Heimath des Fremden auf dieselbe Weise erben würde? Oder ist er zugelassen, wenn der Belgier als Fremder im Erbrechte gegen die Einheimischen nicht zurückgesetzt ist?

Nach der ersten Auslegung würde Anna v. Röder ihren Grossoheim in Belgien nicht beerben, weil das Repräsentationsrecht in Württemberg nach dem Landrecht von 1610 Thl. IV., Tit. 20, §. 5 auf die Kinder von Geschwistern beschränkt ist. Nach der zweiten Auslegung würde sie mit ihrer Tante sich theilen in die Stammportion ihrer Grossmutter, weil das württembergische Recht zwar von dem belgischen Rechte abweicht, ohne aber die Belgier als Fremde anders zu behandeln, wie die Einheimischen.

Wenn vom Standpunkte des internationalen Rechts (§§. 9, 10) und der §. 12 angeführten deutschen Gesetze die zweite Auslegung sich empfiehlt, so beweist diess freilich nichts gegen den Inhalt des belgischen Gesetzes oder dessen usuelle Interpretation. Indessen glaube ich zeigen zu können, dass weder das belgische Gesetz selbst, noch auch bei genauerer Betrachtung die französische jurisprudence der internationalen Reciprocität, wie sie diesseits des Rheins und in allen europäischen Staaten verstanden wird, entgegen sind:

1) Die Worte des belgischen Gesetzes: dans le cas et de la manière etc. sind entlehnt dem Art. 726 des Code civ., wollen also nichts Neues, nicht etwa eine grössere Restriction des Erbrechts der Fremden einführen, als in dem Code civ. bereits beabsichtigt war. An sich sagen aber die Worte des Art. 726 nicht mehr, als dass der Fremde in Frankreich blos dann und auf dieselbe Weise succedire, wann und wie der Franzose succedire in dem Lande, welchem der Fremde angehört, mit andern Worten, dass der Fremde in Frankreich den Einheimischen im Erbrechte gleichgestellt sei, wenn diess vice versa auch in dem Vaterlande des Fremden geschehe (Vgl. Art. 11). Dass der Art. 726 weiter gehe, dass dadurch eine Uebereinstimmung nicht blos des Fremdenrechts, sondern des ganzen Erbrechts bezweckt sei, kann keineswegs unterstellt werden. In mehreren Fällen haben sich auch französische Gerichte (vor Abrogation des Art. 726 des Code civ. durch das Gesetz von 1819) gegen eine solche Auffassung der Reciprocität erklärt,[1] so namentlich in einem Urtheil von Metz, 16. August 1817 (Adair), welches sich zu dem Satze bekannte:

> Il y a réciprocité entre Français et étranger dans le droit de succéder, par cela seul que le Français est admis à succéder en pays étranger et l'étranger en France, non obstant leur qualité respective d'étranger, et encore que la loi étrangére et la loi Française réglent différement la succession, suivant la nature des biens et de rang des successibles.

So präcisirt Devilleneuve tab. tric. Paris 1842, p. 466, Nr. 38 den Inhalt jenes Urtheils. Bezeichnend sind aber die Worte des Urtheils selbst: qu'il est constant que les Français sont admis en Angleterre par la législation générale à recueillir comme à transmettre les successions, conformement aux lois générales sur la transmissibilité des biens, et qu'il serait plus que surérogatoire de s'enquérir de la nature des biens et leur speciale transmission, sans que néanmoins de la différence relative au mode de successibilité, à cause d'une certain ordre, soit des biens, soit des personnes, on puisse induire des doutes sur une véritable et absolue réciprocité.[2]

Der Cassationshof verwarf zwar den 6. April 1819 dieses Urtheil, aber blos weil der Art. 11

[1] Jurisprudence du XIX. Siècle par Devilleneuve & Gilbert tom. II. Paris 1852, p. 510, Nr. 108—111.

[2] Sirey Recueil VI. (1819—1820). Paris 1832. Ire part. p. 53.

und 726 die Erbfähigkeit der Fremden von einer diplomatischen Reciprocität, d. h. von einem Vertrage mit dem Staate, welchem der Fremde angehört, abhängig gemacht hatte, ein solcher Vertrag aber derzeit zwischen Frankreich und England nicht existirte.[1]

Noch den 1. Mai 1819, kurz vor dem neuen Gesetze, erkannte der Gerichtshof zu Metz (in causa Rohan):

> Pour qu'un étranger soit habile à succéder en France *de la même manière* qu'un héritier regnicole, il suffit que le Français soit habile à succéder chez l'étranger quelles que soient d'ailleurs les differences entre les lois françaises et les lois étrangéres sur les successions.[2]

Dieses Urtheil blieb unangefochten.

Das oben angeführte Urtheil des Cassationshofs von 1808 (c. Hussemann) kann auch kaum als entgegenstehend betrachtet werden. Es handelte sich dabei von der Erbfähigkeit auswärtiger Religiosen. Vier Nonnen aus Klöstern in Deutschland waren im Testament ihres Vaters zu Erben eingesetzt und der damalige französische Gerichtshof zu Lüttich erhielt das Testament aufrecht. Der Kassationshof verwarf dieses Urtheil, wie mir scheint, aus einem richtigen Grunde: schon Boullenois traité des statuts réels et personnels tom. I, p. 66 habe anerkannt, dass ein Religiose, domizilirt in einem Lande, wo er bürgerlich todt, auch in einem andern Lande nicht succediren könne, weil der bürgerliche Tod mit dem état personnel zusammenhänge und hierüber die Gesetze des Domizils entscheiden. Ebenso beruft sich das Urtheil auf Hertius de collis. legum sect. 4, §. 13. Es wurde allerdings nebenbei auch die Frage von der Reciprocität berührt und gesagt: diese gehe nicht blos von Nation zu Nation, sondern auch de particulier à particulier. Allein abgesehen davon, dass diese Worte auch eine richtige, die Deutung nämlich zulassen: die Reciprocität sei nicht blos eine Courtoisie unter Völkern, sondern beziehe sich auch auf privatrechtliche Verhältnisse (das Erbrecht), so ist jedenfalls der Hauptentscheidungsgrund des Kassationshofs unantastbar: dass schon nach den alten Gesetzen in Frankreich, Preussen und Kurköln die Religiosen erbunfähig seien, dass diese Gesetze nicht abgeschafft gewesen zur Zeit der eröffneten Succession, dass noch jetzt ein preussischer Religiose unfähig sei, ein Testament zu machen, dass er desshalb auch nicht zu Gunsten eines Franzosen disponiren könne, und umgekehrt.

Auch in dem von Zachariä französis. Civilrecht §. 76, Note 6 citirten Falle eines Mailänder Mönchs, welcher in Frankreich für successionsunfähig erklärt wurde, weil er bürgerlich todt in Italien, handelte es sich von einer quaestio status, in welcher Beziehung nach französischem wie nach mailändischem Rechte die Gesetze der Heimath entscheiden.

§. 14.

2) Das belgische Gesetz geht, wie schon gesagt, darin weiter als der Art. 726 des Code, dass schon die Thatsache der Reciprocität genügt, sei es, dass sie durch einen Vertrag oder durch die Gesetze des andern Staats anerkannt ist. Der Grund, aus welchem der französische Kassationshof den 6. April 1819 das angeführte Urtheil von Metz verworfen hat, würde also hier wegfallen, denn die Worte: „soit par les traités conclus entre les deux pays, soit par la production des lois ou actes propres à en etablir l'existence" können doch nicht sagen wollen: es müsse der

[1] Qu'il n'existe aucun traité qui ait autorisé, d'une part les Anglais à succéder en France à leurs parens Français et d'autre part les Français à succéder en Angleterre à leurs parens Anglais. Sirey l. c. p. 52.

[2] Villeneuve table trie. Nr. 39.

fremde Staat dasselbe Detail von Erbbestimmungen haben; was eine **Uniformität** der Gesetzgebung, eine ganz spezielle Vereinbarung über das Erbsystem, die Successionsordnung u. s. w. voraussetzen würde; sondern: es genügt, dass der andere Staat in seinen Gesetzen sich zu dem Grundsatze der **Parität**, der Gleichberechtigung der Fremden und Einheimischen im Erbrechte, bekannt hat, dass er Ausländer ebenso zur Erbfolge zulässt, wie Inländer.

Geschichtlich verhält es sich mit diesem belgischen Gesetz folgendermassen: Als Belgien mit Holland zu dem Königreich der Niederlande vereinigt war, wurde ein neuer Code civil, d. h. eine Umarbeitung des Code Napoléon, daselbst zu Stande gebracht. Hier bereits war die Bedingung einer **diplomatischen** Reciprocität nach Art. 11 des Code Nap. ausgelassen. Man fand es nicht für nothwendig, die Reciprocität von internationalen Verträgen abhängig zu machen; es sollte genügen, *quelle existât en fait;* c'est à dire que par les lois étrangéres ou par les usages étrangers les cohéritiers belges et nationaux étaient placés sur le même pied. Als Belgien sich von den Niederlanden trennte, wurde der Text des Code Napoléon von 1804 in jenem nun unabhängigen Königreiche wieder in Gebrauch gesetzt. Allein man begriff die Unzuträglichkeiten des régime der Art. 726 und 912. Das Gesetz vom 20. Mai 1837 suchte denselben abzuhelfen, und es geschah in demselben Sinne, wie in dem niederländischen Gesetzbuche; man beschränkte sich, die Nothwendigkeit der Verträge zu beseitigen; mais il faut que la réciprocité existe d'État à État. Damit der Fremde in Belgien erbfähig sei, muss in dem Vaterlande desselben auch die Erbfähigkeit des Belgiers anerkannt sein, und zwar unter denselben Bedingungen, wie die der Einheimischen. Macht das auswärtige Gesetz keinen Unterschied zwischen Fremden und Einheimischen, so wird auch in Belgien kein Unterschied gemacht; wird aber der Belgier in dem Vaterlande des Fremden als **Fremder** von der Erbschaft in dem gleichen Falle ausgeschlossen, oder wird er nur in der Weise zugelassen, dass er als Fremder einem Erbschaftsabzuge unterliegt, so wird das Gleiche auch gegen den Angehörigen jenes Staats in Belgien beobachtet.

Ebenso wie durch die auswärtigen Gesetze selbst, kann aber auch jetzt noch die Reciprocität einfach durch einen diplomatischen Vertrag constatirt werden, worin der Grundsatz der Reciprocität anerkannt ist. Dieser Vertrag braucht nicht, wie die fremden Gesetze, von den Parteien producirt zu werden („production" geht blos auf die Gesetze); die Notorietät oder die Hinweisung auf den belgischen Moniteur genügt. Bestände die Reciprocität darin, dass bei der Erbfolge Auswärtiger auf die Erbfolgebestimmungen des **auswärtigen** Staates abgehoben, also in dem vorliegenden Falle das württembergische Landrecht angewandt würde, so wäre mit einem diplomatischen Vertrage, der einfach die Reciprocität festsetzt, nichts entschieden, es müssten immer noch die fremden Gesetzbücher und Gesetzsammlungen nebst der übrigen Literatur herbeigebracht werden, um das anwendbare Recht herauszufinden. Die Folge wäre überhaupt die, dass auf die Fremden nicht die Landesgesetzgebung angewandt, dass wieder der germanische Grundsatz der Persönlichkeit der Rechte hergestellt würde, selbst bei Immobilien trotz des Art. 3 des Code civ., dass überhaupt unzählige Conflicte entstehen müssten, wie namentlich im Verhältniss fremder Erben zu den einheimischen (die lex successionis kann doch nur eine und dieselbe sein!), aber auch im Verhältnisse von Angehörigen verschiedener fremder Staaten und selbst desselben auswärtigen Staats. Soll einer der Fremden darum zurückstehen, der andere **gewinnen**, weil er Fremder ist?

§. 15.

3) Wäre auch die Absicht des Code oder des belgischen Gesetzes noch einem Zweifel unterworfen, so würde dieser gehoben durch die Verträge, welche zwischen Württemberg einer- und Frankreich und Belgien andererseits abgeschlossen sind.

Schon in einem Vertrage zwischen Württemberg und Frankreich vom 14. April 1778[1] wurde auf das jus albinagii von Seite Frankreichs und auf das jus retorsionis von Seite Württembergs verzichtet (nur vi retorsionis ward nämlich das droit d'aubaine von der württembergischen Regierung gegen französische Unterthanen ausgeübt) unter gegenseitiger Verwahrung:

> dass diese allein zum Vorstand des wechselweisen Handels und Wandels abzweckende Aufhebung des Juris Albinagii der innern und polizeilichen Verfassung beider Staaten unnachtheilig sein solle.

Demzufolge sollten (Art. II.) die württembergischen Unterthanen, so sich in Frankreich entweder wirklich niedergelassen oder nur eine Zeit lang und in der Durchreise daselbst aufhalten, von nun an freie Macht und Gewalt haben, über ihr ganzes Vermögen zu disponiren und wenn sie herzogliche Unterthanen zu ihren Erben haben, so sollten diese, ob sie sich in Frankreich aufhalten oder nicht, zur Erbfolge ab intestato oder kraft Testaments zugelassen und an der freien Ausübung ihres Eigenthums nicht gehindert werden, auch hiezu keines Naturalisationsbriefs oder sonstiger königlicher Special-Concession bedürfen, wie denn ein Gleiches in den Staaten Sr. Herzoglichen Durchlaucht gegen die Unterthanen des Königs von Frankreich beobachtet werden solle. Bei eintretenden Erbfällen sollen (nach Art. III.) die Erben diesseits und jenseits, sowie deren Gewalthaber oder Curatores nach vorangegangener Legitimation befugt sein, die Erbschaft an sich zu ziehen; jedoch sollen die beiderseitigen Unterthanen dem besonderen Herkommen und der Ordnung eines jeden Landes gemäss sich verhalten, „massen alle dergleichen Personen in vorkommenden Erbschaftsfällen sowohl in favoralibus, was die jura und beneficia anbelangt, als in onerosis, so viel die Abgaben und Beschwerden betrifft, den natürlichen Unterthanen jeder Herrschaft wechselweise durchgängig gleichzuhalten sind."

Hier ist bereits die Reciprocität ausgesprochen, aber unter ausdrücklichem Vorbehalt der Anwendung der Landesgesetze auf die Erbschaftsfälle, auch von auswärtigen Personen, und mit der Bestimmung, dass die Fremden den natürlichen Unterthanen jeder Herrschaft gleichgehalten, dass sie in Bezug auf Rechte und Verbindlichkeiten nicht nachtheiliger behandelt werden.

Nichts Anderes, als jene allgemeine Reciprocität, beabsichtigte auch der Vertrag zwischen Belgien und Württemberg vom $\frac{\text{24. Oct.}}{\text{24. Nov.}}$ 1845. Beide Staaten hatten angemessen gefunden: de fixer les principes relativement à la faculté *réciproque* de succéder et d'acquérir à titres gratuits entre vifs, pour les sujets respectifs des deux Etats et relativement à l'exportation des biens de ces sujets.

Der Art. 1 lautet:

> Les sujets Wurttembergeois jouiront dans tout le territoire du royaume de Belgique du droit de recueillir et de transmettre les successions ab intestat ou testamentaires: à l'égal des sujets Belges[2] et sans être assujettis, à raison de leur qualité d'étrangers, à aucun prélevement ou impôt qui ne serait pas du par les nationaux. Réciproquement, les sujets Belges jouiront en Wurttemberg du droit de recueillir et de transmettre les successions ab intestat ou testamentaires à l'égal des sujets Wurttembergeois et sans être assujettis etc. (ut supra). La même réciprocité entre les sujets des deux pays existera pour les donations entre vifs.

---

[1] S. oben S. 19, Note 2.

[2] Martens, nouveau Recueil des traités tom. VIII. Göttingen 1851, pag. 573 gibt die Stelle unrichtig: *à l'egard des sujets belges.* Die nachfolgende Stelle: Reciproquement etc. fehlt bei ihm ganz.

Art. 2—3 handelt von dem droit de détraction, welches gegenseitig aufgehoben wird. Art. 4 bestimmt: La présente convention est applicable à toutes les successions à échoir à l'avenir et à toutes les translations de biens en général, dont l'exportation n'a pas encore été effectuée.[1]

Aehnlich lauten die Verträge Belgiens mit Nassau vom 16. September 1841, Hannover vom 15. Januar 1842 und Hessen vom 29. April 1846.[2]

In dem Vertrage zwischen den Königreichen Belgien und Sachsen vom 12. November 1841[3] wird im Art. 1 zunächst das jus detractus aufgehoben und dann fortgefahren: En conséquence les sujets de S. M. le Roi des Belges jouiront dans le Royaume de Saxe du droit de recueillir et de transmettre les successions ab intestat ou testamentaires, ainsi que de celui de les exporter, à l'égal des sujets saxons et sans être assujettis (& vice versa).

Genauer ist die Redaction des Vertrags zwischen Belgien und Oesterreich vom 9. Juli 1839:[4]

> Les sujets de S. M. Imp. et Roy. apost. sont admis à succéder en Belgique, soit ab intestat, soit par testament *conformément aux lois en vigeur en ce Royaume* et à l'égal des propres sujets, et réciproquement les sujets de S. M. Belge seront admis à succéder dans les mêmes droits que les sujets autrichiens et *conformément aux lois d'Autriche.*

Diese Redaction lässt, wie der Vertrag zwischen Württemberg und Frankreich von 1778 keinen Zweifel, dass nicht eine Uniformität der Gesetzgebung überhaupt, sondern blos eine Conformität der Fremdengesetzgebung beabsichtigt war; denn die österreichischen Unterthanen sollten ja das Recht haben in Belgien zu erben nach dem belgischen wie umgekehrt die belgischen in Oesterreich nach den österreichischen Gesetzen. Dass die andern Staatsverträge dasselbe beabsichtigten, darf trotz der Verschiedenheit der Fassung wohl angenommen werden.

Auch in den preussischen Rheinprovinzen, welche Belgien so nahe stehen, und wo der Code Napoléon gleichfalls in Uebung steht, ist es Grundsatz, dass Ausländer, welche in Staaten wohnen, wo die königlich preussischen Unterthanen ebenso wie die Einwohner jener Staaten zur Erbfolge zugelassen werden, reciprok zur Erbfolge nach den in Rheinpreussen bestehenden Gesetzen berechtigt sind. Dieser Grundsatz wird gestützt theils auf das allgemeine preussische Landrecht Thl. I, Tit. 12, §. 40, theils auf das bürgerliche Gesetzbuch (Code civil) Art. 11 und 726.[5]

---

[1] Obenstehender Vertrag wurde von Seiner Majestät dem Könige der Belgier laut Urkunde d.d. Brüssel 28. Dezember 1845 ratificirt und findet sich im Journal le Moniteur Belge Nr. 130 vom 10. Mai 1846 veröffentlicht. Von Seite Württembergs erfolgte die Bekanntmachung ganz im Allgemeinen am 26. März 1846 im Regierungsblatt von 1846, S. 174 und 175.

[2] Martens l. c. tom. IV. p. 600. III. p. 39. IX. p. 152.

[3] Martens II. p. 318.

[4] Martens Recueil des traités tom. XX. p. 948.

[5] Siehe die Erkenntnisse vom 18. Januar 1824 und 2. November 1825 im Archiv für das Civil- und Criminalrecht der königlich preussischen Rheinprovinzen Bd. VI. 1, 55. X., 2. 8.

C. Miteigenthum an Volksdorf und drei andern Gütern in Neuvorpommern.

§. 16.

Vom Standpunkte des heutigen gemeinen Rechts in Deutschland würde nicht blos die Mobiliarverlassenschaft in Frankreich, sondern auch der Grundbesitz in Belgien und preussisch Pommern zu der am Wohnsitze des Verstorbenen in Paris gebildeten Erbmasse zu ziehen sein. Auch Zachariä, Handbuch des französischen Civilrechts 5. Ausg., §. 31 bemerkt: nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen dürfte das Vermögen einer Person als solches nach denselben Gesetzen, wie der Stand und die Rechtsfähigkeit des Eigenthümers zu betrachten sein; denn das Vermögen als solches ist kein äusserer Gegenstand, die Güter, die einer Person gehören, bilden nur in Beziehung auf die Person des Eigenthümers ein Ganzes, das Vermögen dieser Person. Jedoch der französische Gerichtsgebrauch beschränkt, wie er selbst sagt, diesen Grundsatz auf das bewegliche Vermögen einer Person. Vor den Gerichten in Frankreich würde also die Vormundschaft mit einer auf das französische Recht gegründeten Erbschaftsklage hinsichtlich der pommern'schen Güter ohne Zweifel nicht durchdringen. Günstiger könnte sich die Sache gestalten vor den preussischen Gerichten, wenn später auf Grund des anerkannten Wohnsitzes des Erblassers in Paris auch die Theilung des Vermögens in Pommern gefordert würde.

Ich muss jedoch hierbei auf Zweierlei aufmerksam machen:

1) Es ist schon angedeutet worden (§. 13), dass das Partikularrecht der preussischen Provinz Vorpommern dem Anspruche der Mündel entgegen sei, während das allgemeine preussische Landrecht gleich dem französischen Recht derselben günstig ist. Bei Beurtheilung einzelner Streitfragen stehen aber die allgemeinen Gesetze den Provinzialgesetzen und diese den besondern Statuten nach (preuss. Landr. Einl. §. 21). Nur für den Fall, dass jemand einen doppelten Wohnsitz hat und das Mobiliarvermögen an einem dritten Orte sich befindet, ist bestimmt, dass alsdann die Gesetze desjenigen Orts Anwendung finden sollen, welche dem gemeinen Rechte der preussischen Staaten am nächsten kommen (das. §. 30). In Ansehung des unbeweglichen Vermögens gelten dagegen, ohne Rücksicht auf die Person des Eigenthümers, die Gesetze des Orts, wo sich dasselbe befindet (das. §. 32).

Indessen ist Streit darüber, ob die letztere Bestimmung auch auf die Erbfolge zu beziehen sei. Die meisten neueren Schriftsteller über preussisches Recht (citirt bei Bornemann preuss. Civilrecht 2. Ausg. 1. Bd. S. 54) nehmen an, dass die Erbschaft ein rechtliches Ganzes sei, welches von der Person des Erblassers getrennt sich nicht denken lasse, und nur da belegen sein könne, wo ihr Mittelpunkt, das forum hereditatis, d. h. das Domizil des Erblassers sei; in dieses Ganze seien auch die Immobilien, wo sie immer gelegen, eingeschlossen; also sei auch die Intestat-Succession in die Immobilien, als Bestandtheile der ganzen Erbschaft, nach den Gesetzen des Wohnsitzes zu beurtheilen.

Im Widerspruch mit dieser Ansicht, welche der heutigen Doctrin und Praxis in Deutschland entspricht, hat nun zwar Bornemann (a. a. O. S. 56) nachzuweisen gesucht, dass die Bestimmung des Landrechts, §. 32 der Einleitung, nicht blos über Immobilien als einzelne Sachen disponire, sondern auch dann zur Anwendung komme, wenn von den Immobilien als Bestandtheilen eines Vermögensbegriffs und von den hierauf gerichteten Rechten und Pflichten die Rede sei.

Für diese Ansicht hat sich Rintelen[1] erklärt. Bekämpft wurde dieselbe neuerdings von Savigny, System VIII, §. 378. Eine Entscheidung des geheimen Obertribunals zu Berlin vom 6. April 1839,[2] worauf sich Bornemann beruft, wird von Savigny (§. 378, Note m) auch wieder zu Gunsten seiner entgegengesetzten Ansicht gedeutet. Keinen Zweifel über die Ansicht des höchsten Gerichts in Preussen lassen jedoch spätere Entscheidungen des Obertribunals, namentlich vom 8. November 1844, worin die Thesis, dass auch die Erbfolge in den unbeweglichen Nachlass eines Erblassers nach dessen letztem Wohnsitz sich richtet, entschieden adoptirt wird.[3]

2) Alle neuern Schriftsteller, sowohl des gemeinen als des preussischen Rechts, sind darin einverstanden, dass wenn auch die Immobilien im Allgemeinen wie die Mobilien dem persönlichen Erbschaftsforum unterworfen sind, doch eine Ausnahme zu machen sei bei denjenigen Gütern, für welche eine besondere Erbfolge eingeführt ist, wie bei Lehen- und Stammgütern, welche ihr besonderes Forum haben und ihren eigenen Gesetzen unterliegen. Das preussische Obertribunal hat in der Entscheidung v. J. 1839 diess angewendet auf adelige Güter im Herzogthum Westphalen, bei welchen die Erblandesvereinigung von 1590 den Töchtern des Besitzers die Erbfolge versagte. Allein eine Anwendung auf den vorliegenden Fall möchte hieraus nicht zu machen sein. Zwar ist durch das Zeugniss der königlichen Regierung zu Stralsund, d.d. 13. December 1854, dargethan, dass die Besitzungen in Pommern, wenigstens mehrere derselben, in die Klasse der landtagsfähigen Rittergüter gehören und der Versterbene selbst als Miteigenthümer derselben zur neuvorpommern'schen Ritterschaft gezählt worden. (§. 3. b.) Damit ist aber noch nicht bewiesen, noch war dieser Beweis von dem Gegner, Freiherrn Leo v. Reischach, beabsichtigt, dass eine besondere Successionsordnung bei jenen Gütern eingeführt sei. Ist auch das Streben der Ritterschaft früher dahin gegangen, die Erhaltung des Stammes und Namens, des splendor familiae, durch Ausschluss der Töchter von der Succession, Einführung der Majoratsfolge beizutragen, so ist doch die Erbfolge bei den ritterschaftlichen Familien nicht in dem Maasse, wie bei den Familien des hohen Adels, von dem Einflusse des römischen Rechts freigeblieben, und was die Güter der Geschwister v. Mecklenburg in Neuvorpommern betrifft, so ist schon früher erwähnt worden, dass dieselben erst vor Kurzem durch weibliche Erbfolge an die Familie gekommen sind, und dass es nicht gelungen ist, den in Paris wohnenden Bruder zu einer Uebereinkunft in dem erstmaligen Successionsfalle zu bewegen. Eine besondere Successionsordnung scheint auch seither in der Familie nicht eingeführt zu sein. Ebensowenig ist durch Gesetzgebung oder Standesgebrauch in der Provinz Neuvorpommern die Nachfolge in den ritterschaftlichen Gütern eigens bestimmt. Nach dem von Herrn v. Reischach eingeholten Attest zweier Advokaten zu Stralsund, d.d. 19. December 1854 (s. oben §. 3. b.), hat vielmehr für die dortigen Gutsbesitzer das gemeine Recht, namentlich in Betreff der Intestaterbfolge, gesetzliche Geltung.

Somit würde, wie es scheint, vom Standpunkte des preussischen Rechts aus nichts entgegenstehen, das Miteigenthum des Versterbenen an den gedachten Gütern als Bestandtheil der Gesammtverlassenschaft zu betrachten und darauf ebenso, wie auf die jedenfalls belangreichere

---

[1] Jahrbücher für die preussische Gesetzgebung von Kamptz, Bd. XXX, S. 89 f.

[2] Ulrich und Sommer, neues Archiv Bd. VI, S. 504 ff.

[3] Präsident Bornemann selbst in einer neuern Schrift: Erörterungen im Gebiete des preuss. Rechts 1. Heft, Berlin 1855, S. 129 schlägt den Streit nieder mit der Bemerkung: „Die Praxis aller Gerichtshöfe hat sich dem Obertribunal angeschlossen, jeder fernere Streit muss daher als ein unfruchtbarer bezeichnet und zufolge der Entscheidung des Obertribunals die Regel aufgestellt werden: Die gesetzliche Erbfolge richtet sich in Bezug auf das bewegliche und unbewegliche Vermögen nach den Gesetzen, welche an dem letzten Wohnsitze des Erblassers gelten.“

Mobiliarverlassenschaft in Frankreich, das Gesetz des Wohnsitzes anzuwenden. Da nach der obigen Ausführung die Immobilien in Belgien gleichfalls nach dem Code civil sich richten, so wäre die Folge, dass nach einem und demselben Gesetze der ganze Nachlass vertheilt und hievon der unmündigen Anna v. Röder ein Achttheil zugeschieden würde.

D. Kompetenz.

§. 17.

Endlich entsteht die Frage: welches Gericht ist kompetent zur Entscheidung des Streits? Werden die französischen Gerichte, wenigstens in Betreff der Mobiliarerbschaft in Frankreich, sich für zuständig erklären oder sind die Gerichte in Deutschland: in Berlin, Pommern oder gar in Mecklenburg, anzugehen?

Bei der Zerstreutheit der Miterben in verschiedenen Staaten (Preussen, Schweden, Königreich Sachsen, Württemberg) und ebenso bei der verschiedenen Situation der Verlassenschaftsgegenstände würde ein gemeinsames Forum, das forum hereditatis zu Paris, grosse Erleichterungen für die Rechtsverfolgung darbieten. Kann aber ein Fremder Recht vor französischen Gerichten suchen in einem Streit mit Fremden, über die Erbschaft eines Fremden, blos weil dieser dort faktisch gewohnt und Vermögen hinterlassen hat?

Im Allgemeinen wird in Frankreich angenommen, dass die Gerichte nicht verpflichtet seien, Streitigkeiten zwischen Fremden zu schlichten. Die französischen Gesetze legen ihnen eine solche Verbindlichkeit nicht auf, und wenn es sich von Rechtsverhältnissen unter Fremden handelt, die im Auslande entstanden und nach ausländischen Gesetzen zu beurtheilen sind, so möchte es in der That auch nicht passend sein, wenn ein Gericht, dem eine Bekanntschaft mit diesen Gesetzen nicht zuzumuthen ist, blos desshalb, weil es der eine Theil für seine Zwecke gut findet, mit der Entscheidung sich befassen soll. Daher haben auch die französischen Gerichte persönliche Klagen zwischen Fremden, z. B. auf separation de corps, Schuldklagen nicht selten abgewiesen. Anders verhält es sich aber, wenn der Beklagte in Frankreich sein Domizil, oder, in Ermanglung eines Domizils, seinen thatsächlichen Wohnsitz hat; hier wird der allgemeine Grundsatz: actor sequitur forum rei (Code de Procedure art. 2. 59) auch auf ihn zur Anwendung gebracht.[1] Noch mehr ist der Gerichtsstand in Frankreich begründet, wenn es sich von einer dinglichen Klage handelt, deren Objekt in Frankreich gelegen ist.[2] In diese Kategorie muss auch die Erbschaftsklage (hereditatis petitio) gesetzt werden, welche auf die Anerkennung des Erbrechts, sei es bezüglich der Erbschaft im Ganzen oder eines Theils derselben, gerichtet ist.[3] Schon nach römischem Recht konnte die hereditatis petitio sowohl in foro domicilii des Erbschaftsbesitzers, als auch an dem Orte, wo die Erbschaft sich befand, angestellt werden; doch war auch hier Anwesenheit des Beklagten oder seines Stellvertreters nothwendig,[4] weil sonst eine litis contestatio gefehlt hätte;

[1] V. Hennequin, in der Revue de législation et de jurisprudence p. Wolowski, tome III. (Paris 1852) p. 94, 102. „La jurisprudence incline à donner les effets de l'autorisation légal au domicile de fait établi en France avec l'intention manifesté de s'y fixer." Hiefür werden verschiedene Urtheile angeführt.

[2] Code de Pr. art. 59.

[3] Dadurch ist nicht ausgeschlossen, dass mit der Erbschaftsklage zugleich persönliche Forderungen, z. B. auf Rechnungsablage, Ersatz für eingehobene Gelder, Schadensvergütung verbunden werden. fr. 25. §. 18. D. de heredit. petit. (V, 3).

[4] c. un Cod. ubi fideic. (III, 17). c. un Cod. ubi de her. agatur (III, 20).

während es daranf für die missio in bona nnd für die Kompetenz des Richters an sich nicht ankam. Nach heutigem Recht ist die Anwesenheit des Beklagten zur Wirksamkeit der Klage nicht erforderlich. Diese kann daher sowohl in foro rei sitae, d. h. da, wo die Erbschaft sich befindet, als auch am Wohnsitze des beklagten Erbschaftsbesitzers angestellt werden.[1]

Man muss indessen unterscheiden:

1) der allgemeine Gerichtsstand einer Erbschaft (forum hereditatis) namentlich der Mobiliarerbschaft ist da, wo der Erblasser zur Zeit seines Absterbens seinen Wohnsitz hatte. Diess anerkennt nicht hlos das dentsche Recht, namentlich die preussische allgemeine Gerichtsordnung,[2] die preussischen Jnrisdictionsverträge von 1839 his 1848, Art. 25,[3] sondern anch, was uns hier zunächst angeht, da die Frage über den Wohnsitz in einem Lande nach den dortigen Gesetzen zn heurtheilen ist,[4] das französische Recht. Die Theilnngsklage nnd alle Streitigkeiten, welche über dem Theilungsgeschäft sich ergeben, sind nach dem Code Nap. art. 822 bei dem Gerichte des Orts anzubringen, wo die Erbschaft eröffnet ist, und es kann nach dem früher Ansgeführten jetzt nicht mehr im Zwsifel stehen, dass hierunter der regelmässige Aufenthalts- nnd Geschäftssitz (Art. 102. 110) verstanden ist. Foelix, droit internat. nr. 134, will zwar hinsichtlich der Mobiliarverlassenschaft eines nicht domizilirten Ausländers die Kompetenz der französischen Trihunale nicht zngestehen; er versteht jedoch hier wie anderwärts (s. p. 68, I. edit. ad notam) unter Domizil nicht blos das domicile de droit (en vertu de l'autorisation du gonvernement), sondern anch das domicile de fait, par l'établissement du siége de ses affaires en France.[5]

In der That würde das Gesetz vom 14. Juli 1819, welches den Ausländern gleiches Erbrecbt wie den Franzosen in Bezng auf in Frankreich gelegene Erbschaften einräumt, seine Wirkung grossentheils verlieren, wenn in Bezng auf den Nachlass von Ausländern in Frankreich die französischen Gerichte keinen Schutz gewähren würden. Durch den oben §. 15 erwähnten Staatsvertrag zwischen Württemherg und Frankreich vom Jahr 1778 wnrde dieser Schntz den Württemhergern ausdrücklich zugesagt und die offizielle Fürsorge, welcbe die französischen Behörden his jetzt bei Theilnng des Nachlasses, wovon es sich handelt, an den Tag gelegt haben, lässt erwarten, dass dieselben nicht blos jede konservatorische Massregel zum Schutze der Ansprüche der minderjährigen Anna v. Röder gerne ertheilen, sondern anch im Streitfalle darüber, gemäss den französischen Gesetzen, erkennen werden. Auch ist die Einrede der Inkompetenz schon darum nicht zu erwarten, weil die Miterben den Wohnsitz des Verstorbenen zu Paris in dem Inventar anerkannt, die Thätigkeit der französischen Behörden sogar selbst nachgesucht, auch gegen die Opposition dee Vormunds bis daher keine Einwendung erhoben haben.[6]

---

[1] Glück, Erläuterung der Pand. Bd. VI, S. 329. Schmid, Handbuch des deutscben Civilprozesses Bd. 1, S. 83.

[2] Tit. II, §. 121. „Der Gerichtsstand einer Erbschaft als eines Inbegriffs von Sachen und Rechten ist da, wo der Erblasser, zur Zeit seines Ablebens, seinen ordentlichen persönlichen Gerichtsstand gehabt hat."

[3] Krug, Internationalrecht der Deutschen S. 43.

[4] S. die neuen preussischen Jurisdictionsverträge Art. 9.

[5] Vergl. Gand, l. c. Nr. 203, 538 seq., 564, das Urtheil von Riom vom 7. April 1835 (Onslow ca. Onslow) und die oben §. 11 angeführten gleichfalls auf Grund des Code gefällten Erkenntnisse von Koblenz und Mannheim.

[6] Erst später im December 1855 wurde die Opposition aber blos in speziellem Bezug auf die Auseinandersetzung der Gesellschaft Dubern zu beseitigen gesucht; die Einrede der Inkompetenz folgte den 6. Januar 1856 s. oben S. 11.

Dass das forum hereditatis so lange fortdanert, als die Erbschaft nicht unter den Erben erdnungsmässig getheilt, das Inventar nicht gesetzlich geschlessen, die Oppositien des angemeldeten Miterben nicht erledigt ist, liegt in der Natur der Sache.[1] Ebenso lange dauern auch die konservaterischen Massregeln in ihrer Wirksamkeit fert. Manche Bestimmungen des Code de Procedure, z. B. Art. 929, 942 seq., 945, 968 seq. haben eben zum Zweck, die Abwesenden und Minderjährigen in ihrem Rechte, das sie nicht selbst wahrnehmen können, zu schützen. Eine Privattheilung eder eine Entfernung von Verlassenschaftsgegenständen ohne Anterisatien des Präsidenten des Tribunals erster Instanz wäre, nachdem das Inventar in öffentlicher Ferm begennen und nur in dieser zugelassen war, ebense gesetzwidrig und rechtlich unwirksam, als eine Fortsetzung des Inventars in Abwesenheit des Vormundes nach der von diesem eingereichten Protestatien.

2) Der allgemeine Gerichtsstand der Erbschaft schliesst eine hesendere, auf bestimmte Objekte gerichtete Klage bei andern Gerichten nicht aus, namentlich in dem Falle nicht, wenn diese Objekte nicht zu der am Wehnorte des Erblassers eröffneten Erbschaft geschlagen, sondern einer besondern Theilung nach den Gesetzen der gelegenen Sache vorbehalten sind. Hier tritt alsdann der Gerichtsstand der gelegenen Sache (forum rei sitae) an die Stelle, welcher bei unbeweglichen Sachen keinem Anstande unterliegt, während bei beweglichen Erbschaftsstücken und Aktivforderungen auch hier die Vermuthung eintritt, als befänden sie sich am Wohnerte des Erblassers.[2]

3) Erbschaftsklagen am Wehnerte des Erhen werden in mehreren süddentschen Jurisdictionsverträgen, namentlich zwischen Württemberg und Bayern von 1821 (Reg.-Blatt S. 652) §. 15, Württemberg und Baden ven 1826, Art. 13 (Reg.-Blatt S. 17) ausgeschlessen. Es war hierbei ehne Zweifel nur beabsichtigt, Erbansprüche an eine noch nicht vertheilte Erbschaft (hereditas jacens) vor das allgemeine Erbschaftsforum zu verweisen, nicht aber eine Klage gegen den unrechtmässigen Besitzer einer Erbschaft oder gegen den Miterben, der sich zu viel angeeignet, am Wehnorte des Beklagten unter allen Umständen für unzulässig zu erklären. Die Vermundschaft würde daher auch nach jenen Verträgen, wenn sie überhaupt hier zur Anwendung kemmen könnten, nicht gehindert sein, gegen die Miterhin, Frau Baronin v. Reischach, ver dem Stadtgerichte in Stuttgart Klage zu erheben, sei es, dass sie die Portion der Mündel ganz oder theilweise in Besitz genommen hätte. Indessen ist es jedenfalls gerathen, vererst an dem Orte, wo die Erbschaft eröffnet ist, also bei dem Tribunal erster Instanz zu Paris, die Klage auf Anerkennung des Erbrechts durchzuführen. Sellte sodann bei der in Gegenwart des Vormunds vorzunehmenden Anseinandersetzung der Erbschaft sich ein Zuvielempfang der Frau v. Reischach in Folge der anticipirten Theilung herausstellen und demnach eine Ersatzforderung der Mündel begründet sein, se wird es keinen Anstand haben, diese annech am Wehnerte der Miterbin geltend zu machen.

---

[1] Code de proc. art. 59, nr. 1 „sur les demandes entre héritiers, jusqu'au partage inclusivement". Vergl. preuss. allgem. Gerichtsordnung Tit. II, §. 125. „Ansprüche wegen eines Erbrechts können in dem Gerichtsstande der Erbschaft so lange angebracht werden, als daselbst noch ein Theil des Nachlasses, an welchen der Kläger sich halten kann, verhanden ist."

[2] Jurisdictionsverträge der deutschen Staaten bei Krug, Internationalrecht der Deutschen S. 42.

E. Schlussantrag.

§. 28.

Alles wohl erwogen, bin ich der Ansicht,

1) dass Fränlein Anna v. Röder vollkommen berechtigt ist, auf Grund des französischen Rechts (Code civ. art. 742. Gesetz vom 14. Juli 1819, Art. 1.) an der Erbschaft ihres Grossoheims, des in Paris verstorbenen Karl Friedrich v. Mecklenburg, zu ein Achttheil als Intestaterbin theilzunehmen;

2) dass genannte Mündel nicht minder berechtigt ist, sowohl auf Grund des Code civil art. 3, als auch des belgischen Gesetzes vom 20. Mai 1837, ferner des Staatsvertrags zwischen Belgien und Württemberg vom $\frac{\text{24 Oktober}}{\text{24. November}}$ 1845 ein Achttheil an dem in dem Königreich Belgien gelegenen Grundeigenthum des Erblassers in Anspruch zu nehmen;

3) Anders wäre die Frage hinsichtlich des von dem Verstorbenen hinterlassenen Miteigenthums an mehreren in der preussischen Provinz Neuvorpommern gelegenen Gütern in dem Falle zu beantworten, wenn die Erbfolge in diesen Gütern nach dem von dem allgemeinen preussischen Landrecht Thl. II, Tit. 3, §. 37 abweichenden Partikularrecht jener Provinz zu beurtheilen sein sollte. Da indessen eine Singularsuccession in diesen Gütern weder durch Gesetz, noch durch Familienstatuten begründet ist, so wird auch in dieser Beziehung, wie nach gemeinem deutschen und preussischen Recht, das Gesetz des Wohnorts, also das französische Recht entscheiden müssen.

Stuttgart, den $\frac{\text{22 Juli}}{\text{10. Sept.}}$ 1855.

D. Reyscher.

Beitritts-Erklärungen

des Herrn D. Bolten in Mecklenburg und des Herrn Professors und Ordinarius der Juristen-Fakultät D. Heffter in Berlin.

I.

Nach sorgfältiger Prüfung des vorstehenden Gutachtens erkläre ich mich mit dem Inhalte dahin, dass die Erbfolge in das Mobiliarvermögen des zu Paris am 20. Juli 1854 verstorbenen Karl Friedrich v. Mecklenburg nur nach dem französischen Rechte beurtheilt werden kann, vollständig einverstanden. Denn es ist sowohl nach dem römischen Rechte, welches in Mecklenburg gilt, wie nach dem preussischen und französischen Rechte anerkannter Rechtssatz, dass auf eine Verlassenschaft die Gesetze des Ortes anzuwenden sind, wo der Erblasser zur Zeit seines Todes sein Domizil gehabt hat; eine Regel, welche nur insoferne eine Ausnahme leidet, als nach den Gesetzen mancher Staaten für das unbewegliche Gut stets die statuta realia normiren.

Dass aber der Erblasser sein Domizil zu Paris gehabt, ist ein unbestreitbares Factum, denn dort hat er seit 1818 sich wesentlich aufgehalten, hat dort eine selbstständige Wohnung gehabt, dort Geschäfte betrieben und dort sein ganzes Vermögen, soweit dieses nicht in auswärts belegenen Immobilien besteht, erworben und verwaltet, so dass sich dasselbe bei seinem Tode auch ausschliesslich dort befunden hat. Unter diesen Umständen kann auch nichts darauf ankommen, dass es im Code Napoléon art. 13 heisst, dass der Fremde, dem der Kaiser erlaubt hat, seinen Wohnsitz in Frankreich aufzuschlagen, so lange er daselbst wohnen bleibt, alle Civilrechte geniessen soll. Denn da der Erblasser in Paris über 30 Jahre sich aufgehalten und dort eine selbstständige Wohnung gehabt, auch Geschäfte mit der Staatsbehörde, z. B. als Präsident der Eisenbahn von Montpellier nach Cette abgeschlossen hat, so wäre anzunehmen, wenn ein Domizil in Frankreich nicht anders als mit kaiserlicher Erlaubniss zu erwerben sein sollte (was doch kaum wird angenommen werden können, conf. art. 7 des Code Napoléon), dass diese Erlaubniss stillschweigend und faktisch gegeben sei. Bei uns in Mecklenburg findet etwas ganz Aehnliches statt. Hier ist die obrigkeitliche Erlaubniss zur Erwerbung eines Domizils erforderlich, welche auch einem Fremden ertheilt werden kann. Wenn aber Jemand an demselben Orte zwei Jahre lang eine selbsständige Wohnung gehabt (einen „eigenen Herd") oder ein eigenes Gewerbe betrieben hat, so ist er dort domilizirt, weil angenommen wird, dass die Obrigkeit stillschweigend eingewilligt habe. Ein Franzose also, der in einem Orte Mecklenburgs zwei Jahre lang eine selbstständige Wohnung gehabt hätte, würde in diesem Orte domizilirt sein, wenn er auch keine ausdrückliche Erlaubniss der Obrigkeit, sein Domizil dort zu nehmen, erbeten und erhalten hätte.

Er würde aber demungeachtet Franzose bleiben, denn in den mecklenburgischen Unterthanenverband würde er nur durch einen Akt des Staatsoberhaupts aufgenommen werden können.

Den von dem Herrn Doktor Advokaten Reyscher aufgestellten Gründen für seine Behauptung, dass das Freifräulein Anna v. Röder zur Intestatsuccession auf ein Achttheil in den Nachlass des weiland Karl Friedrich v. Mecklenburg zugelassen werden müsse, möchte ich noch eine neue Erwägung hinzufügen. Soweit mir nämlich die faktischen Verhältnisse vorliegen, muss ich annehmen, dass der verstorbene Karl Friedrich v. Mecklenburg bei seinen Lebzeiten aufgehört hat, die Eigenschaft eines mecklenburgischen Unterthans zu haben. Dass nämlich nach mecklenburgischem Rechte ein Mecklenburger dadurch, dass er sein Geburtsland in der Absicht, auszuwandern, bleibend verlässt, auch ohne Entlassung aus dem Staatsverbande sein Staatsbürgerrecht verliert, unterliegt keinem Zweifel, und ist immer in Mecklenburg Rechtens gewesen. Die neuere Gesetzgebung hat dieses auch ausdrücklich anerkannt, indem es in der Verordnung vom 1. Juni 1853, betreffend den Erwerb und Verlust eines mecklenburgischen Unterthans, heisst:

§. 7.

„Die Eigenschaft eines mecklenburgischen Unterthans hört auf

— — — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — —

4) durch Auswanderung (§. 9).

§. 9.

Als Auswanderung ist zu betrachten

1) wenn ein Unterthan ohne Erlaubniss unsere Lande verlässt, und nicht binnen 10 Jahren zurückkehrt."

2) — — — — — — — — — — — —

Wenn nun der Verstorbene Karl Friedrich v. Mecklenburg vor langen Jahren sein Geburtsland verlassen hat, ohne irgend Vermögen dort zu hinterlassen, wenn derselbe sogar in fremden Staatsdienst eingetreten ist und nach Verlassung desselben sein Domizil in Berlin, demnächst aber in Paris bis an sein Lebensende genommen, und auch nach offiziellen Dokumenten „Berlin comme son domicile de droit" bezeichnet hat, so möchte wohl unzweifelhaft die faktische Auswanderung verbunden mit der Absicht, die Eigenschaft eines mecklenburgischen Unterthans aufzugeben, vorliegen. Der Umstand, dass der Erblasser mitunter seinen Reisepass von dem mecklenburgischen Ministerresidenten genommen hat, kann für sich allein hiewider wohl nicht entscheiden. Denn an sich kann man einen Pass nehmen, von welcher Behörde man will, wenn diese nur geneigt ist, solchen zu geben, und der Erblasser hat auch wiederholt seinen Pass von der preussischen Gesandtschaft erbeten, und in Wirklichkeit von derselben bekommen.

Hat nun der verstorbene Karl Friedrich v. Mecklenburg aufgehört ein Mecklenburger zu sein, so ist es ziemlich gleichgiltig, ob das preussische oder französische Recht zur Anwendung kommt. Denn da der Erblasser in Pommern nicht domizilirt gewesen ist, so würde im ersteren Falle doch das preussische Landrecht gelten müssen, und dieses beruft das Freifräulein v. Röder ebenso wie das französische Recht zur Miterbfolge in den Nachlass des Erblassers.

Die Hauptsache freilich bleibt, dass nach meiner entschiedenen Ansicht nur das französische Recht, wie im vorstehenden Gutachten des Herrn Dr. Advokaten Reyscher näher ausgeführt ist,

auf den vorliegenden Erbfall zur Anwendung kommen kann, soweit nicht etwa nach den Gesetzen der Staaten, wo die Immobilia belegen sind, hinsichtlich der Letzteren die statuta realia entgegenstehen.

Rostock, den 24. September 1855.

A. Bolten,
Dr. juris und Advokat, Syndikus der mecklenburgischen Eisenbahn und Rechtsconsulent der Rostocker Bank.

II.

Dem voranstehenden Gutachten des Herrn Dr. Reyscher, „betreffend die Ansprüche des Freifräuleins Anna v. Röder auf die Erbschaft ihres Grossoheims Karl Friedrich v. Mecklenburg in Paris,“ tritt auch der Unterzeichnete in allen Stücken bei. Er hält im Besondern für unbestreitbar:

1) Der Erblasser hatte ein wahres Domizil, d. h. eine häusliche Einrichtung mit der Absicht eines dauernden Verbleibens, zur Zeit seines Todes und schon lange zuvor, lediglich und allein in Paris. Das väterliche Domizil im Mecklenburgischen und den damit verbundenen Rechtsstand hatte er durch Uebersiedlung nach Preussen, das preussische Domizil aber wiederum mit dem Aufgeben seiner Wohnung in Berlin und mit der Aufschlagung eines reellen Wohnsitzes in Paris verloren.

2) Das deutsche Recht aller Länder und Stämme, welche hier irgend in Betracht kommen, kennt keine andere Universaldelation bei Verlassenschaften, als nach den Gesetzen des letzten Domizils, ohne dabei zwischen einem blos thatsächlichen oder rechtlichen Wohnsitz zu unterscheiden, wenn es nur ein wirkliches Domizil im obigen Sinne, kein blos vorübergehender Aufenthalt ist. Ein daneben noch mögliches politisches Domizil kommt nur bei öffentlichen Rechtsverhältnissen in Betracht und ist ohne Einfluss auf die Bestimmung des Ortes der Eröffnung einer Succession.

3) Ebenso wie die deutschen Rechte weiset das bürgerliche Gesetzbuch Napoleons Art. 110 auf die Gesetze des letzten Domizils. Angenommen nun, der Code verstünde darunter nur das Domizil eines Franzosen oder eines dazu ausdrücklich autorisirten Fremden: so wäre der Nachlass eines nicht in dieser Art domizilirten Ausländers, bei dem auch kein anderes Domizil oder Heimathsrecht ersichtlich ist, eine rechtlose Sache, was gewiss nicht mit dem Territorialprinzip der heutigen Gesetzgebungen, namentlich des Napoleonischen Code, am Wenigsten seit Aufhebung des droit d'Aubaine, vereinbar ist. Dann aber liegt die rechtliche Nothwendigkeit vor, dem Art. 110 auch bei dem domicile de fait eines solchen Ausländers Raum zu geben, mithin im vorliegenden Falle die Succession nach dem Intestatrecht des Code zu regeln.

Berlin, am 30. September 1855.

Der Ordinarius der Juristen-Fakultät

Prof. Dr. August Wilhelm Heffter,
zugleich königl. preuss. geh. Obertribunalrath.

III.

Note à consulter et Consultation sur la succession mobilière de Mr. de Mecklembourg.

Faits.

Mr. Frédéric de Mecklembourg est né en 1784 dans le Gd. Duché de Mecklembourg.

Jeune encore, il quitta son pays pour le Royaume de Prusse, et il servit dans l'armée prussienne comme officier.

Retiré du service, il se fixa à Berlin et vint ensuite s'établir à Paris en 1818.

Pendant quelques années, il parait avoir conservé à Berlin un domicile, mais à partir de 1830 il ne fut domicilié qu'à Paris.

C'est à Paris que Mr. de Mecklembourg, appartenant à une famille nombreuse et peu fortunée, a pu utiliser la remarquable intelligence dont il était doué, et que, se mêlant à toutes les grandes affaires industrielles fondées en France depuis les 15 dernières années il est parvenu à se créer une fortune considérable.

On ne trouve pas à la chancellerie de trace de sa naturalisation comme Français mais s'il n'a pas eu cette qualité *de droit*, il l'a eue *en fait.*

Il a conservé à Paris rue Lafitte nr. 2 pendant de longues années son principal établissement, le centre de ses affaires, le siège de sa fortune, son domicile en un mot, et son *seul domicile.*

Dans le Mecklembourg sa patrie d'origine, il n'a jamais eu même une simple résidence.

Avant 1818 il demeure en Prusse, attaché aux armées de ce pays.

Mais en 1818 il quitte la Prusse, vient se fixer à Paris, et à partir de 1830 il ne quitte plus Paris jusqu'à sa mort.

En 1827 il perd un frère à Paris, il achète un terrain pour sa sépulture au cimetière du père Lachaise, dans lequel il sera inhumé lui-même 17 ans après.

Lors de la fondation des chemins de fer français, il prend une large part d'intérêt dans les compagnies; il accepte les fonctions d'Administrateur; il était président du Conseil d'Administration du chemin de fer de Montpellier à Cette.

Il participe à la fondation de la société linière de Pont Rémy et fut président du Conseil d'administration de cette compagnie.

Il fait avec le Duc de Galiera une société civile pour l'acquisition du domaine de Bonne-Fontaine (haut Rhin) de la valeur de plusieurs millions. Dans l'acte de société, dans les procès qu'il soutient contre son associé, dans la vente judiciaire de partie de ce domaine, dans la surenchère faite par lui, il indique invariablement son domicile à Paris rue Lafitte nr. 2.

L'inventaire commencé après son décès constate au surplus qu'à Paris était son véritable et son seul domicile. Ce fait est reconnu par toutes les personnes qui y ont pris part: aucune protestation contraire ne s'est élevée.

La succession parait devoir se composer en France de valeurs industrielles, actions, créances pour une somme de plusieurs millions. En Belgique d'un charbonnage près Mons et d'une forêt près Charleroy. En Poméranie (Prusse) de quelques terres de famille.

L'inventaire français a été commencé à la requête du frère, de la soeur et de neveux du défunt à l'exclusion de la minenre Baronne de Roeder, sa petite nièce, par application de la loi Mecklembourgeoise, qui limite la représentation en ligne collatérale aux fils des frères et soeurs seulement, et en refuse le bénéfice aux petits neveux.

Question.

Par quelle législation doit être régie la succession mobilière de Mr de Mecklembourg:
Par celle de son pays d'origine le Mecklembourg?
Par celle de la Prusse?
Ou par la loi Française?

Consultation.

L'avocat à la cour impériale de Paris soussigné,
Vu la note à consulter qui précede est d'avis,
sur la question posée,

Est d'avis que la succession mobilière de Mr. de Mecklembourg est uniquement et exclusivement régie par la loi Française.

Pour justifier cette proposition il est nécessaire de bien déterminer la situation légale qu'avait en France Mr de Mecklembourg au moment de son décès, et de dégager un point qui ressort très nettement des faits exposés ci-dessus, à savoir que Mr. de Mecklembourg était *domicilié* en France.

La loi romaine donnait en termes énergiques cette définition du domicile: *ubi quis larem, rerumque ac fortunarum suarum summam constituit; unde non sit discessurus si nihil avocet; unde cum profectus est, peregrinari videtur, quod si rediit peregrinari jam destitit* (cod. L. 7 de incolis).

L'article 102 du Code Napoléon a résumé toutes ces circonstances dans une seule, en fixant le domicile de tout français *au lieu où il a son principal établissement.*

Il n'est pas douteux que Mr de Mecklembourg n'eut à Paris son principal établissement.

Il pouvait être propriétaire d'immeubles en Belgique ou en Prusse, mais sa demeure effective et permanente, le siège et le centre de ses affaires était à Paris; c'est là le lien qu'il ne pouvait quitter sans qu'on dit qu'il s'était absenté, et où il revenait, sans qu'on dit qu'il était de retour, ainsi que le voulait la loi romaine.

C'est là d'ailleurs qu'il indiquait lui-même son domicile dans les transactions industrielles comme dans les contestations judiciaires qui ont occupé ses dernières années.

Mr. de Mecklembourg se trouvait donc dans les conditions constitutives d'une domicile en France soit d'après le droit commun, soit d'après la loi française elle même.

Mais pouvait il acquérir ce domicile sans l'autorisation du Roi, dont parle l'article 13 du Code Napoléon?

Ce serait faire une interprétation, étroite et judaïque de cet article 13 que d'en inférer qu'un étranger ne peut être reputé domicilié en France s'il n'a pas demandé et obtenu l'autorisation expresse et spéciale du Gouvernement.

Qu'il ne soit pas domicilié en ce sens que le gouvernement peut toujours, et d'un moment à l'autre lui enjoindre de sortir du territoire français, c'est ce que personne ne conteste.

Mais qu'il ne puisse pas l'être en ce sens que tant que le Gouvernement ne le trouble pas dans sa résidence sur le territoire français, cette résidence, la seule qu'il ait de fait et d'intention, lui donne un domicile proprement dit et le rend par conséquent justiciable des Tribunaux français; c'est là une opinion qu'il est impossible d'admettre et que repoussent la doctrine et la jurisprudence. (Merlin Rep. V° Domicile §. 13. — Proudhon des *personnes* T. 1[er] p. 89. — Foelix Tr. de *droit international* p. 68 ad notam. — Arrêts de la cour de cassation du 8 thermidor an 11. 30 Novembre 1814, 24 Avril 1827, 26 Avril 1832. Paris 15 Mars 1831. — Riom 7 Avril 1835.)

L'autorisation du gouvernement, qui est nécessaire pour conférer à l'Étranger la pleine jouissance des droits civils (article 13 Code Nap.) ne l'est pas pour lui assurer la jouissance de ceux des droits civils qui prennent leur racine dans le droit des gens; et de même que l'étranger peut sans cette autorisation acquérir, vendre, s'obliger, contracter mariage en France, de même il peut y établir son domicile sous la seule condition de rester soumis aux lois de police et de sureté (art. 3).

Telle est la doctrine formulée dans les arrêts qu'on vient de citer, et plus spécialement dans l'arrêt de la cour de Riom du 7 Avril 1835 dont voici les termes:

„Attendu que l'art. 13 du code civil par lequel un étranger, qui a été admis par ordonnance „du Roi à établir son domicile en France y jouit de tous les droits civils, ne dit pas que l'étranger „qui n'aura pas obtenu cette autorisation ne pourra pas acquérir de domicile en France; attendu „que cet article, qui se trouve sous la rubrique des droits civils, n'a pas eu pour objet de déter- „miner les conditions que devait remplir un étranger pour acquérir un domicile en France."

„Attendu qu'il a été reconnu par la jurisprudence que l'étranger qui avait fixé son habitation réelle en France, et qui avait eu l'intention de s'y fixer, même sans autorisation du gouvernement, n'en avait pas moins un domicile légal en France, et n'en pouvait pas moins être traduit devant les Tribunaux français dont il était devenu justiciable par le fait de son domicile etc.?"

Au surplus l'autorisation du gouvernement sans être expresse peut résulter tacitement ou implicitement, mais d'une manière suffisante, de faits ou d'actes qui ne laissent aucun doute sur la volonté du pouvoir exécutif de permettre à l'étranger de fixer son domicile en France.

C'est ainsi qu'il a été jugé qu'un étranger qui a formé en France un établissement industriel qu'il a exploité publiquement pendant plusieurs années sous les yeux et avec la protection du Gouvernement français a eu l'autorisation au moins tacite de ce gouvernement, et s'est fait en France un domicile réel et légal. Paris 11 Juin 1825.

Et encore, que l'étranger nommé à des fonctions qui impliquent la nécessité de sa présence en France au lieu où il doit les exercer doit y être réputé légalement domicilié, bien qu'il n'ait demandé ni obtenu l'autorisation du Gouvernement. Paris 11 Octobre 1827.

Ne doit on pas appliquer cette jurisprudence à M[r] de Mecklembourg en présence de son séjour si prolongé, si permanent, si définitif sur le territoire français, du rôle important et public qu'il a joué dans le pays, de sa participation à de grandes entreprises industrielles, et à la fondation de plusieurs lignes de chemin de fer, enfin de sa nomination à la présidence du conseil d'administration de deux grandes sociétés anonymes, fonctions qui le mettaient en relations constantes soit avec le public soit avec les agents du gouvernement soit avec le gouvernement lui-même?

Il faut donc tenir pour certain qu'au moment de son décès Mr de Mecklembourg avait la situation d'un étranger légalement domicilié en France.

Ce premier point ainsi établi, voyons par quelle législation sa succession mobilière doit être régie.

„La loi des meubles, dit Merlin, c'est le domicile“ (Rep. V° Loi T. 16, p. 691).

Les meubles sont en effet, par une fiction généralement admise, attachés à la personne même, il sont censés être là où elle est, ils la suivent partout où elle établit son domicile: *mobilia sequuntur personam*, disent les docteurs; et plus énergiquement encore, *mobilia ossibus personae inhaerent.*

Boullenois (Tr. des statuts T. 1, p. 338) donne pour raison de cette maxime, qu'ordinairement les meubles *in unum familiae comparata sunt;* et il fait remarquer qu'elle est adoptée par tous les auteurs qui l'ont précédé.

La conséquence nécessaire de ce principe est que les meubles qui dépendent d'une succession sont régis par la loi du domicile du défunt, c'est à dire par la loi du lieu où s'ouvre cette succession.

Cette proposition était incontestable sous l'ancien droit, et dans la diversité des coutumes qui formaient le droit privé de la France, les meubles étaient régis par la coutume du domicile exclusivement à tout autre (v. Dumoulin sur *Orléans* art. 24, *Senlis* art. 140, *Montreuil* art. 9, *Auvergne* art. 41, D'Argentré, *Bretagne* art. 218, Bouhier *Bourgogne* chap. 25, Chopin *Anjou* art. 309, Duport quest. de droit T. 6, quest. 852, p. 291, Rodenburg et Boullenois l. c. etc.).

Et ce n'était pas seulement aux biens meubles des regnicoles, mais à ceux possédés en France par des étrangers ou aubains que s'appliquait la règle du domicile.

Brodeau sur Louet (T. 1, p. 61) rapporte un arrêt du parlement de Bretagne du 26 Mars 1620 qui avait jugé en confirmant la sentence des presidiaux de Rennes que les *aubains* et *étrangers* mariés et *demeurant* en France peuvent se donner mutuellement leurs *meubles* et acquêts *suivant la coutume de ce pays.*

Spécialement en matière de succession mobilière, Poullain du Parc (T. 2, p. 24) rapporte qu'il existait une distinction intéressante sur les droits des héritiers de l'aubain: „S'il n'avait „point de domicile en France, dit cet auteur, sa succession doit être réglée par la loi du pays „étranger où il avait son domicile; mais si *l'aubain avait acquis un domicile en France*, comme il „est évident qu'il peut en acquérir, la *succession* pour les biens exempts du droit d'aubaine se réglera par la loi de ce domicile.“

La législation moderne n'a fait que confirmer en les précisant, les règles de droit et de procédure qui régissaient autrefois les successions.

L'art. 110 du Code Nap. dispose que le lieu où la succession s'ouvrira sera déterminé par le domicile et l'art. 59 du Code de procédure civile, que toutes instances, en matière de succession, seront portées devant le Tribunal du lieu où la succession s'est ouverte.

Si l'on rapproche de ces deux textes l'art. 1 de la loi du 14 Juillet 1819 on aura sous les yeux l'ensemble des dispositions législatives qu'il s'agit d'appliquer à la succession de l'étranger domicilié en France.

„Les étrangers, dit cet article, auront le droit de succéder, de disposer et de recevoir de la „*même manière* que les Français, dans toute l'étendue du Royaume.“

Veut on bien pénétrer le sens et mesurer la portée de cette dernière loi? il faut se reporter au commentaire qu'en ont donné ses meilleurs interprètes, à savoir ceux là même qui l'ont rédigée.

Dans son exposé des motifs à la chambre des pairs le 4 Mai 1819 M. le ministre de la justice après avoir parlé de la diversité des anciennes coutumes françaises s'exprimait ainsi:

„Nous n'avons plus en France qu'une manière uniforme de disposer et de succéder. Les étrangers s'y conformeront. Lorsqu'on les assimile aux Français quant au droit de succéder, de disposer et de recevoir *on ne peut pas entendre qu'ils useront de ce droit autrement que les français.*"

„Les testateurs étrangers ne pourront donc donner sur leurs biens en France que la portion disponible. Leurs héritiers étrangers n'y *pourront recueillir* soit par testament soit par donation, soit par *ab intestat* que *conformément à nos lois*, sauf à se règler d'après celles de leurs pays sur la patrie de successions qui serait située hors du Royaume."

Il résulte clairement de ces explications que le législateur de 1819 a entendu que les successions des étrangers domiciliés en France fûssent assimilés pour la forme, comme pour le fonds, pour la compétence des juridictions, comme pour les règles des partages, aux successions des Français eux-mêmes qui seraient échues à des français.

Il faut donc faire à ces successions l'application des art. 110 du Code Nap. et 59 du code de procédure et admettre par conséquent

que la succession de l'étranger s'ouvre comme celle du Français, au lieu de son Domicile en France;

que les instances relatives à cette succession doivent être portées devant les juges du domicile du défunt;

qu'enfin ses héritiers étrangers lui succèdent et que leurs droits doivent être fixés conformément aux lois successorales de la France.

Mais la succession de l'étranger en France peut comprendre des meubles et des immeubles. La loi française régira-t'elle également les uns et les autres?

A l'égard des immeubles, l'Art 3 du code Nap. ne laisse aucun doute sur la necessité d'appliquer la loi française exclusivement a toute autre, alors même que l'étranger aurait été domicilié et serait mort à l'étranger. Des considérations d'independance et d'intérêt national ont inspiré au législateur français cette intolérance jalouse, mais légitime, à l'encontre de toute autorité et de toute juridiction étrangère, lorsqu'il s'agit de la transmission d'un immeuble c'est-à dire d'une portion du territoire même du pays.

A l'égard des meubles il faut distinguer; si l'étranger était domicilié à l'étranger, certaines dispositions de la loi française seraient encore applicables, par exemple celles qui auraient pour objet de protéger les droits des tiers sur les meubles dont il s'agit, mais ce serait la loi du domicile qui réglerait seule la transmission des *meubles ab intestat*. (Voir cependant infra p. 57 l'opinion émise par quelques auteurs qui même dans ce cas attribuent juridiction aux tribunaux français et pensent que la loi française serait seule applicable.)

Si au contraire l'étranger était domicilié en France, il n'y a plus un doute possible. A l'égard des tiers comme à l'égard des héritiers, c'est la loi française qui gouverne les meubles dépendant de la succession. En choisissant ce domicile l'étranger soumettait à ses lois dans le présent et dans l'avenir sa fortune mobilière aussi bien que ses immeubles. C'est ce qu'exprime M. Merlin (Rep. l. cit.) lorsqu'après avoir complétement traité le sujet même qui nous occupe il conclut en ces termes:

„Disons donc que l'étranger, qui sans la permission du gouvernement établit son domicile en France, se soumet par cela seul à la juridiction des tribunaux français comme il acquiert par cela seul le droit de se marier dans le lieu qu'il choisit pour sa résidence habituelle, *comme il détermine par cela seul la compétence du juge qui après son décès devra connaître de la succession qu'il laisse en France.*"

La nomenclature des auteurs et des arrêts qui ont adopté cette doctrine serait trop longue; qu'il nous suffise de citer M. Duranton T. 1, p. 90. Chabot sur l'art. 726. T. 1, p. 92. — Merlin Rep. l. c. & V° Loi §§. 6 & 3 — et les arrêts de cass. 7. Nov. 1826. Riom 7 Avril 1835. Paris 1 Fevr. 1836. Grenoble 25 Août 1848. Paris 25 Mai 1852.

Ici encore l'on nous permettra de transcrire quelques passages de l'arrêt précité de la cour de Riom, arrêt qui n'est pas seulement motivé avec le plus grand soin, mais qui surtout s'applique complètement à l'espèce qui nous occupe, car M[r] Onslow était décédé en France dans les mêmes conditions d'extranéité et de domicile que M[r] de Mecklembourg.

„Attendu que l'étranger, par le fait seul de sa résidence, se soumet aux lois du pays qu'il vient habiter, et qu'il est libre à chaque État de déterminer les conditions auxquelles il admet un étranger à s'établir sur son territoire.“

„Attendu que ce serait méconnaitre le droit de souveraineté appartenant à chaque État, que de prétendre qu'un État ne puisse pas déférer à un étranger la qualité de régnicole sans le consentement où la volonté de celui auquel une pareille qualité est déférée.

„Attendu que c'est à l'étranger qui ne veut pas conserver les titres qui lui sont conférés à quitter le territoire sur lequel il est venu s'établir et que si au contraire il continue d'y demeurer, il est censé s'être soumis à la loi qui lui attribue de nouveaux droits en lui donnant une nouvelle qualité . . . . . .

„Attendu que si l'étranger domicilié en France peut être cité pour action personnelle devant un tribunal français, *on ne voit pas de raison pour que la succession mobilière de l'étranger domicilié en France ne soit pas régie par la loi française puisqu'il est de principe que le mobilier d'une succession est régie par la loi du domicile.*“

En appliquant les principes ainsi consacrés par la jurisprudence à la succession M[r] de Mecklembourg, il est impossible de ne pas décider; que cette succession s'est ouverte en France, où le *de cujus* était domicilié, et qu'elle est régie par la loi française, à l'exclusion de la loi prussienne, sous l'empire de la quelle M[r] de Mecklembourg n'a vécu que momentanément et à une époque déjà reculée, à l'exclusion aussi de la loi Mecklembourgeoise, à laquelle M[r] de Mecklembourg avait évidemment renoncé aussi bien qu'à son pays, pour venir vivre et mourir sous le régime et sous la protection de la loi française.

Cependant un arrêt de la Cour de Paris du 13 Mars 1850 parait avoir adopté une doctrine différente. L'importante autorité de cette cour nous oblige à dire quelques mots de sa décision.

D'abord il faut remarquer que la cour de Paris a constaté *en fait* que l'étranger dont la succession était en litige n'avait pas son domicile en France mais en Irlande.

En suite la cour a manifestement commis une erreur ou une confusion lorsqu'elle a jugé „que la fortune de cet étranger était toute mobilière, et *dès lors* régie par le statut *personnel* c'est à dire par la loi Anglaise, qui l'avait suivie sur le sol de la France, comme la loi française suit le Français en pays étranger et continue à y régir sa capacité et son état.“

Dire que des meubles c'est à dire *des choses* sont régies par le statut *personnel* c'est commettre un véritable contre-sens.

Le statut personnel régit exclusivement l'état et la capacité des individus (Rodenburg Ch. II. Boullenois T. 1, p. 339).

Mais leurs biens, meubles ou immeubles sont soumis au statut *réel*. — Et tous les jurisconsultes donnent précisément comme exemples des statuts réels ceux qui règlent les successions *ab intestat* tels que l'ancien adage: *Paterna paternis, materna maternis*, et dans le droit moderne,

les règles sur les rapports successifs, sur la représentation légale, sur les successions dévolues aux enfans naturels et sur les autres successions irrégulières.

C'est par application du statut réel à des successions *ab intestat* purement mobilières que les biens des étrangers décédés en France sont appréhendés par le domaine de l'État (art. 767 & 768 du Code Nap.) lorsqu'il ne se présente pas pour les réclamer ni descendants, ni ascendendant, ni collatéraux au dégré successible ni conjoint survivant, en un mot aucun individu que la loi française reconnaisse comme habile à succéder.

Le représentant diplomatique en France de la nation à laquelle appartenait l'etranger *de cujus* essaierait vainement de faire prévaloir le statut personnel qui n'aurait pas cessé de le régir. Le statut personnel est inapplicable parcequ'il ne s'agit pas d'une question qui intéresse l'état ou la capacité du défunt, mais de meubles, de valeurs, de *choses* qui sont soumises au statut réel, à la loi successorale française.

En conséquence, alors même qu'il y aurait des prétendants ayant droit à la succession d'après la loi de leur pays, s'ils ne sont pas parens au dégré successible d'après la loi française, le domaine de l'État, se saisit de l'actif héréditaire. C'est ce qu'ont jugé tres formellement deux arrêts l'un de la cour de Paris du 15. Nov. 1833, l'autre de la Cour de Cass. du 28. Juin 1852.

Ces décisions nous amènent naturellement à examiner à un autre point de vue la question qui fait l'objet du présent travail.

Nous avons vu qu'un grand nombre de jurisconsultes et d'arrêts déterminent uniquement d'après le domicile la loi qui régit la succession mobilière de l'etranger.

Quelques auteurs modernes (Marcadé T. 1, p. 55. — Gand, code des étrangers T. 1, p. 310. — Laplanche T. 2, p. 45. — Lagrange exam. crit. p. 32) frappés sans doute de l'accroissement inoui de la fortune publique mobilière et de la nécessité de donner aux valeurs qui la composent une assiette et une juridiction qui ne soit pas fictive, ont pensé que l'art. 3 du Code Nap. qui soumet à la loi française les immeubles possédés en France par des étrangers, devait être étendu aux valeurs mobilières existant *de fait* en France et dépendant même des successions ouvertes à l'étranger.

Dans leur opinion, ce n'est pas la loi du domicile mais la loi de la situation réelle des meubles qui doit les régir. Il est certain, en effet, que si les meubles sont sujets à déplacement, et comme disent certains auteurs, *ambulatoires* de leur nature, le domicile peut aussi changer et est lui-même ambulatoire.

C'est peut-être à cause de cette instabilité des meubles que l'art. 3 n'a statué que pour les immeubles, qui ont une assiette fixe et immuable. Mais puisque le domicile est instable comme les meubles pourquoi prendre plûtôt comme règle la loi du domicile que celle de la situation réelle ? A quoi sert une fiction, lorsqu'elle a les mêmes inconvénients que la réalité? lorsqu'elle en a même d'avantage.

Car ajoute Mr Marcadé (l. c.) comment le souverain du pays du domicile, de la France par exemple, fera-t-il respecter ses lois sur des meubles qui se trouvent hors des pays soumis à sa puissance, en Perse par exemple?... Est-ce que logiquement un législateur doit commander ce qu'il sait n'avoir pas le pouvoir de faire exécuter? Puisque la soumission des meubles à telle ou telle loi ne peut jamais être que précaire et instable, on doit reconnaître la soumission instable à la loi du pays où ils sont, plutôt que la soumission instable également à la loi du domicile. C'est avec le souverain du pays où ils se trouvent qu'ils sont *réellement* en rélation, c'est à sa puissance que *réellement* et *par le fait* ils sont soumis. On ne peut donc pas, à moins des régles formelles

posées à cet égard par les divers législateurs les déclarer soumis par *fiction*, à l'autorité d'un autre (Conf. Riom. 25 Mai 1813. Cass. 29 Août 1837)."

Il est à peine besoin de faire observer qu'en appliquant à la succession de M[r] de Mecklembourg cette théorie qui assujettirait toujours et dans tous les cas les meubles au statut réel du pays sur le territoire duquel ils se trouvent, ce serait encore la loi française qui seule régirait cette succession.

Or il faut bien le reconnaître, cette théorie qui met à l'écart toutes les fictions de droit pour s'en tenir à l'exacte réalité emprunte une nouvelle force de certaines considérations puisées dans la nature même des choses, et dans le caractère immobilier de toutes ces valeurs que l'imperfection du langage nous oblige à désigner sous le nom de *meubles* quoiqu'elles n'aient de meubles que le nom.

Il est difficile en effet d'appliquer indistinctement à tous les genres de biens meubles que l'industrie et les progrès de la richesse publique ont fait naître dans les tems modernes la présomption imaginée par les anciens docteurs, et qui n'est guères convenable qu'aux meubles meublants *qui in usum familiae comparata sunt*, ce qui fait regarder ces meubles comme légalement situés au lieu du domicile *à quo legem situmque accipiunt*.

Ces valeurs si diverses, dont le nombre et l'importance augmentent chaque jour ont une assiette effective et réelle en France, et sont souvent quoique mobilières en la forme, représentatives d'immeubles en réalité.

Que sont par exemple les titres industriels des grandes compagnies d'usines, de forges, de mines, de canaux, que sont les actions des chemins de fer, si non une quote part dans la propriété de tous les immeubles qui dépendent de ces sortes d'exploitations?

Doit on regarder de telles valeurs comme légalement situées au domicile de l'étranger et les laisser régir par la loi étrangère, lorsque, de fait elles se trouvent en France, et que cette situation réelle dans le pays aura été constatée par un acte authentique, tel qu'un inventaire, ou un procès verbal de scellés.

'N'y a t'il pas au contraire des raisons identiques, si non plus puissantes, pour faire reposer l'assiette légale de ces valeurs en France et pour les assujéttir au statut français?'

Ce que nous disons des valeurs industrielles ne peut on pas le dire aussi des fonds publics, des inscriptions de rentes sur l'état? De pareils titres n'ont ils pas immensément le caractère de nationalité et de propriété française?

N'est il pas du plus haut intérêt, comme de l'équité la plus exacte que ces valeurs, lorsque sourtout elles dépendent d'une succession ouverte en France et d'une fortune qui s'est formée à la faveur et par la libérale protection de la loi française, lorsqu'elles ont toujours été entre les mains de l'étranger décédé régies par cette loi, ne tombent point par le fait seul de son décès sous l'empire de la loi étrangère, mais soient attribuées et partagées conformement aux lois sous le régime desquelles elles ont été crées, acquises et possédées?

N'hésitons pas à répondre affirmativement. Et s'il est vrai de dire avec de savants auteurs (M. M. Valette sur Proudhon T. 1, p. 97. Demolombe T. 1, p. 92) que le silence de l'art. 3 du Code Nap. touchant les meubles permet aux tribunaux d'appliquer la loi française toutes les fois qu'un intérêt national paraîtra le demander, reconnaissons que cet intérêt existe au plus haut dégré dans l'espèce, et que la succession *ab intestat* de M[r] de Mecklembourg, composée en majeure partie de ces valeurs essentiellement françaises, ne saurait être règlée par un autre statut que par le statut francais.

En résumé, soit qu'on envisage le domicile de M[r] de Mecklembourg et le lieu d'ouverture



de sa succession, soit qu'on s'attache à la situation réelle des biens-meubles qui composent cette succession en France, soit qu'on se préoccupe de l'intérêt national, c'est par la loi française exclusivement à toute autre loi que doit être régie la succession mobilière de Mr de Mecklembourg.

Délibéré à Paris le premier Juin mil huit cent cinqante cinq.

P. Peronne.
Avt.

J'adhère entièrement à la consultation de mon honorable confrère. En fait jamais les caractères du domicile proprement dit, n'ont été plus manifestes. En droit, l'art. 13 du C. Nap. ne concerne que la jouissance des droits civils et non le domicile lui-même, qui se constitue, pour l'étranger comme pour le français, par le double élément du fait et de l'intention, indépendamment de toute autre condition. Enfin la nature et l'importance des valeurs d'origine toute française qui dépendent de la succession, semblent réclamer plus impérieusement encore l'application de la loi française dans l'espèce particulière.

Paris 6 juin 1855.

A. Paillet.
Avocat, Anc. Bâtonnier.

Je n'hésite pas à penser avec mes honorables confrères que la succession mobilière de Mr de Mecklembourg, est exclusivement régie par la loi française.

C'est un principe certain de notre droit soit ancien soit nouveau qu'en matière de succession la loi du domicile du défunt règle la transmission des meubles: ce principe a été constamment appliqué en France aux successions des étrangers non moins qu'à celles des nationaux; il s'explique par cette considération déjà mise en relief dans la consultation de Mr Peronne que l'étranger qui vient fixer son domicile sur notre territoire veut soumettre et soumet en réalité à notre législation dans le présent et dans l'avenir sa fortune mobilière aussi bien que ses immeubles etc.

Est ce là un statut réel ou personnel? C'est dans l'espèce un point sans aucune importance, mais s'il était nécessaire de le rechercher, la solution serait facile; car le statut dont il s'agit s'applique évidemment à *des biens* et sous ce rapport son caractère réel est manifeste.

Reste donc uniquement à examiner si Mr du Mecklembourg était domicilié en France; *en fait* nous pouvons dire avec l'honorable Mr Paillet *que jamais les caractères du domicile proprement dit* n'ont été plus manifestes, *en droit* il s'agit de rechercher si Mr de Mecklembourg étranger a pu acquérir en France un domicile susceptible de produire des effets légaux.

Cela n'aurait pas fait sous notre ancienne législation l'ombre d'un doute; tous les docteurs sont d'accord à cet égard, et il faut nous empresser de le dire, leur doctrine était essentiellement conforme à la raison et à l'intérêt bien entendu de l'État.

L'homme n'est pas fatalement condamné à vivre et à mourir dans les limites du territoire de sa patrie d'origine, il peut la quitter pour un tems, l'abandonner pour toujours; s'il n'est plus *citoyen* sur le territoire nouveau où il lui plait de fixer sa résidence, de transporter son activité et ses intérêts, il y est toujours homme et il peut y faire valablement tous les actes, tous les contrats du droit des gens. S'il en est ainsi, comment ne serait il pas admissible à prendre, à acquérir dans cette contrée nouvelle, par l'effet de sa volonté et du tems, ce que les jurisconsultes appellent un domicile. Il y aura, ce n'est pas contestable; des affaires, des intérêts, des droits, il n'en aura plus que là et point ailleurs. Est-ce qu'on pourrait comprendre qu'il fut dans l'impossibilité d'avoir jamais, pour l'exercice actif ou passif de ces droits, ce siège légal de ces intérêts, de ses

affaires appelé domicile, sans lequel il conserverait vainement sur le sol étranger l'usage de sa libertó, l'exercice de ses facultés: Il faudrait certes un texte bien formel pour nous déterminer à penser quo le code civil, ce code de progrès, a voulu dans un but rétrograde renverser nne doctrine aussi seusée et aussi humaine, mais ce texte n'éxiste pas.

Si l'art. 13 dit quo l'étranger qui aura été admis par l'autorisatiou du Roi à établir son domicile on Franco y jouira de tons les droits civils, cet article ne dit aucunemont qne l'étrangor ne pourra établir son domicilo en France qu'autant qu'il en aura obtenu l'autorisation dn Roi. C'est donc avec pleine raisou et sans se mettre eu oppositiou ni avec la lettre ui avec l'esprit dn Code civil que se sont ótablies la jurisprudence et la doctrine invoquées par Mr Peronne et desquelles il resnlte que les anciens principes sur la matière u'ont pas cessé de subsister.

Cette solution qui nous semble tout à fait certaine uous dispense do rechercher si dans le cas où l'autorisation du Roi aurait été uécessaire, on pourrait la faire resnlter d'équivalants et si par exemple, dans l'espòce, Mr de Mecklembourg placé en France à la tête des entreprises les plus importautes, nommó aux fonctious les plus élevées dans des sociétés anonymes sonmises à la surveillance dn gouvernement uo doit pas être considéró comme ayant obtenu cette autorisation.

Ces circonstances do fait, si elles n'étaient pas décisives sur cette question d'autorisation, prouveraieut au moins de la manière la plus éclatante que Mr de Mecklembourg avait choisi irrévocablement la France ponr sa patrio d'adoption, en même temps qu'il rennonçait à sa patrie dorigino, et rendraient plus évidente encore la solution sur la qnestion du domicile qni à elle seule est décisive.

Paris le 20 juin 1855.

F. Du Miral,
Avocat à la Cour Imperiale, Député au corps legislatif.

L'avocat sous-signé ayant pris lecture de la consultation qui précède et des deux adhésions dout elle est snivie déclare y adhérer également pour les diverses considórations y développées d'uue manière si complète, qu'il croit uo pouvoir rien y ajouter.

Bruxelles le 1 juillet 1855.

Duvigneaud,
Avocat à la cour d'appel de Bruxelles, ancien batonnier de l'ordre.

IV.

Opposition signifiée aux cohéritiers

à Paris le 26 Mai 1855.

L'an mil huit cent cinquante cinq le vingt-six Mai, à la requête de M. Christophe Frédéric Maïer, notaire, demeurant à Ludwisbourg, royaume de Wurtemberg, agissant au nom et comme tuteur de Melle la Baronne Anna Mathilde Adelaïde Louise Charlotte Frédérique de Roeder, fille mineure de Mr Frédéric Albert Philippe Charles Auguste Regnard Baron de Roeder et de Mme Mathilde Charlotte Frédérique Arnold son épouse, tous deux décédés; et en cette qualité la dite mineure par représentation dudit baron de Roeder, lequel était fils de Mme Julie Anne baronne de Mecklembourg et de Mr Eugéne Regnard Baron de Roeder, habile à se dire et porter héritière pour un huitième de M^r le Baron Frédéric de Mecklembourg, son grand oncle décédé en son domicile à Paris rue Laffitte N° 2 le vingt-un juin mil huit cent cinquante quatre; pour lequel requérant domicile est élu à Paris, rue Bourbon Villeneuve N° 35, en l'étude de Mr Péronne avoué près le tribunal civil de la Seine, je Nicolas Augustin Léon Frécourt huissier au tribunal civil de la Seine, séant à Paris y demeurant rue Poissonnière N° 14, soussigné, ai signifié et déclaré à 1° Mme Mathilde Charlotte Auguste Louise Dorothée Sophie de Roeder, épouse de M^r le baron Léon de Reisebach et à ce dernier pour la validité, demeurant ensemble à Stuttgard (royaume de Wurtemberg) au domicile de Mr Laperche avoué, son mandataire, demeurant à Paris, rue Ste Anne N° 48, audit domicile élu ou étant et parlant à un clerc dudit Mr Laperche ainsi déclaré;

2° Mme Hedvige Beata, comtesse de Rosen, baronne de Mecklembourg, veuve de M^r le baron Philippe Louis Claude de Mecklembourg, major général, au service de sa Majesté le Roi de Suède, demeurant à Stockolm, tutrice naturelle et légale de 1° Claude Philippe Charles Henri de Mecklembourg; 2° Axel Frédéric Robert de Mecklembourg; 3° Melle Julienne Louise Caroline Frédérique Adélaïde Mathilde de Mecklembourg; 4° Marianne Hedvige Dorothée de Mecklembourg, ses quatre enfants mineurs; au domicile de Mr Laperche avoué, son mandataire, demeurant à Paris rue Ste Anne N° 48 audit domicile élu en parlant à un clerc dudit Mr Laperche ainsi déclaré;

3° Mr Henri Ulrich Georges Christian baron de Mecklembourg, demeurant à Pantlitz (Prusse) Duché de Poméranie, au domicile de Mr Laperche avoué, son mandataire, demeurant à Paris rue Ste Anne N° 48 audit domicile en parlant à un clerc dudit Mr Laperche, ainsi déclaré;

4° Mme la baronne Louise Eléonore Elisabeth de Mecklembourg, chanoinesse, demeurant à Dresde (Saxe) au domicile de Mr Laperche avoué, son mandataire, demeurant à Paris rue Ste Anne N° 48 audit domicile élu en parlant à un clerc dudit Mr Laperche ainsi déclaré;

5° Mr Laperche, avoué demeurant à Paris rue Ste Anne N° 48, au nom et comme admini-

strateur provisoire de la succession de Mr. le baron Frédéric de Mecklembourg, en son dit domicile en étant et parlant a un clerc dudit Me. Laperche ainsi déclaré.

6e. Mr. Tresse, notaire, demeurant à Paris, rue Lepelletier N° 14, au nom et comme notaire de la succession de Mr. le baron Frédéric de Mecklembourg et ayant en cette qualité procedé à un commencement d'inventaire, en son dit domicile en étant et parlant à un clerc dodit Mr. Tresse ainsi déclaré;

Tous le susnommés au nom et comme héritiers et représentants dudit baron Frédéric de Mecklemboug susnommé;

Que le requérant en sa qualité de tuteur de la mineure baronne Anna de Reeder, habile à se dire et porter héritière pour un huitième de Mr. le baron Frédéric de Mecklembourg, décédé en son domicile à Paris le vingt et un juin mil huit cent cinquante quatre, s'oppose formellement par ces présentes à ce qu'il soit procédé hors sa présence à tous inventaires, comptes, liquidation et partage de la succession dudit baron de Mecklembourg, à la remise à qui que ce soit, et à toute espéce de répartition provisoire ou définitive des sommes, objets, créances et valeurs dépendant de ladite succession.

Protestant contre tout ce qui a pu être fait jusqu'à ce jour au mépris des droits de la mineure Anna de Roeder et réservant expressément tous les droits, moyens et actions de ladite mineure.

A ce qu'ils n'en ignorent et je leur ai, étant et parlant comme dessus laissé copie de présent dont le coût est de sept Francs 20c.

Signé: **Frécourt.**

Enregistré à Paris le vingt-huit Mai mil huit cent cinquante cinq, reçu deux Francs 20c.

Signe: **Noël.**

V.

Demande formée par le tuteur

le 15 Sept. 1855.

L'an mil huit cent cinquante cinq. le 15. Septembre a la requête de Mr. Christophe Frédéric Maïer, notaire, demeurant à Ludwisbourg, royaume de Wurtemberg, agissant au nom et comme tuteur de Melle. la baronne Anna Mathilde Adelaïde Louise Charlotte Frédérique de Roeder, fille mineure de Mr. Frédéric Albert Philippe Charles Auguste Regnard baron de Roeder et de Mad. Mathilde Charlotte Frédérique Arnold son épouse, tous deux décédés, et en cette qualité ladite mineure, par representation dudit baron de Roeder (lequel était fils de Mad. Julie Anne baronne de Mecklemburg et de Mr Eugène Regnard baron de Roeder) habile à se dire à porter heritière pour $^1/_8$ de Mr le baron Frédéric de Mecklembourg son grand oncle décédé en son domicile à Paris rue Lafitte N° 2 le 21 Juin 1854; pour lequel requérant ès noms domicile est élu à Paris rue de Bourbon Villeneuve N° 35 en l'étude de Mr Peronne avoué près le Tribunal civil de la Seine, lequel est constitné et occupera sur l'assignation et après à sa suite. Je Nicolas Augustin Léon Frécourt huissier au Tribunal civil de la Seine s'eant à Paris, y demeurant rue Poissonnière N° 14, soussigné, ai signifié donné assignation à 1° Mad. Mathilde Charlotte Auguste Louise Dorothee Sophie de Roeder épouse de Mr. le baron Léon de Reischach demeurant avec lui à Stuttgard (royaume de Wurtemberg) au parquet de Mr. le procureur impérial près le Tribunal civil de la Seine, sis au palais de justice à Paris, conformement à l'art. 69 §. 9 du Code de procédure, où étant et parlant à l'un de M.M. les substituts qui a visé;

2° à Mr. le baron Léon de Reischach pour la validité et autorisation de la dame son épouse demeurant à Stuttgart (royaume de Wurtemberg) au parquet de Mr. le procureur impérial près le Tribunal civil de la Seine sis au palais de justice à Paris où etant et parlant à l'un de M.M. le substituts qui a visé;

3° Mad. Hedvige Beata Comtesse de Rosen, baronne de Mecklembourg, veuve de Mr le baron Philippe Louis Claude de Mecklembourg, major général au service de S. M. le Roi de Suède, demeurant à Stockolm; tutrice naturelle et légale de 1° Claude Philippe Charles Henri de Mecklembourg; 2° Abel Frédéric Robert de Mecklembourg; 3° Melle. Julienne Louise Caroline Frédérique Adelaïde Mathilde de Mecklembourg; 4° Melle. Marianne Hedvige Dorothée de Mecklembourg, ses 4 enfants mineurs; au parquet etc. etc.

4° Mr. Henri Ulrich Georges Christian baron de Mecklembourg demeurant à Pantlitz (Prusse — Duché de Poméranie), au parquet etc. etc.

5° Me. la baronne Louise Eléonore Elisabethe de Mecklembourg chanoinesse, demeurant à

Dresde (Saxe), au parquet etc. etc.; tous les susnommés au nom et comme héritiers et représentants de Mr. le baron Frédéric de Mecklembourg ci dessus nommé.

A comparaitre d'hui à huitaine franche, delai de la loi outre les delais à raison des distances, après vacations, en l'audience et pardevant M.M. les Présidents et Juges composant la 1re Chambre du Tribunal civil de la Seine, séant au palais de justice à Paris, dix heures du matin pour:

Attendu que Mr. le baron Frédéric de Mecklembourg est décédé en son domicile à Paris rue Laffitte N° 2 le 21 Juin 1854;

Attendu que sa succession mobilière s'est ouverte en France et est régie par la loi française;

Que dès lors cette succession se trouve dévolue conformément aux art. 742, 750 et suivants du Code Napoléon, à ses héritiers en ligne collatérale, à defaut d'ascendants et de descendants;

Que ces héritiers sont savoir:

Mme. la baronne veuve de Mecklembourg pour 1/4,

Mr. le baron Christian de Mecklembourg pour 1/4,

Mme. la baronne Elisabeth de Mecklembourg pour 1/4,

Et enfin Mme la baronne de Reischach née de Roeder et la Delle. baronne de Roeder conjointement pour 1/4 ou chacune pour 1/8 par representation de Mme. Julie Anne baronne de Mecklembourg épouse de Mr. Eugène Regnard baron de Roeder ladite mère de Me de Reischach et aïeule paternelle de la Delle. baronne de Roeder;

Attendu que après le decès de Mr. le baron de Mecklembourg il a été procédé à un commencement d'inventaire des biens dependant de sa succession par Me. Tresse qui est a la minute et sis les notaires à Paris;

Que ce commencement d'inventaire à été fait hors la presence de la mineure baronne de Roeder, et par application du statut Mecklembourgeois, lequel, n'admettant la représentation en ligne collatérale que jusqu'au 1er. degrè seulement excluerait la mineure de Roeder de ladite succession;

Mais attendu que le statut Mecklembourgeois ne saurait régir la succession dont il s'agit;

Qu'en effet Mr. le baron de Mecklembourg avait dès longtemps renoncé à son domicile d'origine pour établir à Paris rue Lafitte N° 2 son domicile réel et definitif et le siège notoire et officiel des importantes affaires aux quelles il se livrait;

Que sa succession est donc régie par la loi française et que la mineure baronne de Roeder est fondée à revendiquer ses droits incontestables dans ladite succession;

Attendu que par exploit de Fréconrt huissier à Paris en date du 26 Mai 1855 le requérant ès noms a formé opposition à tout inventaire liquidation ou partage qui serait fait hors sa présence et sans sa participation;

Qu'il y a lieu d'ordonner la continuation des opérations d'inventaire en présence de ladite mineure agissant dans son qualité héréditaire, et la rectification des qualités enoncées d'une manière incomplète dans l'intitulé de cet inventaire;

Par ces motifs

Voir dire et ordonner qu'il sera procédé à la continuation de l'inventaire après le décès de Mr. le baron de Mecklembourg déjà commencé par Mr. Tresse et sis les notaires à Paris, et ce en

preuve dn reqnérant ès noms comme représentant la mineure baronne de Roeder en sa dite qualité d'habile à se porter héritière ponr $^{3}/_{8}$ de M$^{r.}$ le baron de Mecklembourg;

Voir dire que les qualités héréditaires énoncées dans l'intitulé de cet inventaire seront rectifiées en conseqnence et qu'il ne ponrra être délivré d'expedition on extrait dndit inventaire qn'avec ladite rectification;

Et en cas de contestation s'entendre condamner aux depens qne le requérant ès noms pourra employer en frais privilégiés de liquidation.

Sons toutes réserves les plus expresses de fait et de droit.

À ce qu'ils n'en ignorent et je leur ai étant et parlant comme dessus laissé copies du présent dont le coût est de 7 Fr. 90 c.

Signé: **Frécourt.**

VI.

Demande des cohéritiers. Ordonnance et referé sur le procès.

1—4 Dec. 1855.

L'an mil huit cent cinquante cinq le premier Decembre à la requête de 1° M' Henri Ulrich Georges Christian baron do Mecklembourg, demeurant à Pantlitz, duchó de Poméranie (Prusse); 2° Mme Louiso Eleonore Elisabeth baronne de Mecklembourg, chanoinesse de la maison religieuse de Malchow, grand duché de Mecklemhourg-Schwerin, demeurant à Dresdo (Saxe); 3° Mme Mathilde Charlotte Auguste Louise Dorothée Sophic do Roeder, baronne do Reischach, éponse du baron Léon do Reischach, avec lequel elle demeure à Stuttgard, royaume de Wurtemberg, et de ce dernier comme l'assistant et autorisant; 4° et enfin Mme Hedvige Beate, comtesse de Rosen, veuve de M' Philippe Louis Claude baron de Mecklemhourg, en son vivant major général au service du roi de Suède, ladite dame demeurant à Stockolm (royaumo de Suède) agissant comme tutrice naturello et legale de 1° Claude Philippo Charles Paulus Henri de Mecklembourg; 2° Axel Frédéric Robert de Mecklembourg; 3° Julienne Louise Caroline Frédériqne Adelaïde Mathildo de Mecklembourg; 4° Marianne Hedvige Dorothée de Mecklembonrg, ses quatre enfants mineurs; les trois premiers requérants héritiers chacun ponr un quart, et les quatre mineurs, par représentation de leur père; pour le dernier quart mais seulement sons bénéfice d'inventaire suivant declaration faite au greffe le deux septembre mil huit cent cinquanto cinq enregistrée, de M' Charles Frédéric Ernest Louis baron de Mecklemburg, lenr frère et oncle décédé a Paris rue Lafitte N° 2, le vingt juin mil huit cent cinquanto quatre avec élection expresse de domicile, pour les susnommés, rue St. Anne N° 48 en l'étudo de M' Laperche avoué près le Tribunal ci aprés loquel occupera pour eux sur la présente assignation. J'ai Adolphe Louis Biscon, huissier audiencier au Tribunal civil de première instance de la Seine, séant à Paris, y demeurant, rue de Grenelle Saint honoré, 19, soussignó donne assignation à M' Christoph Frédéric Maïer, notaire demenrant à Ludwisbourg, royaume de Wurtemberg, agissant au nom et comme se disant tutenr de Melle la baronne Anne Mathilde Adelaïdo Louise Charlotte Frédériquo de Roeder, fille mineure de M' Frédéric Albert Philippe Charles Auguste Regnard baron de Roeder et de Mme Mathilde Charlotte Frédériqno Arnold son épouse tous deux décédés, la dite mineure se prétendant, par représentation de son pèro, héritière pour un huitièmo du feu baron Frédéric de Mecklembonrg ci dessus nommé, au domicile élu par le dit sieur Maïer ès qualités, à Paris rue Bourbon Villenonvo N° 35, en l'étnde de M' Peronne, avoué, en étant et parlant à un clerc de M' Péronne, à comparaître mardi prochain quatre decembre présent mois par devant Monsieur le président du Trihunal civil de 1re instance de la Seine tènant l'audience des référés, salle des référes au palais de justice à Paris dix heures dn matin ponr:

Attendu que la mineur de Roeder n'a aucuns droits et qualités pour intervenir dans les affaires de la succession du baron de Mecklembourg,

Au principal se voir renvoyer les parties, à se pourvoir et cependant dès à présent et par provision voir ordonner qu'il sera passé outre aux opérations d'inventaire hors la présence de Maïer ès nom. Ce qui sera éxécuté par provision et sur minute, non obstant appel.

A ce que le susnommé n'en ignore je lui ai étant et parlant comme dessus laissé la présente copie. Coût quatre francs 90 c.

A Biscon.

En marge est écrit: du 4 Dec. 1855 Ordonnance de M' le President, après avoir entendu M' Laperche avoué des demandeurs et M' Peronne avoué des défendeurs, qui renvoie en état de référé, à l'audience de la 1re chambre du Vendredi 7 Decembre, tous droits et moyens reservés.

VII.

Conclusions des cohéritiers

signifiées le 5 Janvier 1856.

(Declinatoire d'incompétence.)

Pour M. le baron de Mecklembourg et autres Defendeurs

Laperche,

Contre M. Maïer ès noms Demandeur

Peronne.

Plaise au Tribunal:

Attendu qu'il s'agit de la succession d'un étranger, ne comprenant pas même d'immeubles en France et que les tribunaux sont incompetents pour statuer entre les héritiers et prétendants qui sont tous étrangers; qu'en effet le baron de Mecklembourg, de cujus, qui possèdait en Belgique un grand charbonnage formant la partie la plus importante de sa fortune, en Prusse plusieurs seigneuries, mais aucun immeuble en France, était né à Lubzin, duché de Mecklembourg-Schwerin le 23 Décembre 1784, de père Mecklembourgeois, grand échanson, ainsi que le constate un certificat delivré par l'autorité compétente le 11 Août 1854, annexé à la minute de l'inventaire, et que non seulement Maïer ès noms, qui a laissé faire l'inventaire et payer les droits de succession et partager les valeurs partageables, et ne s'est fait connaitre qu'à la fin de Mai 1855 c'est-à-dire un an après le décès, ne justifie qu'il ait changé de nationalité, mais qu'il résulte des recherches faites et constatées au Ministère de la justice qu'il n'a été ni naturalisé Français, ni même admis au domicile et qu'ainsi sa succession est partageable selon les lois de sa patrie, c'est à dire du duché de Mecklembourg-Schwerin;

Qu'il n'a pas fait de testament et qu'aucun Français ne prétend à sa succession, et qu'ainsi la loi française non plus que la juridiction française ne peuvent la régler.

Par ces Motifs.

Se déclarer incompétent et renvoyer les parties devant les juges qui en doivent connaître.
Et condamner Maïer ès noms aux depens dont distraction etc.

VIII.

Jugement du Tribunal civil de la Seine

prononcé en audience publique de la Ière chambre le 14 Mars 1856.

Napoléon, par la grâce de Dieu et la volonté nationale Empereur des Français à tous présents et à venir salut.

Le tribunal civil de 1ère instance de la Seine séant au palais de justice à Paris a rendu en audience publique de la 1ère chambre dudit tribunal le jugement dont la teneur suit. Audience du quatorze mars mil huit cent cinquante six. Entre M. Christophe Frédéric Maier, notaire, demeurant à Ludwigsbourg, royaume de Wurtemberg, agissant au nom et comme tuteur de Mlle la baronne Anna Mathilde Adélaïde Louise Charlotte Frédérique de Roeder, fille mineure de M. Frédéric Albert Philippe Charles Auguste Regnard baron de Roeder et Mme Mathilde Charlotte Frédérique Arnold, son épouse, tous deux décédés, et en cette qualité ladite mineure par représentation dudit baron de Roeder lequel était fils de Mme Julie Anne baronne de Mecklembourg et de M. Eugène Regnard baron de Roeder, se prétendant habile à se dire et porter héritière pour un huitième de M. le baron Charles Frédéric Ernest Louis de Mecklembourg, son grand oncle, décédé à Paris, rue Laffitte, no 2, le 21 juin 1854. Demandeur et défendeur ainsi qu'il sera expliqué ci après. Comparant et plaidant par Me Dufaure, avocat, assisté de Me Péronne, son avoué, d'une part. Et 1ent Mr Henri Ulrich Georges Christian baron de Mecklembourg, demeurant à Pantlitz, Duché de Poméranie, royaume de Prusse; 2ent Mme la baronne Louise Eléonore Elisabeth de Mecklembourg, chanoinesse demeurant à Dresde, royaume de Saxe; 3ent Mme Mathilde Charlotte Auguste Louise Dorothée Sophie de Roeder, épouse de Mr le baron Léon de Reischach, et ce dernier pour la validité comme assistant et autorisant la dame son épouse, demeurant ensemble à Stuttgard, royaume de Wurtemberg; 4ent Mme Hedvige Beata comtesse de Roeder, baronne de Mecklembourg, veuve de Mr le baron Philippe Louis Claude de Mecklembourg, major général au service de S. M. le roi de Suède, demeurant à Stockolm, royaume de Suède, agissant au nom et comme tutrice naturelle et légale de 1ent Claude Philippe Charles Paulus Henri de Mecklembourg; 2ent Axel Frédéric Robert de Mecklembourg; 3ent Julienne Louise Caroline Frédérique Adélaïde Mathilde de Mecklembourg; 4ent Marie Anne Edwige Dorothée de Mecklembourg, ses 4 enfants mineurs, issus de son mariage avec ledit baron de Mecklembourg. Défendeurs et demandeurs ainsi qu'il sera expliqué ci après. Comparant et plaidant par Mr Bethmont, avocat, assisté de Mr Laperche, son avoué, d'autre part. Sans que les présentes qualités puissent nuire ni préjudicier en aucune manière aux droits et intérêts des parties. Point de fait: Mr le baron Frédéric de Mecklembourg est décédé en son domicile à Paris, rue Laffitte no 2, le 21 juin 1854. L'inventaire après son décès a été commencé

le 16 août 1854, suivant procès verbal dressé par Me Tresse, notaire à Paris, à la requête de Mr le baron Henri de Mecklembourg, de Mme la baronne Louise de Mecklembourg, frère et soeur du défunt, de Mme de Reischach, sa nièce, et de Mme la baronne Philippe de Mecklembourg, tutrice de ses quatre enfants mineurs, neveux et nièces du défunt. Les parties requérantes ont déclaré que le défunt avait laissé une petite nièce Anna de Roeder, fille du baron Frédéric de Roeder, lequel était lui-même issu du mariage de Mr le baron Eugène de Roeder avec Mme la baronne Julie de Mecklembourg, soeur du défunt; mais que le statut mecklembourgeois n'admettait la représentation en ligne collatérale qu'en faveur des neveux seulement, à l'exclusion des petits neveux. En conséquence, ils n'ont pas appelé le représentant de la mineure de Roeder aux opérations d'inventaire. Mr Maïer, tuteur de la mineure, a par exploit de Fréceurt, huissier à Paris, du 26 mai 1855, signifié tant à toutes les parties qui avaient requis le commencement de l'inventaire qu'à Me Tresse, notaire, et à Me Laperche, avoué, une opposition à ce qu'il fût procédé hors sa présence à tout inventaire, compte, liquidation et partage de la succession du baron de Mecklembourg et à toute espèce de répartition de sommes, objets, créances et valeurs; et après avoir obtenu de la Chambre de tutelle et du Tribunal des orphelins du Wurtemberg les autorisations nécessaires, se fondant sur ce que la succession se serait ouverte en France au lieu, suivant lui, du domicile du défunt et devait être régie par la loi française, il a suivant exploit de Fréceurt huissier à Paris en date du 15 Septembre 1855, enregistré, donné assignation à Mme la baronne de Reischach, à Mr le baron de Reischach, à Mme la baronne Louise de Mecklembourg, à Mr le baron Henri de Mecklembourg et à Mme la baronne Philippe de Mecklembourg, tutrice de ses quatre enfants mineurs à comparaître à la 8ne franche après les délais à raison des distances, à l'audience et par devant MM. les Président et Juges composant la 1ere chambre du Tribunal civil de la Seine, séant au palais de justice à Paris, 10 heures du matin, pour: Voir dire et ordonner qu'il serait procédé à la continuation de l'inventaire après le décès de M. le baron de Mecklembourg, déjà commencé par Me Tresse, notaire à Paris, et ce, en présence de Mr Maïer, ès-noms, comme représentant la mineure baronne Anna de Roeder en sa dite qualité d'habile à se porter heritière pour un huitième de Mr le baron de Mecklembourg; voir dire que les qualités héréditaires énoncées dans l'intitulé de cet inventaire seraient rectifiées en conséquence et qu'il ne pourrait être délivré d'expédition ou d'extrait dudit inventaire qu'avec lesdites rectifications: Et en cas de contestation, s'entendre condamner aux dépens que Mr Maïer, ès-noms, pourrait employer en frais de liquidation, sous toutes réserves les plus expresses de fait et droit. Sur cette assignation qui contenait constitution de Me Pérenne, avoué près le Tribunal civil de la Seine pour Mr Maïer, ès noms, Me Laperche, avoué près le même tribunal s'est constitué pour Henri de Mecklembourg, Mme la chanoinesse de Mecklembourg, Mr et Mme de Reischach, et Mme la baronne Philippe de Mecklembourg, ès noms, suivant acte d'avoué à avoué en date des 8, 11, 14 et 15 décembre 1855. La cause en cet état a été distribuée à la 1ere chambre du tribunal sous le no 2161 du rôle général le 9 janvier dernier. Me Laperche au nom du baron Henri de Mecklemburg, de Mme la chanoinesse de Mecklembourg, de Mme la baronne Philippe de Mecklembourg, ès-noms, et de Mr et Mme de Reischach, a signifié, suivant acte du palais, en date du 5 janvier 1856, à Me Péronne avoué du tuteur de la mineure de Roeder, des conclusions tendant, à ce qu'il plût au tribunal, se déclarer incompétent et renvoyer les parties devant les juges qui en devaient connaître, et condamner Maïer, ès-nom, aux dépens, dont distraction à Me Furey Laperche avoué qui la requérait aux offres de droit. La cause en cet état étant venue en ordre utile à l'audience de ce jour, après plusieurs remises successives, les avocats des parties assistés de leurs avoués se sont présentés à la barre du tribunal, ont repris et développé leurs conclusions respectives et ont requis et développé leurs conclusions

respectives et en ont requis l'adjudication. Le ministère public a été entendu. Le tribunal avait à juger les questions suivantes: Point de droit. Devait-il admettre le déclinatoire proposé, se déclarer incompétent et renvoyer les parties devant les juges qui devaient en connaître? Devait-il au contraire déclarer que la compétence devait se régler d'après le domicile du défunt et le lieu d'ouverture de la succession? Devait-il en conséquence se déclarer compétent et ordonner que les parties seraient tenu en de plaider au fond? Quid à l'égard des dépens? Pour original signé Péronne. *Le tribunal*, ouï en leurs conclusions et plaidoiries respectives Dufaure, avocat, assisté de Péronne avoué de Maïer ès-noms, Bethmont avocat, assisté de Laperche avoué des époux de Reischach, de la Ve de Mecklembourg ès-noms, de Henri Ulrick Georges Christian Baron de Mecklembourg et de la baronne Louise Eléonore Elisabeth de Mecklembourg, ensemble en ses conclusions, M. Piuard, substitut du procureur Impérial et après en avoir délibéré conformément à la loi jugeant en 1er ressort: Attendu qu'il résulte soit de toutes les circonstances de la cause soit des documents produits, que le baron de Mecklembourg avait à Paris son principal et même son unique établissement; que depuis 1830 il n'en avait conservé aucun à l'étranger; Attendu qu'il résulte de ce fait la conséquence légale que ledit baron de Mecklembourg avait son domicile à Paris et que sa succession s'y est ouverte. Attendu qu'il importe peu que le baron de Mecklembourg n'ait pas perdu la qualité d'étranger et n'ait pas été autorieé par le gouvernement français à jouir en France des droits civils; Qu'en effet, la jouissance légale de ces droits est indépendante de la question de domicile qui ne repose que sur celle de savoir où est en France le principal établissement de l'étranger qui y réside; Par ces motifs rejette le déclinatoire, se déclare compétent, dit qu'il sera plaidé au fond, renvoie la cause à 15^ne^ pour les plaidoiries; Condamne les parties de Laperche aux dépens de l'incident dont distraction à Péronne avoué qui l'a requise. Ainsi signé sur et en pareil endroit de la minute du présent jugement par MM. Debelleyme, commandeur de l'ordre impérial de la légion d'honneur président et Le Bon, greffier de la première chambre. Fait et jugé en l'audience publique de la 1re chambre du tribunal civil de 1re instance de la Seine séant au palais de justice à Paris par MM. Debelleyme, commandeur de l'ordre impérial de la légion d'honneur, président, Pasquier viceprésident, de Boutin, Bestrem, Frémery, Durand de Romorantin, Rebout de Veyrac, de Beausire et Pont juges. En présence de Mr Piuard, substitut de M^r^ le procureur Impérial, le vendredi 14 mars 1856. Mandons et ordonnons à tous huissiers sur ce requis de mettre le présent jugement à exécution; à nos procureurs généraux et à nos procureurs près les tribunaux de 1re instance d'y tenir la main; à tous commandans et officiers de la force publique de prêter main forte lorsqu'ils en seront légalement requis. En foi de quoi le présent jugement a été signé par le président et le greffier. En marge est écrit: Enregistré à Paris le 31 mars 1856, f° 195 c^o^ 3e reçu 6 f. double décime compris signé Jobert. Par le tribunal signé Begné.

IX.

Plaidoiries des 15, 22 et 26 juillet 1856[1].

Cour Impériale de Paris (1re ch.).

Me Bethmont avocat des héritiers de M. le baron Frédéric de Mecklembourg, expose les faits suivants:

Le baron de Mecklembourg, né en Prusse (?), est décédé en France, le 20 juin 1854. Sa famille se composait de M. Christian Henri de Mecklembourg, son frère ainé, de trois autres frères décédés, dont l'un a laissé quatre enfants, enfin d'une soeur, Mme la baronne de Roeder, dont la fille est Mme la baronne de Reischach, nièce du baron de Mecklembourg. Mlle Anna de Roeder, petite nièce de celui-ci, représentée par M. Maier, son tuteur, ne s'est pas présentée aux scellés, ni même à l'inventaire, si ce n'est au moment où ce dernier acte allait être clos (?); elle y a réclamé son admission; mais on lui a objecté que, petite-nièce, elle ne pouvait, d'après la législation du lieu de naissance du defunt, venir en concours avec les nièces, et que Mme de Reischach, nièce du défunt, lui était préférable.

Il s'agissait, avant tout, de se fixer sur la compétence pour la décision de ce conflit. Voici, à cet égard, le jugement du Tribunal de première instance de Paris, du 14 Mars 1856:

„Le Tribunal,

„Attendu qu'il résulte soit de toutes les circonstances de la cause, soit des documents produits, que le baron de Mecklembourg avait à Paris son principal et même son unique établissement; que, depuis 1830, il n'en avait conservé aucun à l'étranger;

„Attendu qu'il résulte de ce fait la conséquence légale que ledit baron de Mecklembourg avait son domicile à Paris et que sa succession s'y est ouverte;

„Attendu qu'il importe peu que le baron de Mecklembourg n'ait pas perdu la qualité d'étranger et n'ait pas été autorisé par le gouvernement français à jouir en France des droits civils;

„Qu'en effet, la jouissance légale de ces droits est indépendante de la question de domicile, qui ne repose que sur celle de savoir où est en France le principal établissement de l'étranger qui y réside;

„Rejette le déclinatoire; se déclare compétent,“ etc.

Les héritiers de Mr de Mecklembourg ont interjeté appel.

Me Bethmont rappelle, en fait, que Mr le baron de Mecklembourg était venu en France sans avoir la pensée de s'y fixer. Il a reçu sans doute des décorations et des médailles françaises,

---

[1] Gazette des Tribunaux du 27 juillet 1856.

notamment la médaille frappée pour le sacre de Charles X; mais il a toujours habité des hôtels meublés, et ses tableaux étaient constamment enfermés dans des caisses, comme à la veille d'un départ. Il voyageait beaucoup, et ses passeports, notamment en 1837, en 1844, jusqu'en 1848, émanaient des autorités étrangères résidant à Paris. Il est constant qu'il n'a été ni naturalisé français, ni même autorisé à établir son domicile en France et à y jouir des droits civils. Il en a été de même en Belgique, où cependant il était propriétaire d'un charbonnage. Dans les actes d'acquisition de ce charbonnage il est dit domicilié à Berlin, demeurant a Paris; il prenait le même domicile prussien dans des commissions par lui données pour la garde de ses bois; mêmes énonciations encore dans les actes de procédure et autres relatifs à ses contestations avec M. le duc de Galiera ou à l'établissement, créé par lui, du chemin de fer de Cette.[1] Il avait enfin, pour ses biens nobles situés en Prusse, signé, avec de semblables énonciations (?), le serment d'allégeance qu'il devait au roi de Prusse. Ainsi, il n'avait en France qu'une residence, où il pratiquait de grandes spéculations. Or, en Mecklembourg, en Wurtemberg, en Prusse, les lois locales repousseraient la prétention de la jeune baronne de Roeder; elle espère peut-être qu'en France elle serait, par voie de représentation, admise à la succession.

Discutant le jugement attaqué, M^r. Bethmont s'attache à démontrer que les regles de compétence déterminées par le Code civil ne doivent être appliquées qu'entre Français, et que, quant aux étrangers, ils ne subissent la juridiction française, dans les matières de succession, que si la succession est (im-) mobilière en France, et s'il existe des Français parmi les héritiers; c'est le sens de l'art. 14. et de la loi du 14 juillet 1819. Or, ici, tous les héritiers sont étrangers, comme l'était le défunt lui-même. Les étrangers, ajoute l'avocat, doivent se féliciter de vivre en France, et ne doivent pas craindre, s'ils y meurent, que leur succession soit distribuée conformément à une loi qui n'est pas la leur.

M^r. Bethmont cite des arrêts de la Cour de Paris conformes à cette doctrine: affaire Lind et affaire Lisardi, ce dernier du 5 juillet 1854.

M^r. Dufaure, avocat de M^r. Maier, tuteur de Mlle. Anna de Roeder, expose que le père de Mr de Mecklembourg, grand échanson du grand-duc, après des revers de fortune, est décédé, en 1806, laissant une veuve, qui elle-même est décédée en 1834. Elle avait quatre garçons et deux filles; dans ce nombre quatre sont morts, deux à Paris, savoir: Charles-Louis, en 1837, et le baron Frédéric, de la succession duquel il s'agit, en 1854; deux autres sont morts, savoir; Philippe, en Suède, et Julie, baronne de Roeder; les deux enfants survivants, Henri et Louise, chanoinesse, habitent, le premier la Poméranie, la deuxième, Dresde; tout la famille avait, depuis longtemps, abandonné le grand-duché.

Le baron, né en 1784, à Lubzin, avait, en 1799, à l'âge de quinze ans, pris du service en Prusse, comme lieutenant en second, jusqu'en 1810; depuis cette époque, ayant quitté la Prusse, il n'y a pas reparu pendant 45 ans, et n'y a jamais payé d'impôts; en 1818, il s'établit à Paris, qu'il n'a plus quitté jusqu'à sa mort: un certificat de la présidence de la police à Berlin constate qu'il n'avait gardé aucun domicile en Prusse; le frère et la soeur, domiciliés à Berlin et à Dresde, écrivent aussi que Frédéric de Mecklembourg a toujours résidé à Paris depuis 1818, et que, depuis 1830, il n'avait plus même à Berlin un simple pied à terre.

M^r. le baron de Mecklembourg a acquis en France une immense fortune, par des spéculations diverses réalisées dans notre pays; il a acquis en Alsace de grandes propriétés avec M^r le duc de Galiera, il faisait partie de beaucoup d'administrations de chemins de fer, il avait même

[1] Beide letztere Behauptungen sind unrichtig s. oben S. 8.

fondé le chemin de fer de Cette, et avait soutenu cette entreprise de ses deniers; tout cela a été connu de tous les ministres des travaux publics qui se sont succédé en France. Il indiquait constamment Paris comme lieu de son domicile; c'est à Paris qu'il payait ses contributions; ceci a duré 36 ans sans interruption. Il possédait un charbonnage en Belgique, sa part indivise dans des biens nobles de Poméranie, et des valeurs mobilières, toutes françaises, rentes sur l'État, actions de la Banque, actions et obligations de chemins de fer; les valeurs mobilières étaient d'une importance de plus de deux millions.

Les héritiers qui se sont présentés sont Mr Henri, Mlle Louise, les quatre enfants de Mr Philippe, et, pour le dernier quart, les représentants de Mme la baronne de Roeder, savoir: une fille, Mme de Reischach, et la jeune Anna, représentant un fils décédé, laquelle a pour tuteur Mr Maier. Celle-ci n'a pas été appelée à l'inventaire, parce qu'on pensait que, comme petite-nièce, elle ne pouvait concourir avec Mme de Reischach, nièce du défunt. Les valeurs au porteur ont été partagées, toujours en l'absence d'Anna de Roeder; Mme de Reischach s'est opposée à son admission à tout partage. Mr Maier en a référé à la chambre de tutelle de Grosssachsenheim, chargée de la surveillance des administrations tutelaires, et, d'apres l'autorisation de cette chambre, Mr Maier s'est opposé à la continuation de l'inventaire; cette operation a néanmoins continué en l'absence de Mr Maier, et, sur un nouveau référé de ce dernier, la chambre l'a autorisé à se rendre en France pour aller au fond des choses.

Mr Paillet, consulté par Mr Maier, a déclaré à celui-ci que la succession de Mr le baron de Mecklembourg était régie par la loi française, et que la jeune Anna avait droit, par représentation, d'y prendre part pour un huitième. De là l'assignation et le jugement que la Cour connait.

Mr Dufaure fait observer que, si toutes les parties sont étrangères, il ne s'agit pas d'une action personnelle d'un de ces étrangers contre l'autre, mais d'une action reelle ou plutôt d'une action mixte, matière successorale, et que tous les actes attaqués par Mr Maier ont été faits à Paris, où ont été payés les droits de mutation, où ont été partagées les valeurs mobilières.

Si l'action ne devait pas être portée à Paris, dans une telle situation, où donc devait-elle l'être? On ne le dit pas. Aux termes de l'art. 110 du Code Napoléon, la succession s'ouvre au lieu du domicile du défunt, regle applicable aux étrangers, que la loi de 1819 admet à succéder en France, règle qui est un principe de droit naturel, et se trouve dans toutes les legislations allemandes. La succession, en effet, n'est que la continuation de la personne décédée, l'hérédité est un être moral qui a le même domicile que le défunt.

En fait, Mr de Mecklembourg prenait, dans tous ses actes, son domicile à Paris; l'énonciation domicilié à Berlin, portée dans des commissions de gardes, lui est étrangère, la réception de medailles, non plus que le serment d'allegeance pour les biens immeubles situés en Poméranie, ne constitue pas le domicile civil; ce qui constitue le domicile, c'est le principal établissenent, ainsi que l'établit un arrêt de la Cour de Paris, du 15 mars 1831; et Savigny, l'oracle du droit allemand, enseigne que, dans les principes de ce droit, le domicile d'origine est de nulle considération. Sans doute si, depuis qu'il avait quitté le Mecklembourg, le baron Frédéric n'avait eu aucun autre établissement principal, on pourrait se référer au domicile d'origine, mais, en realité, il a eu à Paris le principal etablissement; une consultation délibérée par trois jurisconsultes allemands démontre que c'est le dernier domicile fixé d'un individu qui sert de règle pour l'ouverture de la succession. Bien que le baron Frédéric n'eût pas été autorisé à établir son domicile en France, le domicile n'en était pas moins à Paris; il était, sous beaucoup de rapports, dans les mêmes conditions que Mr Onslow, qui, par arrêt de la Cour de Riom, du 7 avril 1835, fut declaré domicilié à Clermont-Ferrand.

Mr Dufaure cite encore, à l'appui de la doctrine par lui soutenue, Merlin, v° Domicile, §. 13, et une dissertation sur le même sujet dans le 16e volume du grand jurisconsulte; puis encore un arrêt de la Cour de Bordeaux, du 25 janvier 1853, suivant lequel l'étranger qui, sans autorisation de résidence, établit son domicile en France, se soumet à la juridiction française, et détermine la compétence du juge qui devra connaître des débats élevés sur sa succession; enfin un arrêt de la Cour de Paris du 15 novembre 1833.

Mr Saillard, substitut du procureur général impérial, rappelle que Mr Frédéric de Mecklembourg occupait à Paris un riche appartement, qu'après son décès le mobilier a été estimé 104,000 fr.; qu'il payait (sur un loyer de) 4,000 fr. de contributions, que sa succession mobilière a été evaluée deux millions, et que les droits de mutation se sont élevés à 153,000 fr. Il expose encore que, dans de nombreux actes publics, Mr le baron de Mecklembourg avait pris son domicile à Paris, qu'en 1846, 1847, 1848, 1849, il était administrateur et président du conseil d'administration du chemin de fer de Cette; qu'en 1854, il avait fondé la compagnie linière de Pont-Remy; que, dans les actes de procédure depuis 1848 jusqu'à 1854, il avait toujours été dit demeurer à Paris. Si, en 1817, il avait été nommé chevalier de l'ordre de Saint-Jean par le roi de Prusse; si, en 1825, il avait reçu la medaille commémorative du Sacre de Charles X, ces faits etaient anterieurs à la fixation de son domicile à Paris. En fait, il n'avait aucune habitation en Prusse, et, pendant plus de vingt ans, il n'y est point retourné et est resté à Paris, ou il est décédé.

Tous ces faits sont réellement constitutifs du principal établissement qui détermine la compétence quant à la succession; en conséquence, le magistrat organe du ministère public, appuyant à cet égard sa discussion de l'opinion de M.M. Chabot et Duranton, estime qu'il y a lieu de soumettre à la loi française la succession du baron de Mecklembourg, ouverte à Paris, et par conséquent de confirmer le jugement.

X.

Arrêt de la Cour impériale de Paris

prononcé le 26 juillet, signifié le 17 septembre 1856.

Napoléon, par la grâce de Dieu et la volonté nationale, Empereur des Français, à tous présents et à venir, Salut.

Notre cour impériale de Paris, 1ère chambre, a rendu l'arrêt dont la teneur suit:

Entre 1°. Le sieur Henri Ulrich Georges Christian de Mecklembourg, demeurant à Pantlitz (Prusse), duché de Poméranie; — 2° La dame Mathilde Charlotte Auguste Louise Dorothée Sophie de Roeder, baronne de Reischach, épouse du baron de Reischach, et ce dernier, comme autorisant et autorisant la dame son épouse; demeurant ensemble à Stuttgard, royaume de Wurtemberg; — 3° La dame Hédvige Beata, comtesse de Rosen, baronne de Mecklembourg, veuve du baron Philippe Louis Claude de Mecklembourg, en son vivant major général au service du roi de Suède, commandeur de l'ordre suèdois de l'Epée; ladite dame demeurant à Stockolm (royaume de Suède), agissant au nom et comme tutrice naturelle et légale de 1°. Claude Philippe Charles Paulus Henri de Mecklembourg, né à Uddewalle, le 8 juillet 1835; — 2° Axel Frédéric Robert de Mecklembourg, né en la même ville le 20 février 1840; 3°. La dlle Julienne Louise Caroline Frédérique Adélaïde Mathilde de Mecklembourg, née au même lieu, le 9 juin 1836; 4°. La dlle Marianne Hédvige Dorothée de Mecklembourg, née le 10 août 1838. — Ces quatre enfants mineurs issus de son mariage avec feu le baron de Mecklembourg, son mari.

Appelants, suivant exploit de Gerbu, huissier à Paris, du 30 avril 1856, d'un jugement rendu par le tribunal civil de la Seine le 14 mars 1856.

Demandeurs, aux fins des conclusions contenues audit exploit d'appel et d'assignation.

4° Le sieur Frédéric Hartman de Wikleben [1], Chambellan de S. M. le roi de Prusse.

5°. La dame Dolly de Mecklembourg, épouse du sieur Frédéric Hartman de Wikleben, demeurant ensemble à Dresde (Saxe), dûment assistée et autorisée de son mari; — Lesdits époux au nom et comme légataires universels de la baronne Louise Eléonore Elizabeth de Mecklembourg, chanoinesse de la maison religieuse de Malchow, Grand duché de Mecklembourg-Schwerin (Allemagne), décédée à Dresde, le 12 avril 1856. — Ayant repris l'instance en la dite qualité sur l'appel interjeté par la susnommée du jugement sur énoncé et daté.

Demandeurs ou défendeurs, aux fins des conclusions respectivement prises et déposées à la barre par les avoués des parties; — défendeurs, aux fins des conclusions signifiées les 17 avril et 19 juin 1856 par le sieur Maier, ci après nommé, qualifié et domicilié; — demandeurs aux fins des conclusions signifiées en leur nom, suivant acte du palais en date du 9 juillet 1856, enregistré; comparant, concluant et plaidant par Me Bethmont, avocat, assisté de Me Caron, leur avoué à la Cour d'une part.

---

[1] Witzleben.

Et le sieur Christophe Frédéric Maier, notaire, demeurant à Ludwisbourg, royaume de Wurtemberg, — se disant agir au nom et comme tuteur d'Anna Mathilde Adélaïde Louise Charlotte Frédérique de Roeder, fille mineure de Frédéric Albert Philippe Charles Auguste Regnard, baron de Roeder, et de Mathilde Charlotte Frédérique Arnold, son épouse, décédée;

Intimés sur ledit appel; demandeur ou défendeur, aux fins des conclusions sur énoncées et datées,

Comparant, concluant et plaidant par Me Dufaure, avocat, assisté de Me Ferron, son avoué à la Cour, **d'autre part.**

Sans que les présentes qualités puissent nuire ni préjudicier en aucune manière aux droits et intérêts respectifs des parties.

Point de fait.

Le baron Charles Frédéric Ernest Louis de Mecklembourg, né a Lubzin, duché de Mecklembourg, le 23 décembre 1784, de parents mecklembourgeois, est décédé à Paris, le 20 juin 1854.

L'inventaire de sa succession a été commencé le 16 août 1854, suivant procès verbal dressé par Tresse, notaire à Paris, à la requête de 1° le baron Henri de Mecklembourg, frère du défunt; 2° la baronne Louise de Mecklembourg, soeur du défunt; 3° la baronne de Reischach, née Sophie de Roeder, nièce du défunt; 4° et la baronne Philippe de Mecklembourg, agissant comme tutrice et au nom de ses quatre enfants mineurs, neveux et nièces du défunt.

Le sieur Maier, tuteur de la mineure Anna de Roeder, petite-nièce de baron de Mecklembourg, a signifié, par exploit de Frécourt, huissier à Paris, du 26 mai 1855, tant à toutes les parties qui avaient requis le commencement de l'inventaire qu'à Me Tresse, notaire, et à Me Laperche, avoué, une opposition à ce qu'il fût procédé, hors sa présence, à tout inventaire, compte, liquidation et partage de la succession du baron de Mecklembourg et à toute répartition de sommes, objets, créances et valeurs.

Et après avoir obtenu de la chambre de tutelle et du tribunal des orphelins de Wurtemberg les autorisations nécessaires, le sieur Maier ès-noms, prétendant que le statut mecklembourgeois ne saurait régir la succession du baron de Mecklembourg, dont s'agissait; que le défunt avait depuis longtemps renoncé à son domicile d'origine pour établir à Paris, rue Laffitte, n° 2, son domicile réel et définitif, et le siège notoire et officiel des importantes affaires auxquelles il s'était livré; que sa succession était donc régie par la loi française et que la baronne de Roeder était fondée à revendiquer ses droits dans ladite succession; En conséquence, ledit sieur Maier ès-noms, a, par exploit de Frécourt, huissier à Paris, du 15 septembre 1855, enregistré, donné assignation à la baronne de Reischach, au baron de Reischach, à la baronne Louise de Mecklembourg, au baron Henri de Mecklembourg, et à la baronne Philippe de Mecklembourg, tutrice de ses 4 enfants mineurs, — à comparaître à la huitaine franche, après les délais à raison des distances, à l'audience et par devant MM. les présidents et juges composant la 1re chambre du tribunal civil de la Seine, séant au palais de justice à Paris, 10 h^res^ du matin, pour :

„Voir dire et ordonner qu'il serait procédé à la continuation de l'inventaire après le décès du baron de Mecklembourg, déjà commencé par Me Tresse, notaire à Paris, et ce en présence du sieur Maier ès-nom, comme représentant la mineure baronne Anne de Roeder, en sa prétendue qualité d'habile à se porter héritière pour un huitième du baron de Mecklembourg;

„Voir dire que les qualités héréditaires énoncées dans l'intitulé de cet inventaire seraient certifiées en conséquence et qu'il ne pourrait être délivré d'expedition ou d'extrait dudit inventaire qu'avec lesdites rectifications;

„Et, en cas de contestations, s'entendre condamner aux dépens que le sieur Maier, ès-nom, pourrait employer en frais de liquidation.

„Sous toutes réserves les plus expresses de fait et de droit."

Sur cette assignation, qui contenait constitution de Mᵉ Péronne, avoué près le tribunal civil de la Seine, pour le sieur Maier, ès-nom, Mᵉ Laperche, avoué, s'est constitué pour le sieur Henri de Mecklembourg, les Sʳ et Dᵉ de Reischach et la baronne Philippe de Mecklembourg et la chanoinesse de Mecklembourg ès-nom, suivant acte d'avoué à avoué, en date du 8, 11, 14 et 15 décembre 1855.

La cause en cet état a été distribuée à la 1ʳᵉ chambre de ce tribunal sous le nᵒ 2161 du rôle général le 9 janvier dernier.

Mᵉ Laperche, au nom du baron Henri de Mecklembourg, de la chanoinesse de Mecklembourg, de la dame Vᵉ Philippe de Mecklembourg, ès-noms, et du sieur et dame de Reischach, a signifié, suivant acte du palais du 5 janvier 1856, à Mᵉ Péronne, avoué du tuteur de la mineure de Roeder, des conclusions dans lesquelles il a soutenu:

Qu'il s'agissait de la succession d'un étranger ne comprenant pas même d'immeubles en France, et que les tribunaux français étaient incompétents pour statuer entre les héritiers et représentants qui étaient tous étrangers; qu'en effet le baron de Mecklembourg, qui possédait en Belgique un charbonnage formant la partie la plus importante de sa fortune; en Prusse plusieurs seigneuries, mais aucun immeuble en France, était né à Lubzen, duché de Mecklembourg, le 23 décembre 1784, de père mecklembourgeois (grand Echansen), ainsi que le constatait le certificat délivré par l'autorité compétente le 11 août 1854, annexé à la minute de l'inventaire et que non seulement Maier, ès-noms, qui a laissé faire l'inventaire, payer les droits de succession et partager les valeurs partageables et ne s'est fait connaître qu'à la fin de mai 1855, c'est à dire un an après le décès, ne justifiait pas que le baron de Mecklembourg ait changé de nationalité, mais qu'il résultait des recherches faites et constatées au ministère de la justice, qu'il n'avait été ni naturalisé Français, ni même admis à domicile, et qu'ainsi sa succession était partageable selon les lois de sa patrie, c'est-à-dire le duché de Mecklembourg-Schwérin; — qu'il n'avait pas de testament et ne laissait aucun immeuble en France; — qu'aucun Français ne prétendait à sa succession et qu'ainsi la loi française, non plus que la juridiction française ne pouvaient la régir:

En conséquence, ces conclusions tendaient à ce qu'il plût au tribunal: se déclarer incompétent et renvoyer les parties devant les juges qui en devaient connaître; et condamner Maier ès-nom aux dépens, dont distraction à Mᵉ Furey Laperche, avoué, aux offres de droit.

Sur ces conclusions contraires, le tribunal civil de la Seine a rendu, le 14 mars 1856, le jugement dont la teneur suit:

„Ouï en leurs conclusions et plaidoiries respectives, Dufaure, avocat, assisté de Péronne, avoué de Maier ès-nom; — Bethmont, avocat, assisté de Laperche, avoué des époux de Reischach, de la veuve de Mecklembourg ès-nom, de Henri Ulrich Georges Christian baron de Mecklembourg et de la baronne Louise Elisabeth de Mecklembourg, — ensemble, en ses conclusions; Mᵉ Pinard, substitut du procureur impérial, — et après en avoir délibéré conformément à la loi, jugeant en 1ᵉʳ ressort:

„Attendu qu'il résulte, soit de toutes les circonstances de la cause; soit des documents produits, que le baron de Mecklembourg avait à Paris son principal et en même temps son unique établissement; que depuis 1830, il n'en avait conservé aucun à l'étranger;

„Attendu qu'il résulte de ce fait la conséquence légale que ledit baron de Mecklembourg avait son domicile à Paris et que sa succession s'y est ouverte;

„Attendu qu'il importe peu que ledit baron de Mecklembourg n'ait pas perdu la qualité d'étranger et n'ait pas été autorisé par le gouvernement à jouir en France des droits civils; — qu'en effet, la jouissance légale de ces droits est indépendante de la question de domicile qui ne repose que sur celle de savoir où est en France le principal établissement de l'étranger qui y réside;

„Par ces motifs, réjette le déclinatoire; — se déclare compétent; — dit qu'il sera plaidé au fond; — renvoie la cause à quinzaine pour les plaidoiries; — condamne les parties de Laperche aux dépens de l'incident dont distraction à Péronne, avoué qui l'a requise."

Ce jugement levé et signifié, le sieur Henri de Mecklembourg, les S^r et Dame de Reischach et la D^e veuve Philippe de Mecklembourg ès-noms, prétendant qu'il leur faisait grief, ont interjeté appel, par exploit de Gerbu, huissier à Paris, du 3 avril 1856, et par le même exploit, ils ont fait donner assignation au sieur Maier ès-nom, à comparaître dans les délais de la loi à l'audience et par devant MM. les premier président, président et conseillers, composant la 1ère chambre de la Cour impériale de Paris, 10 heures du matin, aux fins qui seront ci après rapportées.

Sur cette assignation, qui contenait constitution de Mr Caron, pour avoué, Mr Ferron s'est constitué pour le sieur Maier ès-nom, suivant acte du palais du 8 avril 1856.

À la diligence de ce dernier, la cause a été mise au rôle et distribuée à cette chambre devant laquelle les parties ont posé qualités à l'audience du 2 mai.

Les conclusions des parties seront ci-après rapportées.

En cet état, la chanoinesse de Mecklembourg est décédée à Dresde, le 12 avril 1856, en instituant pour légataires universels le sieur Frédéric Hartman de Wikleben et la dame Dolly de Mecklembourg, son épouse.

Par acte du 28 mai 1856, ces derniers ont déclaré reprendre l'instance sur l'appel interjeté par ladite chanoinesse du jugement dont s'agit.

Et par autre acte du palais du même jour, ils ont signifié des conclusions qui rendaient à ce qu'il plût à la Cour: „Donner acte aux époux de Wikleben de ce qu'ils déclaraient reprendre l'instance sur l'appel du jugement énoncée et daté; leur adjuger les conclusions déposées à la barre, au nom de la chanoinesse de Mecklembourg et consorts; sous toutes réserves de plus amples conclusions."

Les parties ont posé qualités sur cette reprise d'instance le 7 Juin 1856.

Suivant autre acte du palais du 9 juillet 1856, Mr Caron a signifié des conclusions motivées par lesquelles reprenant les moyens développés en 1ère instance par les appelants et ci-dessus rapportés, il a conclu à ce qu'il plût à la Cour:

„Par les motifs y contenus et tous autres à déduire devant la Cour ou à suppléer par elle est équité et justice: — mettre l'appellation et le jugement du tribunal civil de la Seine du 14 mars 1856 au néant; — emendant, décharger les appelants des dispositions et condamnations contre eux prononcées; — statuant au principal et faisant la Cour ce que les premiers juges auraient dû faire:

„Dire et juger que le tribunal civil de la Seine était incompétent et renvoyer la cause et les parties devant les juges qui devaient en connaître; — ordonner la restitution de l'amende consignée sur cet appel; — et condamner le sieur Maier ès-nom aux dépens de 1ère instance et d'appel, que les appelants pourraient dans tous les cas employer en frais de liquidation et dont distraction pour ceux d'appel au profit de Me Caron, avoué, aux offres de droit."

En réponse à ces conclusions, Me Ferron, avoué du sieur Maier, a signifié le 19 juin 1856 des conclusions motivées dans lesquelles il soutenait que, depuis un grand nombre d'années le

baron de Mecklembourg avait eu sa demeure constante à Paris, son établissement principal; qu'il n'avait aucun établissement à l'étranger; que dès-lors sa succession s'était ouverte en France et devait être réglée par la loi française; en conséquence, ses conclusions tendaient à ce qu'il plût à la Cour:

„Statuant sur l'appel d'un jugement du tribunal civil de la Seine, du 14 mars 1856: Déclarer l'appel nul et de nul effet, — subsidiairement non recevable; plus subsidiairement et adoptant les motifs des 1ers juges, — mettre l'appellation au néant; — ordonner que ce dont était appel sortirait son plein et entier effet; — et condamner les appelants à l'amende et aux dépens de la cause d'appel, dont distraction à Mr Ferron, avoué qui la requérait aux offres de droit, sous toutes réserves utiles."

La cause étant venue en ordre utile aux audiences des 15 et 22 juillet, les avocats, assistés des avoués des parties, ont repris et développé les conclusions ci-dessus et en ont requis l'adjudication.

La Cour a remis à ce jour pour entendre M. l'avocat général et prononcer son arrêt.

Le ministère public entendu, restait à statuer sur les questions suivantes:

Point de droit.

La Cour devait elle dire que le tribunal de la Seine était incompétent et renvoyer la cause et les parties devant les juges qui devaient en connaître?

Devait-elle au contraire confirmer le jugement?

Quid de l'amende et des dépens?

Après avoir entendu, aux audiences des 15 et 22 juillet présent mois, en leurs conclusions et plaidoiries, Bothmont, avocat des héritiers de Mecklembourg, assisté de Caron, leur avoué; Dufaure, avocat de Maier ès-nom, assisté de Ferron, son avoué; ensemble, à l'audience de ce jour, en ses conclusions, Mr Saillard, substitut du procureur impérial, et après en avoir délibéré, conformément à la loi,

La Cour, donne acte aux époux de Wikleben de leur reprise d'instance, et faisant droit sur l'appel interjeté par les héritiers de Mecklembourg du jugement du tribunal de 1re instance de Paris du 14 mars dernier, — aucun moyen de nullité ni fin de non recevoir contre ledit appel n'ayant été plaidée au fond,

Considérant qu'il est reconnu que Frédéric de Mecklembourg, né à Lubzen dans la principauté de Mecklembourg, est décédé intestat à Paris, le 20 juin 1854; — qu'il est également reconnu que ledit Frédéric de Mecklembourg n'a jamais sollicité l'autorisation d'établir en France son domicile et d'y jouir des droits civils, mais qu'au contraire il a conservé avec le gouvernement dont il était sujet les rapports qu'il jugeait les plus propres à maintenir sa nationalité; que ses héritiers sont étrangers; que les immeubles qui forment une partie de l'émolument héréditaire sont situés en Belgique ou en Poméranie; qu'ainsi il s'agit de la succession d'un étranger à partager entre étrangers en conformité des lois étrangères; soit que pour régler les droits des ayant cause il faille recourir aux statuts du domicile d'origine, soit que l'attribution des biens immobiliers soit soumise à l'application du droit territorial; qu'aucune raison des lors n'impose aux tribunaux français l'obligation de prononcer sur des débats relatifs à des intérêts exclusivement étrangers et dont la solution ne saurait être puisée dans la loi française;

Considérant qu'on allègue à la vérité et qu'il paraît certain que depuis 1830 Frédéric de Mecklembourg a constamment habité la France et qu'il a pris part à des spéculations de diverses natures, mais que ces circonstances, qui seraient fort à considérer s'il s'agissait de mesure provi-

soire, restent sans influence sur la question actuelle, parce qu'elles n'entraînent pas la renonciation au domicile d'origine et qu'il résulte des précautions prises par Frédéric de Mecklembourg pour conserver intacte sa nationalité qu'il avait l'esprit de retour dans le pays où il était né,

A mis et met l'appellation et ce dont est appel au néant;

Emendant, décharge les appellants des condamnations contre eux prononcées;

Au principal, renvoie les parties à procéder devant leurs juges naturels;

Ordonne la restitution de l'amende consignée;

Condamne l'Intimé ès-nom aux dépens des causes principales, d'appel et demandes dont distraction est faite pour ce qui le concerne, à Caron, avoué qui l'a requise, en affirmant les avoir avancés.

Fait et prononcé en la Cour Impériale de Paris, le samedi, 26 juillet 1856, à l'audience publique de la 1ère chambre, où étaient présents et siégeaient: Mr Delangle, 1er président; Mr d'Esparbés, président; MM. Espivent, Thomassy, Filtron, Hély-d'Hoissel, Jourdain, Molin, Broussais, Martel, conseillers; en présence de Mr Saillard, substitut du procureur général. Tenant la plume, Mr Fournier, greffier d'audience.

Mandons et ordonnons etc.

En foi de quoi, le présent arrêt a été signé par le 1er président et le greffier.

En marge est écrit:

„Enregistré à Paris, le 30 juillet 1856, fo 102, co 6; reçu 12 f., double décime compris signé Souenne."

Par la Cour,

signé : **Chevé.**

Signifié le 17 septembre 1856.

XI.

Bemerkungen zu dem Erkenntnisse

vom 26. Juli 1856.

Während das Civiltribunal der Seine in dem oben S. 71 abgedruckten Urtheil nach den Umständen und vorgelegten Urkunden als bewiesen annahm, dass der Verstorbene zu Paris seine Haupt- und seit 1830 seine einzige Niederlassung hatte, dass er demnach als domizilirt in Paris zu betrachten und seine Erbschaft dort eröffnet sei, wird in dem Erkenntnisse des kaiserlichen Gerichtshofs zwar anerkannt, dass der Erblasser seit 1830 beständig in Frankreich gewohnt und dort an Spekulationsgeschäften verschiedener Art theilgenommen habe; aber es wird diesen Thatsachen kein Werth für die Entscheidung der vorliegenden Competenzfrage beigelegt, weil sie keinen Verzicht auf den angebornen Wohnsitz (domicile d'origine) in sich schliessen; weil ferner der Verstorbene nach beiderseitigem Anerkenntniss in Frankreich weder naturalisirt sei, noch jemals die Autorisation zum Domizil und zum Genusse der bürgerlichen Rechte dort nachgesucht (ob er sie nachgesucht, liessen die Parteien dahingestellt; anerkannt war nur, dass weder die Naturalisation, noch die Autorisation ertheilt sey), sondern im Gegentheil mit der Regierung, deren Unterthan er gewesen, Beziehungen unterhalten habe, welche er für die geeignetsten gefunden, seine Nationalität zu bewahren; weil sodann aus den Vorkehrungen (précautions), welche der Verstorbene zur Bewahrung seiner Nationalität ergriffen, hervorgehe, dass er die Absicht gehabt, in das Land seiner Geburt zurückzukehren. Ausserdem werden als Gründe für die Abweisung angeführt: dass die Erben Fremde seien; dass die Grundbesitzungen, welche einen Theil des Nachlasses bilden, im Auslande gelegen; dass es sich demnach handle von der Erbschaft eines Ausländers, welche unter Ausländern zu theilen sey, wobei die ausländischen Gesetze entscheiden; dass endlich kein Grund den französischen Gerichten die Verpflichtung auferlege, über Streitigkeiten sich auszusprechen, welche lediglich fremde Interessen betreffen.

Alle diese Einwürfe sind bereits in den beiden Gutachten, welche die Vormundschaft vor Beginn des Rechtsstreits eingeholt hat, voraus besprochen; sie sind nicht minder in dem plaidoyer des Herrn Dufaure, welcher selbst früher als Minister des Innern und der öffentlichen Arbeiten mit dem Verstorbenen zu thun hatte, gründlich erörtert; sie sind endlich von den Beamten des öffentlichen Ministeriums in beiden Instanzen geprüft und auch von ihnen wie von dem Gericht erster Instanz als unstichhaltig erfunden worden. Auch die Thatsachen und Beweisurkunden aus Berlin, Mecklenburg, Paris, welche die Geschichtserzählung oben Nro. I, S. 6 ff. enthält, sind dem Gerichte zweiter wie erster Instanz vorgelegt worden, haben aber mit Ausnahme des freilich nicht zu bestreitenden Factums des ständigen Wohnsitzes (qu'on allègue à la vérité et qu'il parait certain que depuis 1830 Frédéric de Mecklembourg a *constamment habité* la France et qu'il a pris part à des speculations de diverse nature) keine Beachtung in zweiter Instanz gefunden.

Schon dieser ständige Wohnsitz hätte allerdings nach dem Code Nap. art. 102, 103 und 110 genügen sollen, um die Erbschaft in Paris für eröffnet zu erklären, die Verlassenschaft

daselbst zu theilen (was auch bereits geschehen ist), die dortigen Gerichte zur Entscheidung von Erbstreitigkeiten für zuständig zu erklären. So fasste auch das Gericht erster Instanz die Sache auf; indem es das Domizil im Sinne des Art. 102 als bewiesen annahm und daraus folgerte, dass auch die Erbschaft in Paris eröffnet sei, da in dieser Beziehung nichts darauf ankomme, ob der Erblasser Fremder oder Franzose, oh er zum Genusse der bürgerlichen Rechte ermächtigt gewesen, oder nicht. Der Gerichtshof zu Paris ist aber, wie es scheint, der Ansicht, dass der Art. 102 (le domicile de tout Français est au lieu où il a son principal établissement) dem Wortlaute gemäss blos auf Franzosen zu beziehen sei; denn es wird dem actuellen Wohnsitz des Erblassers in Paris nicht etwa desshalb die Wirkung eines rechtlichen Domizils abgesprochen, weil es an der Absicht desselben gefehlt hätte, seine Hauptniederlassung daselbst zu gründen (art. 103), sondern weil der Erblasser nicht zugleich auf seine Nationalität verzichtet habe. Durch Verzicht auf die Nationalität, d. h. auf die angeborne oder ererbte Heimuth erwirbt man zwar keine andere; Herr v. Mecklenburg konnte aufhören Mecklenburger zu sein, ohne desshalb Franzose zu werden; er konnte Preusse werden, er konnte auch ganz aufhören, einem bestimmten Lande als Staatsbürger anzugehören, wie er in der That nirgends active staatsbürgerliche Rechte ausgeübt hat. All' dieses ist ohne Zweifel auch von dem Gerichte zweiter Instanz erwogen worden. Nichtsdestoweniger hat dasselbe nur die Mecklenburgische Abstammung berücksichtigt und es ist über die Beweise für das beständige und einzige Domizil des Erblassers zu Paris hinweggegangen, „parce qu'elles n'entrainent pas la renonciation au domicile d'origine." Es ist also doch nicht die stricte Auslegung des Art. 102 festgehalten; es hat vielmehr ein anderes Prinzip den Ausschlag gegeben, welches weder durch den Art. 102, noch durch ein anderes Gesetz gerechtfertigt ist, der Grundsatz nämlich: das Domizil des Ausländers ist am Orte seiner Herkunft, oder des Landes, wo er geboren ist, wenn auch sonst alle Bedingungen eines wirklichen Domizils, wie sie Art. 102 sqq. festsetzen, vorhanden sind.

Das domicile d'origine würde hiernach durch die blosse Ergreifung eines eigenen Wohnsitzes (ohne Verzicht auf das Unterthanenrecht) nicht verdrängt; der wirkliche Wohnsitz würde nicht einmal alternativ, neben der durch Geburt bestimmten Heimath (origo) und neben dem dienstlichen Domizil, was der Verstorbene früher in Preussen hatte, seine Rechte behaupten, wie nach einer freilich ganz speciellen Vorschrift der Decretalen in VI[to] lib. I. tit. 9. cap. 3. anzunehmen wäre, sondern das domicilium verum käme nur dann zur Geltung, wenn zugleich auf das angeborne (oder erworbene) auswärtige Unterthanenrecht verzichtet ist. — Hat der Fremde nicht verzichtet, hat er im Gegentheil auf irgend eine Weise zu erkennen gegeben, dass er sich, wenn schon beständig in Frankreich lebend, doch noch als Angehörigen eines andern Staats betrachte, so erwirbt er nach der Ansicht des kaiserlichen Gerichtshofs kein Domizil im gesetzlichen Sinne, so wird seine Erbschaft nicht in Frankreich getheilt, so gelten nicht die französischen Gesetze über die Erbfolge, so entscheiden nicht die französischen Gerichte über Erbschaftsklagen, welche in Bezug auf den beweglichen Nachlass in Frankreich angestellt werden.

Vielleicht könnte man sich zur Unterstützung dieser Ansicht auf einen europäischen Staat berufen, wo in gewisser Weise das Prinzip der Nationalität (vgl. S. 25—34) auf das Erbrecht zur Anwendung kommt, das ist Oesterreich. Obgleich das bürgerliche Gesetzbuch von der Gleichstellung der Fremden mit den Einheimischen im Privatrecht ausgeht (§. 33), namentlich die persönliche Fähigkeit der Fremden zu Rechtsgeschäften von den Gesetzen des Wohnsitzes abhängig macht und nur dann, wenn der Fremde keinen eigentlichen Wohnsitz hat, auf den Ort zurückkehrt, welchem derselbe als Unterthan angehört (§. 34), so ist man doch in Oesterreich bei dem früheren Grundsatze stehen geblieben, in Ansehung des beweglichen Vermögens der in dem österreichischen Staate

gestorbenen Ausländer der zuständigen ausländischen Behörde sowohl die Erbschaftsverhandlung (Theilung) als die Entscheidung aller streitigen Erbansprüche zu überlassen. Es finden jedoch mehrere wichtige Ausnahmen statt: 1) wenn der verstorbene Ausländer einem Staate angehört, welcher die Zuständigkeit der österreichischen Behörden nicht in gleichem Maasse anerkennt: hier findet der Grundsatz der Gegenseitigkeit statt; 2) wenn das Benehmen des auswärtigen Staats nicht ermittelt werden kann; 3) wenn nicht ausgemittelt werden kann, welchem Staate der Verstorbene angehört oder wenn derselbe die auswärtige Staatsbürgerschaft verloren hat; in den beiden letzten Fällen wird bezüglich des inländischen Nachlasses wie bei der Verlassenschaft eines Inländers von den österreichischen Gerichten und nach den österreichischen Gesetzen verhandelt[1]. Eine dieser Ausnahmen, wo nicht alle, würden in unsrem Falle, wäre Herr v. Mecklenburg in Oesterreich gestorben, zutreffen, besonders die erste, da sowohl in Mecklenburg als in Preussen ohne Unterschied zwischen In- und Ausländern die gerichtliche Competenz wie das anzuwendende Erbfolgegesetz durch den letzten Wohnsitz bestimmt werden (s. S. 16—18, 26). Auch hat sich das österreichische Justizministerium bereits bemüssigt gesehen, mittelst Verordnung v. 26. Juni 1856 (Reichsgesetzblatt S. 352) die Gerichte anzuweisen, in Ansehung der in Oesterreich befindlichen beweglichen Verlassenschaften von Angehörigen der vereinigten Königreiche Grossbritannien und Irland, dieselben mögen im österreichischen Staatsgebiete ihren ordentlichen Wohnsitz oder nur einen vorübergehenden Aufenthalt gehabt haben und innerhalb oder ausserhalb des österreichischen Staates gestorben sein, nach dem Grundsatze der Gegenseitigkeit vorzugehen, sonach über den in Oesterreich befindlichen Nachlass derselben, wie über die Verlassenschaft jedes Inländers zu verfahren und lediglich bei Beurtheilung der gesetzlichen Erbfolge dann, wenn der verstorbene britische Staatsangehörige nicht in Oesterreich seinen ordentlichen Wohnsitz hatte, die Gesetze seines Domizils, in sofern sie von den Betheiligten bewiesen werden, zur Richtschnur zu nehmen. Auf den Vorgang Oesterreichs wird man sich hiernach zu Rechtfertigung des von dem Gerichtshof zu Paris befolgten Grundsatzes um so weniger berufen können, als keineswegs nachgewiesen ist, dass der Erblasser, als mecklenburgischer Unterthan gestorben sei und als kein auswärtiges Gericht vorhanden, welchem die Verlassenschaftssache übergeben werden könnte. Die Folge des Erkenntnisses, wenn es dabei sein Verbleiben hätte, wäre vielmehr, dass die in Frankreich unter dem Schutze der französischen Behörden vorgenommene Theilung bei keinem Gerichte angefochten werden könnte!

Wir wollen indess das neue Erkenntniss näher betrachten. Dasselbe nennt selbst im Eingang als locus originis das Gut Lübzin in Mecklenburg, welches zur Zeit der Geburt (1784) noch im Besitze des Obermundschenks v. Mecklenburg war. Schon 1785 wurde aber erwiesenermaassen dieser väterliche Wohnsitz verkauft und von der Familie verlassen; der Sohn Friedrich ist so wenig wie der Vater dahin zurückgekehrt. Es fehlt durchaus an Spuren, ja es ist auch nicht behauptet worden, dass Friedrich v. Mecklenburg mit Lübzin später noch Verbindungen unterhalten oder diesen Ort als seine Heimath betrachtet habe. Die dem Gericht vorgelegte Urkunde der jetzigen Guts- und Gerichtsherrschaft beweist vielmehr das Gegentheil. Zu der erwiesenen Thatsache, dass der lieu d'origine von dem Erblasser 69 Jahre vor seinem Tode gänzlich verlassen worden, kommt nun aber noch die Wahl eines eigenen Wohnsitzes, zuerst eines gesetzlichen Domizils in verschiedenen preussischen Garnisonen (Berlin, Danzig), sodann eines freiwilligen Wohnsitzes in Paris. Es ist anerkannten Rechtens, dass durch das eigene Domizil, gesetzliches oder freiwilliges,

[1] Kais. österreichisches Patent vom 9. August 1854, §. 22—25. (Reichsgesetzblatt S. 848.) Vergl. J. Vesque von Püttlingen, die gesetzliche Behandlung der Ausländer in Oesterreich, Wien 1842, §. 89.

das blos von dem Vater abgeleitete, gleichsam angeborne Domizil vernichtet wird: Locus originis nusquam in foro considerationem habet, cum aliud domicilium proponitur [1]. Die Thatsache der Geburt kann allerdings nicht vernichtet werden, der Ort der Geburt bleibt der Geburtsort auch nach der Ortsveränderung. Aber die Bedeutung eines Domizils verliert derselbe schon von dem Augenblicke an, wo der Vater mit seiner Familie einen andern Wohnsitz gewählt hat, noch mehr, wenn das volljährige Kind sich selbstständig niedergelassen, seinen eigenen Wohnsitz gegründet hat. Sollte auch Paris, wo der Erblasser („en son domicile", wie das Civilstandesregister sagt) gestorben ist, nicht als eigentliches domicilium gelten können, so konnten die Parteien doch jedenfalls nicht nach Mecklenburg verwiesen werden.

Auch wenn man das domicile d'origine oder wie Boullenois [2] dasselbe definirt, le domicile du père au jour de la naissance de l'enfant, nicht beschränkt auf den einzelnen Geburts- oder väterlichen Wohnort, sondern wenn man dasselbe gleichbedeutend nimmt mit patrie, Vaterland, Geburtsland, verhält sich die Sache im Wesentlichen nicht anders. Nach dem Zeugnisse des Polizeipräsidiums zu Berlin (oben S. 7) trat der Verstorbene schon frühe in preussische Militärdienste und verliess diese erst nach erlangter Volljährigkeit mit dem Charakter eines Kapitäns und mit dem Rechte, die preussische Uniform zu tragen. Er begab sich 1818 nach Frankreich und hatte dort jedenfalls seit 1830, auch nach dem letzten Erkenntniss, seinen beständigen Wohnsitz. Die zuvor als Absteigequartier mit grossen Unterbrechungen benützte Wohnung zu Berlin ward von ihm 1830 definitiv aufgegeben. Eine frühere oder spätere Niederlassung des Erblassers in Mecklenburg, oder auch nur eine dahin gerichtete Absicht desselben, ist von den Miterben nicht einmal behauptet, geschweige bewiesen worden.

Gleichwohl nimmt das Erkenntniss an, dass der Erblasser die Absicht gehabt habe, in das Land seiner Geburt zurückzukehren (qu'il avait l'esprit de retour dans le pays où il était né). Diese Absicht wird erschlossen einmal negativ, weil der Verstorbene keine Ermächtigung zum Domizil und zum Genusse der bürgerlichen Rechte in Frankreich nachgesucht habe, sodann positiv aus den Vorkehrungen, welche er zur Erhaltung seiner Nationalität getroffen. Die Frage, ob jene Ermächtigung nothwendig sei, ist schon früher besprochen worden und wird nachher noch berührt werden. Hier nur die Bemerkung, dass selbst, wenn die Ermächtigung wirklich erfolgt wäre, der Erblasser darum noch nicht auf seine Nationalität zu verzichten gehabt hätte, und doch würde in diesem Fall der Gerichtshof kein Bedenken getragen haben, mit dem Domizil auch die Kompetenz der französischen Gerichte einzuräumen. Von welcher Art die schützenden Vorkehrungen (précautions) waren, ist nicht gesagt; es scheint aber, dass darunter die Beziehungen zu der Regierung verstanden sind, deren Unterthan der Erblasser war (dont il était sujet); Beziehungen, welche der Erblasser, wie das Erkenntniss sagt, für die geeignetsten oder erspriesslichsten hielt, um seine Nationalität zu bewahren (rapports qu'il jugeait les plus propres à maintenir sa nationalité). Auch diese Beziehungen sind nicht näher angegeben. Darf man aus den öffentlichen Verhandlungen (s. oben S. 72) schliessen, welche die Grundlage des Entscheids bildeten, so hat schon das öffentliche Ministerium in der Audienz vom 26. Juli bemerkt, dass die meisten der von den Beklagten vorgebrachten Thatumstände nicht wohl als ernstliche Beweise für den animus revertendi gelten können. So die offenen Kisten, worin der Verstorbene seine Gemälde verwahrte — „comme à la veille d'un départ." Es ist dieses Factum schon an einem andern Orte (oben S. 7, Note 4) berührt worden und hier nur noch beizufügen, dass Herr v. Mecklenburg nicht in das Land seiner Geburt, sondern nach Preussen die Gemälde in Sicherheit gebracht hatte und wenn

[1] Argentraeus (d'Argentré) Comment. in Britonum leges art. 218. gl. 6 n° 47.
[2] Traité de la personnalité et de la realité des lois tome I. p. 53.

er sie seither zu Paris nur noch in offenen Kisten zeigte, er dabei in der Weise eines Kunsthändlers verfuhr, der die Gemälde nicht blos so am sichersten verwahrt hält, sondern auch in das beste Licht zu setzen vermag.

Nicht mehr beweisen die rapports mit den auswärtigen Gesandten und die erhaltenen Auszeichnungen. Ob die bei der Krönung Karls X. im Jahre 1827 geprägte französische Gedächtnissmünze oder irgend eine andere Aufmerksamkeit dem Erblasser auf diesem oder jenem Wege zukam, ob er diese oder jene Dekoration erhielt, z. B. den preussischen Johanniter-Orden (welcher bekanntlich an auswärtige wie an inländische Adelige von dem König verliehen wird), ist für den Beweis der Unterthanenqualität und noch mehr für den Beweis des esprit de retour nicht sehr erheblich. Wie der Erblasser, je nachdem es ihm konvenirte, bald sich als Mecklenburger bald als Preusse gerirte, so wurde ihm auch von Andern bald diese bald jene Nationalität beigelegt [1], ohne dass diess seinen wahren Unterthanenrechten und Pflichten etwas verschlug. Auch ein Gesandter kann sich irren und einen Fremden für einen Unterthanen des von ihm vertretenen Staates halten, der es entweder nie war oder aufgehört hat es zu sein, ohne dass die heimischen Staats- und Gemeindebehörden desshalb genöthigt wären, denselben aufzunehmen. Der frühere mecklenburgische Gesandtschaftspass, welcher eine so grosse Rolle spielt in der Beweisführung der Gegner, wird jedenfalls in seiner Bedeutung aufgehoben durch den seit 1837 wiederholt erlangten Pass der preussischen Legation. Die erheblicheren Thatsachen weisen überhaupt auf Preussen, nicht auf Mecklenburg, so die in den belgischen Urkunden seit 1827 häufig gewählte Bezeichnung domicilié de droit à Berlin, résidant à Paris, so auch die i. J. 1840 von dem Verstorbenen als pommern'scher Gutsbesitzer geleistete Huldigung. Wie nach alle dem auf die Absicht des Erblassers geschlossen werden mochte, nach Mecklenburg zurückzukehren, das derselbe seit mehr als fünfzig Jahren verlassen hatte, wo er keinerlei Beziehungen weder der Familie noch des Vermögens unterhielt, ist in der That unbegreiflich. Die Gegner selbst haben wie gesagt nicht behauptet, noch weniger den Beweis, der ihnen oblag, geliefert, dass der Erblasser je beabsichtigt hätte, nach Mecklenburg zurückzukehren, sondern nur im Allgemeinen die mecklenburgische Nationalität d. h. die Geburt des Erblassers in Mecklenburg vorgeschützt. Auch ob der Verstorbene als mecklenburgischer oder preussischer Unterthan gestorben, liessen sie dahingestellt. Der Richter durfte aber nicht ein mangelhaftes thatsächliches Vorbringen ergänzen und daraus eine Grundlage für weitere Folgerungen bilden, die mit dem Vorbringen der Partei selbst nicht übereinstimmten.

Das Erkenntniss verwechselt offenbar das Land der Geburt (le pays où il était né) mit der staatsbürgerlichen Heimath, indem es für die Absicht, in jenes zurückzukehren, Verbindungen mit dem Gouvernement geltend macht, dont il était sujet. Oder sollten die angeblichen Beziehungen zu Mecklenburg auch dann noch auf eine beabsichtigte Heimkehr dahin schliessen lassen, wenn Herr v. Mecklenburg aufgehört hatte, mecklenburgischer Unterthan zu sein, oder wenn er, wie die Gegner geltend machen wollen, auch nur in Preussen domizilirt war? Die Beziehungen zu dem mecklenburgischen Residenten, wenn sie auch bis zum Jahr 1837 lebhafter gewesen sein sollten, scheinen in der That mehr auf alte persönliche Bekanntschaft mit jenem Diplomaten, welcher (laut Briefs des Herrn v. Wächter an den Vormund) seit 40 Jahren in Paris sich befindet, als auf eine sichere staatsrechtliche Basis sich gestützt zu haben. Dass der Verstorbene im Laufe der letzten 50 Jahre mit den Behörden im

[1] Der Berichterstatter über seine Gemäldesammlung (oben Seite 4, Note) nennt ihn einen geborenen Preussen, wie auch der Referent über die Gerichtsverhandlungen in der Gazette des tribunaux vom 27. Juli 1856, oben S. 72.

Lande Mecklenburg-Schwerin, in Verbindung gestanden, dass er dort seinen persönlichen Gerichtsstand anerkannt, dass er in Mecklenburg persönliche oder Vermögenssteuer entrichtet, ist nicht behauptet worden. Was bleibt also von den angeblichen Beziehungen zu Mecklenburg übrig? Nichts als dass er dort geboren ist. Der Schluss von der Geburt in einem Lande auf das dortige Staatsbürger- oder Unterthanen-Recht ist aber unzulässig — wie man in der Logik sagt — ein saltus in demonstrando. Alle Thatsachen im Leben des Verstorbenen, welche zwischen seiner Geburt und seinem Tode liegen, sind übergangen. Wie gesagt, die erheblicheren Thatsachen, welche die Gegner vorbrachten, weisen auf preussischen, nicht auf mecklenburgischen Unterthanen-Verband. Wenn also aus dem Unterthanen-Verband auf den animus revertendi geschlossen werden darf, so musste dieser auf Preussen bezogen werden, was insofern nicht gleichgiltig ist, als die preussische Gesetzgebung der Mündel günstiger ist, als das mecklenburgische Recht. Von Preussen ist aber in dem ganzen Urtheil nicht die Rede.

Hat das Erkenntniss die thatsächliche Grundlage des Streits mehrfach verrückt, so gibt dasselbe nicht weniger Anlass zu Bedenken durch Nichtbeachtung oder irrige Auslegung von Gesetzesbestimmungen, und es ist um so nothwendiger, hierbei zu verweilen, als eine Verletzung oder falsche Anwendung der Gesetze durch das Rechtsmittel der Cassation angefochten werden kann, während in Bezug auf den Beweis von Thatsachen das Cassationsgesuch nur mittelbar in so fern Hülfe gewährt, als das aus Rechtsgründen umgestossene Erkenntniss überhaupt nicht mehr zu Recht besteht, sondern die Sache an einen andern Gerichtshof zur Erledigung überwiesen wird.

I. Die französischen Gesetze, welche das Erkenntniss nicht beachtet, oder irrthümlich angewendet hat, sind folgende:

a) Die Art. 102, 103, 110 und 822 des Code civ. und Art. 59 des Code de proc., wonach die Erbfolge eröffnet und der Gerichtsstand der Theilung begründet ist am Orte des Domizils des Erblassers, d. h. da, wo derselbe zur Zeit des Todes seine Hauptniederlassung hatte. Die einschränkende Erklärung des Art. 102, als ob blos das Domizil von Franzosen am Orte des principal établissement wäre, die Mobiliarerbschaft von Fremden aber, wenn diese auch noch so lange in Frankreich gewohnt und Geschäfte getrieben, und selbst sonst nirgends einen Wohnsitz haben, dort nicht angefallen, dort nicht zu theilen wäre und kein Rechtsschutz von Fremden deshalb erlangt werden könnte, ist durch kein Gesetz gerechtfertigt. Ebensowenig geht aus Art. 13 hervor, dass zu Gewinnung eines Domizils in Frankreich eine Autorisation nothwendig sey; er enthebt nur denjenigen, welcher vom Staatsoberhaupt förmlich ermächtigt ist, sein Domizil in dem französischen Staate zu gründen, gewissen Beschränkungen, welche sonst den Ausländer treffen (s. oben S. 20, 24, 53). Der Hauptzweck des Art. 13 war aber, für diejenigen Fremden, welche die Naturalisation in Frankreich beabsichtigen, einen Uebergangszustand zu bilden, weil die Naturalisation nach der Constitution des Jahres VIII. der Republik erst zulässig ist nach einer Probezeit von 10 Jahren, welche Zeit nach einer späteren Auslegung des Staatsraths von ertheilter Autorisation zum Domizil an lauft. Jetzt kann die Frist bei grossen Verdiensten des Fremden um Frankreich, z. B. durch Gründung grosser Manufakturen bis auf ein Jahr abgekürzt werden; aber immer bleibt die Ermächtigung zum Aufenthalt der nothwendige sichere Anhaltspunkt zur Berechnung der Frist, die Einleitung zur Naturalisation, wenn diese auch nicht immer nachfolgt. Die Autorisation ersetzt desshalb den Wohnsitz nicht, die residence muss zur Ermächtigung hinzukommen. Die Autorisation gibt also nur verstärkte Domiziliarrechte, eine Art von politischem Domizil, nicht aber ist sie die Bedingung zur Erwerbung des Domizils überhaupt. Auch der Gerichtshof zu Paris hat in einer Entscheidung vom 15. März 1831 die Art. 13 und 102

dahin ausgelegt, dass das Domizil der Ausländer in Frankreich auf dieselbe Weise entstehe, wie bei den Franzosen.[1]

b) Der Art. 11 des Code Nap., wonach der Fremde in Frankreich dieselben Civilrechte zu geniessen hat, welche den Franzosen durch Staatsvertrag eingeräumt sind in demjenigen Staate, welchem der Fremde angehört. Ein solcher Staatsvertrag bestebt zwischen Frankreich und Württemberg vom Jahre 1778 (s. oben S. 19, Note 2 S. 40), Dieser Vertrag sagt nicht blos den beiderseitigen Unterthanen das Recht der Erbfolge zu, sondern er behält auch ausdrücklich vor, dass die fremden Erben sich in vorkommenden Successionsfällen dem Herkommen und der Ordnung des Landes gemäss sowohl wo sie ihnen günstig, als wo sie ihnen ungünstig, gleich den natürlichen Unterthanen zu verhalten haben. Ein Unterschied, ob der Erblasser selbst ein Fremder oder ein Franzose ist, wird hiebei nicht gemacht. Auch jetzt noch ist es Praxis in Württemberg, dass der Nachlass eines Verstorbenen nach württembergischen Gesetzen vererbt wird, „wenn nur der Erblasser seinen Wohnsitz in Württemberg hatte, ohne Unterschied zwischen den in Württemberg und den im Auslande befindlichen Vermögenstheilen;" andererseits wird, wenn ein in Württemberg begüterter Ausländer im Auslande stirbt, die Verlassenschaftssache auch in Bezug auf den in Württemberg befindlichen Nachlass der ausländischen Behörde überlassen.[2]

Hienach ward z. B. die Erbschaft zweier Töchter eines Beamten Kreuser in Zweibrücken (Rheinbaiern), welche in Stuttgart nach längerem Aufenthalt gestorben waren, ohne dort in das Bürger- und Unterthanenrecht aufgenommen zu sein, von der Pupillenbehörde in Stuttgart vertheilt (1821 und 1831) und der königlich bayerische Staatsprokurator zu Zweibrücken, mit welchem das königliche Stadtgericht zu Stuttgart später communicirte, bemerkte darüber in einem Schreiben vom 3. Juni 1854:

> Hatten die Erblasserinnen ihr Domizil bei ihrem Tode nicht in Stuttgart, sondern dahier in Zweibrücken, so war deren Erbschaft als hier eröffnet anzusehen und die weiteren Verhandlungen hätten dahier geführt werden müssen. Alle entgegenstehenden Verfügungen jenseitiger Gerichte sind dann für uns hier als nicht geschehen zu betrachten. Hatten die Erblasserinnen (aber) ihr Domizil in Stuttgart, dann waren alle Erbschaftsfragen nach dortigen Gesetzen auszutragen und die Art und Weise, wie diess geschehen, ist dann auch für diesseits rechtsgültig.[3]

Demnach ward der letzte wirkliche Wohnsitz und nicht der väterliche Wohnsitz auch vom Standpunkte des rheinbairischen Rechts, d. h. des französischen Gesetzbuchs als entscheidend anerkannt und es blieb nur noch die Frage, wie es mit der Verwaltung des Antheils der abwesenden Erben zu halten, eine Frage, welche uns aber hier nicht beschäftigt.

c) Das Gesetz vom 14. Juli 1819, Art. 1, welches den Fremden ohne Unterschied das Recht

---

[1] Considerant que la loi sur le domicile est conçue en termes générales et n'établit aucune difference entre les étrangers et les regnicoles; que cette distinction serait contraire à la nature des choses, et aurait pour résultat de porter *atteinte a la foi publique* et à la sûreté des transactions civiles et commerciales; qu'il est de principe que les questions de domicil s'apprecient par les circonstances etc. Sirey 1831. II. p. 238. Ebenso wurde von dem Kassationshof in mehreren Fällen geurtheilt: dass ein Fremder, unter Umständen, als in Frankreich domilizirt betrachtet werden könne, auch wenn er nicht von dem Staatsoberhaupt zur Niederlassung in Frankreich besonders ermächtigt worden. Erkenntniss des Cassationshofs vom 24. April 1827 (Sirey vol. VIII. part. 1, p. 580) und 28. April 1836 (Sirey 1836. I. p. 749).

[2] Stein, Handbuch des württembergischen Erbrechts, 2. Ausgabe von Kübel. Stuttgart 1844. §. 215.

[3] Eine beglaubigte Abschrift dieses Schreibens liegt bei den Akten zu Paris.

einräumt, de succéder, de disposer et de recevoir de la même manière que les Francais, dans toute l'étendue du royaume. Diese Gleichstellung der Fremden im Erbrecht hätte keine Bedeutung, wenn nicht auch ein gleicher Rechtsschutz den Fremden wie den Einheimischen zukäme, mit andern Worten, wenn denselben als Fremden das jus standi in judicio abgesprochen werden dürfte. Ja die Fremden wären im letztern Falle jetzt übler daran, als vor 1819, wo Niemand daran zweifelte, dass wenigstens diejenigen Fremden, welche durch Staatsverträge geschützt waren, ihr Erbrecht in Frankreich geltend machen können, auch wenn der Erblasser selbst ein Fremder war. Wie, wenn der Fremde, welcher einen andern Fremden eigenmächtig ausschliesst, ausserhalb Frankreichs gar nicht zu treffen, oder gar nicht zu belangen wäre? Sollte dieser in Frankreich schutzlos jenem gegenüberstehen oder höchstens eine conservatorische Massregel, die in vielen Fällen zu spät kommt, zu erlangen sein? Mit Recht sagte der Berichterstatter in der Pairskammer (Boissy d'Anglas) zu obigem Gesetze: „Les usages ou la législation envers les étrangers ont toujours été d'autant moins favorables, que les peuples, qui les ont suivis, ont été plus éloignés d'une civilisation perfectionée.“ Man hoffte durch das Gesetz fremde Kapitalisten und industrielle Kräfte aller Nationen anzuziehen, welche bisher durch das droit d'aubaine abgeschreckt waren. Allerdings konnten die Ausländer schon bisher durch die Naturalisation alle Vortheile der Inländer erlangen. Gegen diesen Einwand bemerkt aber der Berichterstatter: die Naturalisation fordere viele Umstände, sei abhängig von dem Willen des Ministeriums; endlich könne man auch die Ausländer nicht in die empfindliche Alternative versetzen: entweder sich dem droit d'aubaine zu unterwerfen, oder selbst die Bande zu lösen, welche sie bisher an ihr Vaterland geknüpft.[1] Dass die französischen Gesetze über die Erbfolge der Fremden entscheiden, wird sowohl von dem Justizminister als dem Berichterstatter der Pairskammer vorausgesetzt. Jener äusserte bei Einbringung des Gesetzes in der Deputirtenkammer unter Anderem (zu Rechtfertigung des Art. 2): nous usons du droit qui appertient à toutes les nations de *régler les successions qui s'ouvrent dans leur territoire.*[2] Dieser aber sagte: nul doute se rencontre, lorsceque les biens formant la succession d'un étranger se trouveront en France, ils seront distribués aux héritiers de l'étranger *conformement aux lois francaises* et cela résulte expressement d'une disposition de notre Code.[3] Hiernach lässt sich der Anwendung der französischen Gesetze auf die Erbschaft eines Fremden nicht mit der Einwendung begegnen: derselbe sei ja nicht naturalisirt oder er sei nicht zur Ausübung der droits civils autorisirt gewesen; denn durch das erwähnte Gesetz erhielten ja die Fremden aller Nationen, unabhängig von Verträgen, dieselben droits civils bezüglich der Erbfolge wie die Franzosen und wie die in das französische Domicil ausdrücklich recipirten Fremden, während sie solche zuvor allerdings nur durch eine sogenannte diplomatische Reciprocität erlangen konnten. Mit andern Worten: das Erbrecht, activ und passiv, welches früher ein jus civile im engeren Sinne war, wurde juris gentium, ein droit des gens.

d) Der Art. 7 des Code Nap., welcher deutlich politisches und civilrechtliches Domizil unterscheidet:

> L'exercice des droits civils est independant de la qualité de Citoyen, laquelle ne s'acquiert et ne se conserve que conformement à la loi constitutionelle.

Also die Ausübung der Civilrechte, z. B. des Erbrechts, ist nicht bedingt durch den Besitz des Staats- oder Gemeindebürgerrechts an demselben Orte. So entscheiden auch die französischen

[1] Moniteur 1819, p. 696—698.

[2] Moniteur p. 708.

[3] L. c. p. 698.

Gerichte: Le domicile *civil* est autre que le domicile *politique*; le lieu où une personne exerce ses droits politiques et a le siège de ses propriétés, n'est pas réputé le lieu de son domicile, si cette personne, ayant une maison ailleurs, y fait sa résidence habituelle et y paie sa contribution personnelle et mobilière.[1] Die Entrichtung dieser Personal- und Mobiliar-Vermögenssteuer wird ebenso wie die Gründung eines Gewerbs, der Dienst in der Nationalgarde u. s. w. als Zeichen einer stillschweigenden Domizilirung angesehen.[2] Im Widerspruch hiermit macht das Erkenntniss zweiter Instanz das Erbrecht an der Verlassenschaft eines Fremden abhängig von dessen politischem Domizil, indem es, so lange noch Beziehungen des Fremden zur Regierung, deren Unterthan er ist (dont il était sujet), erhalten bleiben, auch ein civilrechtliches Domizil im Sinne des Code art. 102 und 103 an einem andern Orte nicht aufkommen lässt. Dass der Erblasser auch sein politisches Domizil oder Staatsbürgerrecht nicht in Mecklenburg hatte, wohin jetzt der Vormund mit seiner Klage verwiesen wird, wird nachher (zu. II.) noch gezeigt werden.

e) Der Art. 115 des Code Nap. und die Art. 2, 59, 69 des Code de proc., wonach in dem Falle, wenn eine Person kein oder doch kein bestimmtes Domizil hat, der Aufenthaltsort (la residence) an die Stelle tritt. Hatte der Erblasser kein Domizil in Paris, so hatte er gar keines; denn weder zu Berlin noch in Mecklenburg war er domizilirt (s. oben S. 6 u. 7, 32). Die Erbschaft war somit am Orte seines letzten Aufenthalts eröffnet und dies war unbestritten Paris, wo er seit 1818 lebte und wo er seit einer Reihe von Jahren factisch seinen allgemeinen Gerichtsstand hatte, den auch die Erben dadurch anerkannten, dass sie dort die öffentliche Theilung nachsuchten. Wenn jetzt, nachdem die Rechtmässigkeit dieser Theilung Namens einer abwesenden Verwandten angefochten ist, das forum hereditatis zu Paris bestritten wird, so kann diess keinen andern Zweck haben, als einen materiellen Anspruch in dieser Sache zu umgehen; denn weder die Gerichte in Mecklenburg, noch die Gerichte in Preussen können nach den dort geltenden Grundsätzen (s. oben S. 16, Note 2, S. 44, 45) als competent zur Theilung der Verlassenschaft oder zur gerichtlichen Entscheidung über die Ansprüche auf die Mobiliar-Erbschaft betrachtet werden. Die französischen Gerichte können aber doch nicht ein solches Bestreben unterstützen wollen!

II. Ausser den französischen Gesetzen blieben die fremden Gesetze, namentlich die in Mecklenburg geltenden Rechtsbestimmungen unbeachtet. Der Hof zu Paris konnte unmöglich die Parteien an die mecklenburgischen Behörden als ihre „natürlichen" oder gesetzlichen Richter verweisen, ohne dass sie diess nach dem dortigen Rechte wirklich sind. Klägerischer Seits wurde nun aber in beiden Instanzen ein Zeugniss zweier mecklenburgischen Advokaten und Prokuratoren des höchsten Gerichts zu Rostock, vorgelegt, dahin gehend, dass nach dem in Mecklenburg geltenden Rechte die Erbfolge in das Mobiliarvermögen ohne Rücksicht darauf, ob der Erblasser ein Inländer oder Ausländer war, durch die Gesetze des Orts bestimmt werde, wo der Erblasser seinen letzten festen Wohnsitz hatte (s. oben S. 26, Note 2). Dieses Zeugniss, von dem französischen Viceconsul zu Rostock legalisirt und in das Französische übersetzt, scheint völlig übersehen worden zu sein, obgleich dasselbe in beiden Instanzen unangefochten geblieben ist und darnach unschwer zu ermessen war, dass die mecklenburgischen Gerichte in diesem Falle nicht competent sind.

Weiter kommt in Betracht das grossherzoglich mecklenburgische Gesetz vom 1. Juni 1853 (Regierungsblatt von 1853, Nr. 23), worauf der mecklenburgische Advokat Dr. Bolten in

[1] Devilleneuve, Jurisprudence du XIXme Siècle, table tricennale. (Paris 1842.) p. 343. Nr. 2. 3.

[2] L. c. Nr. 18. Idem table decennale, de 1831 à 1840 (Paris 1841) p. 323. Nr. 21—24.

seiner gleichfalls dem französischen Gerichte übersetzt vorgelegenen Beitrittserklärung zu dem deutschen Gutachten aufmerksam gemacht hat (s. oben S. 49). In §. 9 dieses Gesetzes, dessen offizielle Ausgabe nebst einem Attest des Ministeriums des Innern zu Schwerin über seine fortdauernde Gültigkeit in den Händen des Advokaten Herrn Dufaure sich befand, werden folgende Fälle der „Auswanderung", d. h. des Verzichts auf das Staatsbürgerrecht verzeichnet:

„§. 9. Als Auswanderung ist zu betrachten:

1) wenn ein Unterthan ohne Erlaubniss Unsere Lande verlässt und nicht binnen 10 Jahren zurückkehrt;
2) wenn ein Unterthan zwar mit Erlaubniss (Pass, Wanderbuch u. s. w.) Unsere Lande verlässt, aber nicht binnen 10 Jahren nach Ablauf der für die Dauer der Erlaubniss bestimmten Frist zurückkehrt;
3) wenn ein Unterthan in die Dienste eines fremden Staates tritt und zu diesem Ende das Land verlässt, ausgenommen, dass ihm dazu Unsere besondere Erlaubniss ertheilt und der Fortbestand des Unterthanenverhältnisses bei Ertheilung derselben ausdrücklich zugesichert ist;
4) wenn Unterthanen mit der ausdrücklichen Erklärung, auswandern zu wollen, ihr bisheriges Domizil aufgeben, das Land verlassen und entweder in einem deutschen Bundesstaate das Unterthanenrecht erwerben oder ausserhalb der deutschen Bundesstaaten ein Jahr lang sich aufgehalten haben."

Einer dieser vier Fälle, wo nicht alle, finden auf den Verstorbenen Anwendung, welcher schon im Jahr 1799 Mecklenburg verlassen und seither auswärts, zuerst in Preussen, sodann in Frankreich, ein Domizil im rechtlichen Sinne gegründet hat. Schon der Eintritt in den preussischen Dienstverband (1799) hatte den Verlust des mecklenburgischen Unterthanenrechts zu Folge (zu 3), wenn nicht dazu eine besondere Erlaubniss ertheilt und zugleich der Fortbestand des Unterthanenrechts ausdrücklich zugesichert wurde, welches beides aber als res exceptionis von den Gegnern zu beweisen gewesen wäre. Die Gegner haben einen solchen Vorbehalt nicht behauptet. Selbst wenn wir von der Annahme fremder Bedienstung absehen, würde das mecklenburgische Unterthanenrecht in Folge der langjährigen Abwesenheit verloren sein; der Gesandtschaftspass, wenn er auch die Erlaubniss der vorgesetzten Behörde oder einen von ihr ertheilten Pass ersetzen könnte, würde in dieser Beziehung, da der Pass seit 1837 nicht mehr erneuert worden, keine Wirkung mehr äussern können.

Die einzige scheinbare Einwendung, welche wider die Geltung dieses Gesetzes gemacht werden könnte, wäre diese: dass dasselbe nicht wohl auf Handlungen bezogen werden könne, welche vor dem Erscheinen des Gesetzes sich zugetragen, oder auf eine Zeit, die hinter ihm liege; da nun der Erblasser schon im Juni 1854, ein Jahr nach der Verkündigung des Gesetzes, gestorben sei, so könne weder die preussische Bedienstung der Jahre $\frac{1799}{1810}$, noch die Abwesenheit aus Mecklenburg in Rechnung kommen. Diese Einwendung, welche wir hier nur fingiren, hätte Bedeutung, wenn es sich um den Erwerb oder Verlust von Privatrechten handelte, oder wenn mit dem fraglichen Gesetz beabsichtigt wäre, einen neuen Verjährungstermin für Rechte unter Einzelnen, oder einen neuen Erlöschungsgrund für privatrechtliche Verbindlichkeiten einzuführen: in diesem Fall würde jener Termin, wenn nicht das Gesetz selbst die Rückwirkung vorschriebe, erst laufen von dem Tage der Gesetzesverkündigung an, resp. die Verbindlichkeit nur erlöschen, wenn der Verlustgrund unter die Zeit der Herrschaft des neuen Gesetzes fiele. Dem ist aber nicht so bei öffentlichen Rechten, welche nicht sowohl im Interesse der Einzelnen als mit Rücksicht auf das öffentliche Wohl eingeführt sind, wie z. B. bei dem staatsbürgerlichen Wahlrecht, welches

nach einem gewissen Massstabe allgemein normirt wird, ohne dass die bisherigen Wahlrechte entgegenständen, ebenso bei dem Heimatbrecht, welches bei dem Vorhandensein gewisser Thatsachen (z. B. Reception, Geburt, Wohnsitz, Trauung der Eltern) angenommen wird, wenn auch die Thatsache schon vor Erscheinung des neuen Gesetzes sich zugetragen hat. Schon im Prozesse ist es zwar Regel, dass gerichtlich schon erwiesene Thatsachen auch ferner gelten, wenn sie nur nach dem bisherigen modus procedendi richtig festgestellt sind; dagegen wird aus dem Grunde, weil der zu beweisende Gegenstand noch aus früheren Zeiten herrührt, die Befolgung des neuen Gesetzes nicht als Rückanwendung betrachtet. So war der Art. 340 des Code Nap., welcher die Untersuchung der Vaterschaft verbietet, anzuwenden ohne Rücksicht auf das Gesetz, welches zur Zeit der Erzeugung oder Geburt des Kindes stattgefunden.[1] Ebenso verhält es sich mit Rechtsvermuthungen aus gewissen Vorgängen, welche den Beweis ergänzen, oder ersetzen durch gesetzliche Vorschriften für den Richter oder Verwaltungsbeamten, welche Absicht gewissen Handlungen oder Unterlassungen unterlegt werden sollte.[2]

Eine solche Vorschrift liegt hier vor. Dem ausdrücklichen Verzicht auf das Unterthanenrecht werden gleichgestellt gewisse Fälle eines stillschweigenden Verzichts oder gewisse Handlungen, welche, weil unvereinbar mit der Unterthanenpflicht, in jenem Sinne gesetzlich genommen werden. Schon nach allgemeinen Grundsätzen widerstrebt es dem Unterthaneneide, in die Dienste und damit in den wenigstens temporären Unterthanenverband eines andern Staats zu treten ohne Erlaubniss der vorgesetzten Staatsbehörde. Ebenso ist es mit dem Falle langer Abwesenheit, welche den Staatsbürger hindert, seinen Pflichten gegen das eigene Vaterland nachzukommen. Mehrere Landesgesetze (z.B. die württembergische Verfassung §. 35) setzen fest, dass durch einen bleibenden Wohnsitz im Ausland das Staatsbürgerrecht verloren gehe, wenn dieses nicht mit Regierungs-Bewilligung vorbehalten wird. Das mecklenburgische Gesetz suchte dem Mangel bestimmter Vorschriften abzuhelfen. Es lag dabei nicht die Absicht zu Grunde, etwas lediglich Neues zu schaffen, sondern zunächst nur der Ungewissheit des bestehenden Rechts zu steuern; diess konnte aber nur geschehen durch bestimmte Anhaltspunkte, welche ein umständliches Beweisverfahren und unsichere Erwägungen der vollziehenden Behörden über die Absicht der Rückkehr abschnitten. Dass der Gesetzgeber hierbei zwischen früheren oder späteren Handlungen hätte unterscheiden, eine Abwesenheit, welche bereits vor vielen Jahren begonnen, nicht unter dem neuen Gesetze begreifen wollen, ist nicht anzunehmen, da sonst die Wirkung des Gesetzes, welches als eine lex cogens sich ankündigt, für lange Zeit hinausgeschoben worden wäre. Dass dabei bestimmte Fristen zur Sprache kommen, welche mit Verjährungsterminen Aehnlichkeit haben, thut nichts zur Sache; sonst könnten Minderjährige, welche nach einem neuen Gesetze früher als bisher die Minderjährigkeit erlangen, die jura minorum für die ausfallende Zeit noch in Anspruch nehmen, blos deshalb, weil ihre Minderjährigkeit bereits im Laufe war, als das neue Gesetz gegeben wurde, und sie, als unter dem alten Gesetze geboren, eine Erziehung erhalten hatten, welche auf eine spätere Selbstständigkeit berechnet war.

Es ist überflüssig, hier auch noch auf das preussische Gesetz über Erwerb und Verlust der Eigenschaft als preussischer Unterthan vom 31. Dec. 1842 zurückzukommen, worauf das eben angeführte mecklenburgische Gesetz grossentheils entnommen ist. Ich bemerke nur, dass nach

[1] Zacharia, französisches Civilrecht 5. Ausgabe von Anschütz §. 30, Note 4. Auch v. Savigny römisches Recht Bd. VIII, S. 529 nimmt diess an.

[2] Weber, über die Rückanwendung positiver Gesetze, Hannover 1811, S. 160—162.

diesem Gesotze [1] der Erblasser durch seine Bestallung in Preussen preussischer Unterthan geworden ist, also schon im Jahr 1799 aufhörte, mecklenburgischer Unterthan zu sein, wenn er nicht das mecklenburgische Unterthanenrecht mit Bewilligung der heiderseitigen Regierungen sich ausdrücklich resorvirte. Wie mehrfach ausgeführt worden (S. 17 f., 27 f.), ist es jedoch nicht das Unterthanenrecht, welches hier entscheidot, sondern der wirkliche Wohnsitz, welcher auch an oinem andern Orte, in einem andern Lande, als wo man Bürger und Unterthan ist, genommen werden kann.

Es sei mir erlanbt, hier einige Worte über den animus revertendi (esprit de retour), welchen der Verstorbene nach dem Urtheil zwoiter Instanz gohabt haben soll, heizufügen. Schon früher (S. 24) ist bemerkt worden, dass der bleibendo Aufenthalt, wio er zum Domizil orfordert wird, den Vorbehalt einer späteren Aenderung des Domizils nicht ausschliesse. Dio Worte: unde non sit discessurus *si nihil avocet*, unde cum profectus est, peregrinari videtur (c. 7 Cod. de incolis) sagen nur, dass jeder da seinen Wohnsitz habe, wo er den Mittelpunkt des häuslichen Lebens und seiner Geschäfte sich gebildet und wo er die Absicht habe zu bleiben, wenn nichts ihn abrufe, vulgär ausgedrückt, „wenn nichts dazwischen komme", oder m. a. W. wenn keine andere Entschliessung eintreto. Der Code art. 17 erwähnt des esprit de retour in Verbindung mit dem Verluste der Eigenschaft eines Franzosen: die französische Nationalität geht verloren durch jede Niederlassung im Auslande, womit nicht die Absicht verbunden ist, später wieder einmal nach Frankreich zurückzukehren (par tout établissement fait en pays étranger *sans esprit de retour*); ein commerzielles Etablissement soll aber niemals als ein solches angesehen werden, womit dor esprit de retour nicht verbunden ist; m. a. W. durch eine auswärtige Handels- oder Gewerbsniederlassung, und sei diese auch die Hauptniederlassung, womit der Wohnsitz verknüpft ist (Art. 102), wird das französische Staatsbürgerrecht nicht eingebüsst. Man muss daher wohl unterscheiden dio Absicht, an einem Orto seinen Wohnsitz aufzuschlagen, was allerdings in sich schliesst die negative Intention, nicht an den früheren Wohnsitz zurückzukehren (wenn nicht facto et animo ein doppelter Wohnsitz erstrebt wird), und die Absicht in einem Lande sich als Unterthan niederzulassen, wozu keineswegs der Wille gehört, blos hier und nirgends anders (sei es auch mit Erlaubniss der Regierung) zu wohnen, wohl aber der Wille, auf das frühere Unterthanenrecht zu verzichten, nicht ferner Unterthanenrechte in dem bisherigen Vaterlande ausühen, nicht als Unterthan sofort zurückkehren zu wollen (wenn nicht die Verbindung beider Unterthanenrechto ausnahmsweise gestattet wird). Der Franzose hört nach der richtigen Ansicht nicht auf, Franzose zu sein, wenn schon er seinen Wohnsitz nicht in Frankreich hat,[2] es wäre denn, dass er die Absicht hätte, nicht mehr nach Frankreich zurückzukehren, Frankreich für immer zu verlassen (animus *non* revertendi), was aber aus einem établissement de commerce, also auch aus der blossen Ergreifung des Wohnsitzes in oinem auswärtigen Lande nicht vermuthet werden soll. Nur von den Gesetzen über den Zustand und die Rechtsfähigkeit im Allgemoinon, z. B. den Volljährigkeitstermin, sagt der Code Art. 3, dass sie den Franzusen auch im Auslande begleiten, während derselbe im Übrigen nicht dagegen ist, dass die Orts- oder Landesgesetze auf ihn angewendet werden. Auch der Erblasser brauchte, um in Frankreich zu domiliziren, nicht sein Vaterland oder das Recht, später dahin zurückzukehren, aufzugeben. Er konnte möglicher Weise

---

[1] §. 6. „Eine von Uns unmittelbar oder von Unsern Zentral- oder Provinzbehörden vollzogene oder bestättigte Bestallung für einen in den Preussischen Staatsdienst aufgenommenen Ausländer vertritt zugleich die Stelle der Naturalisations-Urkunde."

[2] Sirey 1836 I, p. 217. Demolombe VIII, p. 349.

Preusse, er konnte Mecklenburger bleiben und doch seinen persönlichen Gerichtsstand in Frankreich haben und dort beerbt werden. Mehr aber als jene Intention kann doch in keinem Falle aus allen den „precautions, welche der Verstorbene ergriffen haben soll (z. B. den Gesandtschaftspässen) abgeleitet werden.

Dass bei der mangelhaften Berücksichtigung der bestehenden Gesetze die Vormundschaft das einzige Mittel, welches die französische Gerichtsverfassung übrig lässt, nicht unbenützt lassen darf, könnte nur dann in Frage sein, wenn auch bei dem höchsten Gerichte in Frankreich Gründe entscheiden könnten, wie folgende:

1) Dass die Erben durchaus Fremde sind (que ses héritiers sont étrangers). Wäre auch nur ein einziger Franzose bei dem Streite betheiligt, wenn schon die andern Erben Ausländer, so würde der Gerichtshof keinen Anstand genommen haben, zu entscheiden, und dann auch das französische Gesetz anzuwenden. Allein wir fragen: entspricht ein solcher Unterschied der Courtoisie unter gleichberechtigten Nationen? Entspricht er den Grundsätzen des heutigen internationalen Verkehrs, dem Principe des Gesetzes von 1819, entspricht er auch nur dem Prinzip der Intestat-Succession und der Lehre von den Gerichtsständen? Der Gerichtsstand und das Gesetz einer Verlassenschaft können sich doch nicht nach dem Forum der Erben richten!

2) Dass die Immobilien, welche einen Bestandtheil der Verlassenschaft bilden, in Belgien und Pommern gelegen seien.

Hierauf ist einfach zu bemerken, dass ein Urtheil über diese Immobilien, im Hinblick auf die französischen Gesetze, den französischen Gerichten gar nicht zugemuthet ist. Die Klage und ihre ganze Begründung war blos auf die Mobiliar-Erbschaft gerichtet, welche in Frankreich grossentheils befindlich und dort Gegenstand einer öffentlichen Theilung geworden ist.

3) Unterstellt das Urtheil, dass, da es sich von der Erbschaft eines Fremden handle, welche unter Fremden zu theilen sei, die ausländischen Gesetze zur Anwendung kommen, sei es, dass man zurückkehren müsse zu den Gesetzen des angebornen Domizils, oder — in Ansehung der unbeweglichen Sachen — zu den Gesetzen des Orts der gelegenen Sache.

Auch hierauf ist im Wesentlichen schon oben geantwortet; denn wenn der Verstorbene, wie anzunehmen, ein Domizil im Sinne der Art. 102, 103, 110 des Code oder, in Ermanglung eines rechtlichen Domizils, auch nur seinen letzten Aufenthalt in Paris hatte, so ergibt sich von selbst, dass auch die Erbschaft dort eröffnet ist und die dortigen Gesetze zur Anwendung kommen, sowie endlich, dass die Theilungsklage und die Streitigkeiten, welche während der Theilung entstehen, bei den dortigen Gerichten anzubringen sind (Code civil art. 822). Die Voraussetzung, wovon das Urtheil ausgeht, trifft also nicht zu. Noch unbegreiflicher ist es, wie der Gerichtshof in Bezug auf die Mobiliar-Erbschaft gerade an die mecklenburgischen Gesetze erinnern konnte, nachdem durch die vorgelegten Gutachten und Zeugnisse von Rechtsgelehrten nachgewiesen war, dass die mecklenburgischen Gesetze hier nicht, sondern die Gesetze des letzten Wohnsitzes entscheiden. Auch die preussischen Gerichte, obschon sie wegen des Nachlasses im Pommern competent sind, werden doch im Streitfalle auf den auswärtigen Wohnsitz des Erblassers Rücksicht zu nehmen und daher nach französischem Erbrecht zu entscheiden haben (§. 43), wie denn überhaupt die Frage von der gerichtlichen Zuständigkeit keineswegs identisch ist mit der Frage von dem anzuwendenden Gesetze.[1]

[1] Martin, Rechtsgutachten und Entscheidungen des Spruchcollegii zu Heidelberg Bd. I. Heidelberg 1808, S. 175 f.

4) Endlich wird bemerkt, dass kein Grund den französischen Gerichten die Verbindlichkeit auferlege, über Streitigkeiten zu entscheiden, welche lediglich fremde Interessen betreffen und deren Lösung nicht im französischen Gesetze zu finden sei. — Die letztere Voraussetzung ist so eben zu 3 als unbegründet gezeigt worden. Aus dem Einwande der fremden Interessen aber würde folgen, dass die Fremden in Frankreich überall nicht klagen könnten, wenn nicht ein französisches Interesse mit unterläuft. Was würde folgen, wenn die auswärtigen Gerichte, welche zum Glücke den Fremden gleichen Rechtsschutz wie den Einheimischen gewähren, von demselben egoistischen Grundsatze gegenüber von den französischen Staatsangehörigen sich leiten liessen; würde das französische Interesse durch eine solche Reciprocität gewinnen? Ist überhaupt das äussere Interesse der leitende Massstab für die Rechtspflege?

Zwar ist bekannt und es wird häufig darüber geklagt, dass die französischen Gerichte der Beurtheilung von Streitigkeiten unter Fremden sich gerne entziehen; bei persönlichen und Mobiliarklagen sich häufig nicht für competent erklären, in Fällen, wo auswärtige Gerichte keinen Anstand nehmen würden, auch Fremden den Rechtsschutz zu ertheilen.[1] Auch Demangeat[2] anerkennt die Klage als gerechtfertigt: die französische Gesetzgebung (sagt er) sei in dieser Beziehung weniger billig und weniger vorgeschritten, selbst als die römische. Allein die Schuld liegt weniger an der Gesetzgebung als an den Gerichten, welche zum Theil noch immer von dem alten feindseligen Geiste gegen Fremde ausgehen, ohne Rücksicht auf die Aenderungen, welche in den Verkehrsverhältnissen, in den zwischenstaatlichen Beziehungen überhaupt und in der Gesetzgebung (s. z. B. das französische Gesetz in Betreff des Erbrechts von 1819) eingetreten sind. Kein Gesetz verbietet den französischen Gerichten, sich den humanen Grundsätzen der Nachbarstaaten zu nähern; nichts hinderte den Gerichtshof zu Paris, dem Beispiele des Hofs zu Bordeaux zu folgen, welcher, wie Herr Dufaure gezeigt, in einem ähnlichen Falle (1853) die Competenz anerkannt hat. Aber, sagt man, eben weil die Gesetze sich nicht ausgesprochen, die Competenz bei Prozessen von Fremden nicht ausdrücklich anerkannt haben, ist die Frage als eine offene zu betrachten und es sind die französischen Gerichte zwar berechtigt, aber nicht verpflichtet, Klagen von Fremden gegen Fremde anzunehmen. Ein richterliches arbitrium in diesem Sinne möchte indessen doch gerechten Bedenken unterliegen und, um nur Eines zu sagen, ist denn nicht die Natur der Verhältnisse auch ein Fundament für die gerichtliche Entscheidung, fordert denn nicht die gute Ordnung und der öffentliche Glauben, ebenso wie eine gesunde Politik und die Rücksicht auf andere Staaten, dass das Recht im Staate überhaupt, auch unter Fremden, gehandhabt werde? Der Kassationshof hat aus diesen Gründen unter dem 5. Januar 1846 sich für die Competenz in jenen Fällen entschieden, wo es sich handelt von Streitigkeiten unter Fremden über Akte, die in Frankreich vorgenommen und vollzogen worden.[3]

Nun von einem Akte, der in Frankreich vorgenommen und dort zur Vollziehung gekommen

---

[1] Story conflict of laws §. 542.

[2] Histoire de la condition civile des étrangers en France p. 391.

[3] „Considérant que la loi en permettant aux étrangers, non autorisés à établir leur domicile en France, d'y faire non seulement avec les nationaux, mais encore avec des étrangers, tous les actes du droit des gens — — et que la necessité de maintenir le bon ordre et la foi due aux contrats, autant que la politique de la France et ses relations avec les autres États, doivent faire admettre la compétence des tribunaux du pays, pour connaitre des contestations nées entre étrangers, sur des actes faits et exécutés en France." Sirey 1847. II. p. 457. Devilleneuve bemerkt hierzu in der Note der von ihm fortgesetzten Sirey'schen Sammlung: diese Entscheidung werde eine Ausnahme herbeiführen von dem ziemlich allgemein durch den Gerichtsgebrauch angenommenen Grundsatze, dass die französischen Gerichte incompetent seien bei Civilstreitigkeiten unter Fremden, welcher Grundsatz jedoch neuerdings auf Widerstand stosse (jurisprudence, qui du reste, rencontre bien aujourd'hui quelque resistance).

ist, handelt es sich auch hier, nämlich von einem Theilungsakte, der auf Ersuchen (à la requête) der Miterben, der Gegner, öffentlich in Paris begonnen und grossentheils auch dort schon ausgeführt worden. Wären die französischen Gerichte auch nicht an sich schon zuständig gewesen nach Art. 110 und 822 des Code Nap. (vermöge des Wohnsitzes des Erblassers), so mussten doch bei der von dem Gericht autorisirten und inspicirten Theilung (die Theilung ist doch nicht blos eine erhaltende Massregel) die später hinzukommende Mündel ebensowohl als die von Anfang an gegenwärtigen Erbberechtigten das Gericht um Schutz anzugehen berechtigt sein. Dazu kommt, dass die Miterben, statt auf die Klage des Vormunds der minderjährigen Anna v. Röder zu antworten, selbst eine Klage bei dem Präsidenten des Tribunals erster Instanz erhoben (s. oben S. 66) und dadurch die französische Gerichtsbarkeit in Bezug auf den vorliegenden Streit anerkannt haben. Es war nicht blos die Opposition des Vormunds gegen einseitige Fortsetzung des Inventars, welche die Gegner anfochten, sondern das Erbrecht der Mündel überhaupt (attendu que la mineure de Roeder n'a aucuns droits et qualités pour intervenir dans les affaires de la succession). Sie mussten sich also auch eine Entscheidung über diese Streitpunkte durch die französische Behörde gefallen lassen. Erst am 5. Januar 1856 wurde die Einrede der Incompetenz von ihnen vorgeschützt, welche mit jener Klage geradezu im Widerspruch steht. Auch die prorogatio jurisdictionis soll zwar den französischen Gerichten nur das Recht geben, nicht aber die Pflicht auferlegen, in der Sache Recht zu sprechen.[1] Allein nachdem das französische Gericht sich der Theilung angenommen, einige der Erben theilweise in den Besitz der Verlassenschaft gesetzt hat, kann die Einwendung der Incompetenz nicht mehr von der französischen Behörde ausgehen; als Partei-Einrede aber ist dieselbe verspätet, nachdem beide Theile den französischen Richter angerufen haben.

Endlich ist noch zu erinnern, dass der Grundsatz, worauf sich die Gegner berufen: les étrangers ne sont pas justiciables des tribunaux français, sich nur bezieht auf actions purement personnelles[2], nicht auch auf Real- und gemischte Klagen, wofern der Gegenstand — beweglich oder unbeweglich — in Frankreich gelegen ist.[3] Eine Erbschaftsklage bezüglich des in Frankreich belegenen Mobiliarnachlasses durfte also schon aus diesem Grunde nicht wegen mangelnder Competenz zurückgewiesen werden.

Es fällt dem Vormund und der Vormundschaftsbehörde schwer, einen Rechtsstreit, bei welchem mit so vielen Schwierigkeiten zu kämpfen ist, fortzusetzen. Allein ihre Pflicht, für die Person und das Vermögen des ihnen anvertrauten Kindes zu sorgen, lassen es nicht zu, blos deshalb, weil die Competenzfrage für jetzt in unbefriedigender Weise entschieden ist, die Ansprüche der Mündel fallen zu lassen. Die Verweisung der Parteien an die mecklenburgischen Gerichte (bezüglich der grösstentheils in Frankreich befindlichen und dort vorläufig getheilten Mobiliar-Erbschaft) kommt zwar einer vollständigen Abweisung in so ferne gleich, als in Mecklenburg für die Mündel nichts zu suchen, als dort weder die Erbschaft eröffnet, noch ein Erbschaftsstück oder ein Beklagter zu finden ist. Um so mehr muss aber die Vormundschaft darauf bedacht sein, das gefällte Erkenntniss mit seinen Folgen abzuwehren.

[1] Zachariä, französisches Civilrecht Bd. IV, §. 748, Note 20.
[2] Sirey 1831. II, p. 209.
[3] Zachariä, a. a. O. Note 22.



